deb Neuerscheinungen

Heinz Neugebauer
Anna Seghers – Ihr Leben und Werk
239 Seiten, Brosch.,
DM 8,80

1928 erhielt Anna Seghers für die Erzählung „Der Aufstand der Fischer von St. Barbara" den Kleist-Preis. Im gleichen Jahr trat sie in die KPD ein und wurde Mitglied im Bund Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller. Anna Seghers wurde 1900 in Mainz geboren. Sie studierte Geschichte, Kunstgeschichte und Sinologie in Köln und Heidelberg. In der Zeit des Faschismus emigrierte sie zuerst nach Frankreich, dann nach Mexiko. Seit 1947 lebt Anna Seghers in der DDR. Sie war Vorsitzende des Schriftstellerverbandes der DDR. Anna Seghers schrieb Meisterwerke des sozialistisch-realistischen Romans. Neugebauer weist jedoch nach, daß ihr mindestens eine ebenso große Bedeutung als Erzählerin zukommt.

Manfred Müller
Auf dem Wege zum „Kapital"
Zur Entwicklung des Kapitalbegriffs von Marx in den Jahren 1857 bis 1863
160 Seiten, Brosch.,
DM 14,80

Diese Geschichte des Marxschen Hauptwerkes, unter besonderer Berücksichtigung der Entstehung der Werttheorie und des Begriffs „Kapital im allgemeinen" in den Marxschen ökonomischen Manuskripten vor und nach 1859, untersucht insbesondere welche Teilarbeiten von Marx neben den „Grundrissen" in „Das Kapital" eingegangen sind und welches die zeitliche Reihenfolge der Arbeiten zum „Kapital" war.

Horst Kühne
Spanien 1936 bis 1939
Proletarischer Internationalismus im nationalrevolutionären Krieg des spanischen Volkes. 448 Seiten, Leinen, DM 18,–

Anhand von teilweise erstmalig veröffentlichten Dokumenten untersucht der Autor sowohl den Einsatz der faschistischen Wehrmacht gegen die spanische Republik als auch die Nichteinmischungspolitik der Westmächte. Besondere Aufmerksamkeit finden die militärpolitischen Aspekte der heldenhaften Massenkämpfe der spanischen Volksarmee und ihrer Internationalen Brigaden bei der Verteidigung der Republik.

10 Jahre Registerband SOPO 1 – 46
erscheint APRIL 1979
ca 60 S., DM 4,80

N.I. Kondakow
Wörterbuch der Logik
Herausgeber der deutschen Ausgabe: Erhardt Albrecht und Günter Asser
1. Auflage, ca. 3000 Stichworte, 554 Seiten,
Leinen, DM 28,–

Das Wörterbuch der Logik des bekannten sowjetischen Logikers N.I. Kondakov stellt in der internationalen Literatur das umfassendste Nachschlagewerk zur Logik und ihrer Geschichte dar. Da die Logik, besonders in Gestalt ihrer modernen Form, der mathematischen Logik, heute zu einer der wichtigsten Wissenschaftsdisziplinen geworden ist; gibt es fast kein Gebiet in der Wissenschaft und Technik, wo sie keine Anwendung findet. Es werden grundlegende Termini und Begriffe solcher an die formale Logik angrenzender wissenschaftlicher Disziplinen wie der Kybernetik, Mathematik, Informatik, Psychologie, Sprachwissenschaft, Rhetorik, Erkenntnistheorie und Methodologie in einer Form dargestellt, die einem breiten Leserkreis zugänglich ist. Fast 3000, dem neuesten Stand der internationalen Forschung entsprechende Artikel geben umfassend Auskunft über die Errungenschaften der logischen Wissenschaft von heute.

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an.

verlag das europäische buch
Thielallee 34, 1000 Berlin 33

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 68

6. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West) **21. 2. 1979** **Solidaritätspreis DM 2,–**

Aus dem Inhalt dieser Nummer:

PUEBLA: THEORIE UND PRAXIS DER KIRCHE IN LATEINAMERIKA – **ARGENTINIEN:** WIDERSTANDSPRESSE – **PERU:** DER GENERALSTREIK UND DIE FOLGEN – **MEXIKO:** DIE AMNESTIE, DIE KEINE IST – **CHILE:** DER LETELIER-PROZESS – **BOLIVIEN:** ROHSTOFFE, BERGBAU UND BRD-INTERESSEN – **BRASILIEN:** DAS GRUSEL-KABINETT DES GENERAL FIGUEIREDO – **KOLUMBIEN:** 100 JAHRE AUSNAHMEZUSTAND

INHALT

EDITORIAL 3

Die Folgen des Herbstes – Urteil im Agit-Drucker-Prozeß 4

I. PUEBLA
– Theorie und Praxis der Kirche in Lateinamerika 6
– Die Papst-Rede 9
– Die Konferenz 12
– Das Schlußdokument 16
– Brief argentinischer Katholiken an den Papst 18

II. ARGENTINIEN
– Offener Brief an die Bischöfe 19
– Widerstandspresse 25
– Brief an die Bundesregierung 29

III. PERU
– Der Generalstreik und seine Folgen 30

IV. EL SALVADOR
– Zuspitzung der Lage 38

V. NICARAGUA
– Eine neue Phase des Kampfes 40

VI. MEXIKO
– Die Ölfrage 43
– Die ‚Amnestie der nationalen Versöhnung' 46

VII. URUGUAY
– Menschenrechte und Zynismus 50

VIII. BOLIVIEN
– Klärungsprozeß in der UDP 51
– Rohstoffe, Bergbau und BRD-Interessen 53

IX. BRASILIEN
– Die ‚Arbeiterpartei' kommt 55
– Das Gruselkabinett des General Figueiredo 61
– Neue Wirtschaftspolitik 63

X. CHILE
– Warum platzte der Gewerkschaftsboykott? 65
– Der Letelier-Prozeß 67

XI. KOLUMBIEN 71
– Hundert Jahre Ausnahmezustand 72
– Wirtschaftsaufschwung und Volksverelendung 73
– Wie sieht die Wirtschaft das Jahr '78? 74
– Zur Lage der Gewerkschaften 76
– Wer ist AAA? 78
– Sicherheitsstatut in Aktion

Impressum:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

Jahrgang 6 der
CHILE-NACHRICHTEN

erscheinen monatlich
(mindestens 11mal im Jahr)

Abo-Preis: DM 30,–

Vorauszahlung auf:
Sonderkonto des Chile-Komitees – „Hilfe für Chile"
PSA Berlin-West, Elfriede Kohut, Nr. 380087–108
Bankleitzahl 100 100 10; Kennwort: Neu-Abo '79

Adresse:
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
c/o FDCL
Savignyplatz 5
1000 Berlin 12
Tel. 030/313 50 66

Redaktion:
Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist mit Quellenhinweis gestattet. Belegexemplare erbeten.

EDITORIAL

Die katholische Kirche hat in Lateinamerika eine überragende politische und soziale Bedeutung erhalten. Angesichts der Unterdrückung aller bürgerlichen Freiheiten mit Ausnahme des Privateigentums in vielen Ländern Lateinamerika bietet die Kirche oftmals den einzig möglichen Kanal für die Artikulierung von sozialem Protest. Gegenüber den herrschenden Ideologien des rücksichtslosen Wirtschafts-Liberalismus verbunden mit der Doktrin der "Nationalen Sicherheit" verkörpert die vatikanische Soziallehre mit ihren klassenharmonischen, wohlfahrtsstaatlichen Vorstellungen das Idealbild einer funktionierenden bürgerlichen Gesellschaft, das mit der heutigen Realität Lateinamerikas nirgends in Deckung zu bringen ist.

Der Widerspruch führt zur inneren Polarisierung des lateinamerikanischen Klerus: Während die Konservativen an der bisherigen Funktion der Kirche als Legitimations-Apparat der Herrschenden festhalten und dafür die Soziallehre aufgeben, haben andere deren idealistischen Charakter durchschaut und verbünden sich offen mit den ausgebeuteten Volksmassen. Die Mehrheit sucht allerdings weiter nach einem Mittelweg des Zwar-Aber: Einerseits lehnt sie die Verletzung von politischen und ökonomischen Menschenrechten ab, andererseits sieht sie es nicht als die Aufgabe der Kirche, daran etwas zu ändern.

Diese widersprüchliche Mittellinie war denn auch der Generalnenner, auf den sich die katholischen Bischöfe bei ihrer Konferenz in Puebla mehr scheinbar als real einigen konnten. Die Reden des Papsts bei seinem Mexico-Besuch hatten es bereits signalisiert: Die formale Einheit der Kirche als Institution hat heute den Preis inhaltlicher Widersprüchlichkeit. Die Ergebnisse der Konferenz sind jedoch insofern positiv zu werten, als es den Konservativen nicht gelungen ist, die Arbeitsmöglichkeiten der Fortschrittlichen zu beengen, und als die Konferenz als weltweit hörbarer Resonanzboden für einige Stimmen aus der Masse derer diente, die sonst heute keine Stimme haben.

Daß der Kampf gegen Verletzungen der Menschenrechte kein fernes, bloß lateinamerikanisches Problem ist, beweist - neben vielem anderem - der kürzlich beendete Prozeß gegen die AGIT-Drucker. Der Prozeßverlauf und die Urteilsbegründung machen deutlich, wie nahtlos die lateinamerikanische Doktrin der "Nationalen Sicherheit" mit der politischen Doktrin der Herrschenden in Westdeutschland ineinandergreift. Danach ist der Mord an 90 000 Juden weniger strafwürdig als der Druck eines Artikels, der zur revolutionären Gegengewalt aufruft.

In den übrigen Artikeln dieser Nummer dokumentieren wir weitere Beispiele für diese Art "Sicherheit": So die Ermordung von Geistlichen, Arbeitern und Jugendlichen in El Salvador, und das Klima latenten Bürgerkriegs von Oben, daß die "Sicherheitskräfte" in Kolumbien durch unaufhörliche Razzien und Festnahmen geschaffen haben.

Was kann die Linke tun? Der Gesamteindruck ist der von mühsamen Lernprozessen, der Suche nach neuen Kampfmöglichkeiten und Formen der Einheit. In Peru ist das bisher schärfste Kampfmittel - der Generalstreik - zum ersten Mal deutlich gescheitert; damit sind zugleich Illusionen und Schwächen deutlich geworden, die beim bereits angekündigten nächsten Streik vermieden werden können. In Bolivien und Brasilien vollziehen sich nötige, dennoch schwierige Klärungsprozesse in den fortschrittlichen Massenorganisationen. In Mexico schlägt Präsident López Portillo gegenüber seinem Gast Carter antiimperialistische Töne an - angesichts der weitverbreiteten Repression im Land erweist sich das als bloßer innerbürgerlicher Verteilungskampf.

Die Folgen des Herbstes

Urteil im Agit-Drucker-Prozeß

Letzte Woche ist der Prozeß gegen die AGIT-Drucker zu Ende gegangen. Die Mitglieder des Druck-Kollektivs wurden zu Freiheitsstrafen zwischen 9 Monaten und einem Jahr ohne Bewährung (!) verurteilt. Außerdem haben sie die Kosten des Verfahrens zu tragen (ca. DM 80.000). Wir haben in verschiedenen Nummern der LN über die Verhaftung der Agit-Drucker, ihre 8-monatige Untersuchungshaft und die Konsequenzen für kritische Berichterstattung berichtet.

Das Berliner Kammergericht begründet sein Urteil damit, daß die Drucker durch die Herstellung des INFO-BUG "objektiv" an der Verbreitung strafbarer Texte mitgewirkt hätten. Die Angeklagten werden keineswegs selbst der terroristischen Sympathisanten-Szene zugerechnet, noch wird ihnen Identifikation mit den inkriminierenden Texten vorgeworfen. Dennoch, so das Gericht, hätten sie im Nachhinein von den ihnen zur Last gelegten Textstellen und Aussagen erfahren müssen. Das wird ihnen als"bedingter Vorsatz" angelastet.

Die Konsequenzen einer solchen Begründung sind weitreichend: Ein Drucker ist weder "Terror-Sympathisant", noch identifiziert er sich mit den von ihm gedruckten Texten. Wenn danach aber der Staatsschutz feststellt, daß diese Texte zur Unterstützung "krimineller Vereinigungen" und der Verbreitung strafbarer Handlungen dienen, sitzt er in der Falle, da er ja schon vorher alle Texte hätte lesen und sich ggf. selbst anzeigen müssen, um dem Vorwurf des "bedingten Vorsatzes" zu entgehen.

Eine weitere Konsequenz ist, daß linke Schriftsteller in Zukunft Schwierigkeiten haben werden, eine Druckerei zu finden, oder von vornherein vorsichtiger formulieren werden, bzw. über bestimmte Themen überhaupt nicht mehr schreiben.

Ein deutlicheres Beispiel "geistiger Zensur" läßt sich wohl so schnell nicht finden.

Die Verhaftung der Drucker, die Konstruktion der Anklage, die lange U-Haft, die einer Vorverurteilung gleichkommt,und der 8-monatige Prozeß, der unter schikanösen Bedingungen für die Angeklagten durchgeführt wurde,kennzeichnen das politische Klima der BRD, das einen schaudern läßt und"dem Geist ähnelt, der einst nach Auschwitz führte". Gerade dies war der Vorwurf des Gerichts gegen die von den AGIT-Mitgliedern im INFO-BUG gedruckten Passagen.

Was die Staatsanwaltschaft den Druckern anzuhängen versuchte, hätte genauso jedes andere linke Kollektiv, jede andere linke Zeitung etc. treffen können. In der unmittelbaren Vergangenheit wurde z. B. die polizeiliche Durchsuchung der Redaktionsräume der frankfurter Zeitung "Pflasterstrand" mit der Begründung der "Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" durchgeführt.

Mit der Verurteilung der AGIT-Drucker wird an der Linken ein Exempel statuiert, das zur Selbszensur führen soll.

Die Doppelzüngigkeit bundesdeutscher und westberliner Gerichtsbarkeit wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß

- zwei Rechtsanwälte bei der Ausübung und Wahrnehmung ihrer Verteidigerrechte der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung angeklagt und zu zwei bzw. zweieinhalb Jahren Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt wurden, während in Hamburg ein ehemaliger SS-Sturmbannführer des Mordes an 900 Juden für schuldig befunden und zur gleichen Strafe von 2Jahren, jedoch mit Bewährung verurteilt wurde.
- nach zweijährigen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft die Redakteure einer der schlimmsten Hetzschriften im "Stürmer-Stil" mit dem Titel "Das braune Bataillon" in Frankfurt ausfindig gemacht, jedoch kein Haftbefehl erlassen wurde, weil weder Flucht- noch Verdunkelungsgefahr bestehe.
  Demgegenüber rechtfertigen die Haftrichter die lange U-Haft bei den AGIT-Druckern damit, daß die Angeklagten im Kollektiv gearbeitet hätten, sich zudem als Teil der Linken verstehen und deshalb die Fluchtgefahr besonders groß sei, weil sie als Linke über zahlreiche politische Gesinnungsgenossen verfügen, die ihnen jederzeit Unterschlupf gewähren würden.

Solange jedoch das Grundrecht auf Meinungsfreiheit zumindest formal noch besteht, wird sich die Redaktion der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN an dieses Grundrecht halten. Wir werden uns weder von irgendeiner Instanz zensieren lassen, noch durch das derzeit vorherrschende repressive und angst-einflößende politische Klima einschüchtern lassen. Denn eine solche politische Justiz und die konservative Presse haben seinerzeit den Weg nach Auschwitz geebnet.

PUEBLA

Theorie und Praxis der Kirche in Lateinamerika

Noch sind die Ergebnisse der 3. lateinamerikanischen Bischofskonferenz, die am 12.Februar in Puebla endete, nicht im einzelnen bekannt. Durch den proklamierten Rückzug aus der Politik versucht der Papst die Einheit der Kirche als Institution aufrechtzuerhalten. Seine Rede zu Beginn der Bischofskonferenz stärkt die Position der Konservativen. Die Aussagen und Handlungen während seines Besuches legitimieren jedoch auch die Positionen der fortschrittlichen Bischöfe, die sich im Verlauf der Konferenz durchaus Gehörverschaffen können, obwohl sie in der Minderheit sind. Der Konferenz kommt eine sehr große gesellschaftspolitische Bedeutung zu: zwar negiert der Papst die politische Rolle der Geistlichen, de facto stellt die Kirche in der Praxis der lateinamerikanischen Ländern oftmals die größte organisierte Kraft dar.

PUEBLA
INMITTEN DER KLASSENKÄMPFE

In derselben Zeit, in der in Puebla die Bischofskonferenz stattfindet, ereignen sich krasse Beispiele von Unterdrückung und Verfolgung in ihrer unmittelbaren Umgebung, in Nicaragua, El Salvador... ja, in Puebla selbst...Will und kann sich der Papst gegen einseitige Interpretationen wehren...will und kann er einseitige politische Stellungnahmen rechtfertigen? Was ist seine Entgegnung z.B. auf diese Beispiele:

← DIE KIRCHE DES SCHWEIGENS

* Der nicaraguensische Priester und Poet Ernesto Cardenal fordert - unter anderen - zur Solidarität der Katholischen Kirche mit dem Kampf des nicaraguensichen Volkes gegen die Diktatur Anastasio Somozas auf. Seit mehreren Wochen hat der Papst einen Bericht der interamerikanischen Kommission für Menschenrechte über die Situation in Nicaragua vorliegen. Während Nicaragua gekreuzigt wird, tut die übrige Welt nichts. Wie ist die Indifferenz des Vatikans im Falle Nicaraguas zu erklären?- Zum Zeitpunkt der Zerstörung der Stadt Leon befand sich der Apostolische Nuntius, Gabriel Montalbo, auf einem Fest des Generals Somoza, woran teilzunehmen selbst der amerikanische Botschafter in Managua absagte. In Nicaragua waren seit Beginn der Dikatatur alle päpstlichen Gesandten Anhänger Somozas.- Der Nuntius bemühte sich um die Ablösung des progressiven Bischofs von Managua und war bestrebt, die Ernennung eines Bischofs, der ein Vetter Somozas ist, zu erreichen. Cardenals Aufruf erfolgt während der Konferenz.

* Der Erzbischof von San Salvador forderte das Regime auf, Unterdrückung, willkürliche Verhaftungen und Folterungen zu beenden. 500 Priester und Nonnen zogen aus Protest gegen die Militärregierung des mittelamerikanischen Staates El Salvador schweigend durch die Straßen der Hauptstadt. Anlaß war die Ermordung eines Priesters und vierer seiner Schüler in einem Pfarrhaus durch die salvadoreanische Nationalgarde. Sie vermutete in der Bibelschule Untergrundkämpfer. Im letzten Jahr wurden in El Salvador vier Priester von der Polizei und ihr nahestehenden Gruppen umgebracht, ebenso eine unbekannte Zahl von Laien, die in der Kirche aktiv waren. Über 100 weitere Katecheten und Laienpriester sind spurlos verschwunden. Die Katholische Kirche hat sich seit zwei Jahren verstärkt für die Rechte der Landarbeiter eingesetzt; außerdem fordert sie die Rückkehr zur Demokratie und eine Generalamnestie. Sie ist die einzige Institution in El Salvador, die es wagt, die Auseinandersetzung mit der Militärregierung zu führen. Die Generäle dagegen behaupten, daß die Priester die terroristischen Untergrundorganisationen des Landes unterstützen. - Die zensierte Presse des Landes hat die Aufforderung des Papstes in Puebla an die Priester, sich aus der Politik zurückzuziehen, weit verbreitet; sie verschwieg aber seine Kritik an den Menschenrechten und an den sozialen Mißständen in Lateinamerika. All dies im Februar 79.

* Konflikte, zwischen Mächtigen und Ausgebeuteten, zwischen Reich und arm gibt es in Puebla selbst."Großgrundbesitzer in Puebla bedrängen die Landarbeiter und Bauern" hieß es am 28.7.78 in der mexikanischen Zeitung "Uno mas Uno". Der Informationsdienst CRIE berichtet am 31.8.78 folgendes: Am 5. Juli hatte ein Konvoy von Tanks und 300 Lastwagen die Dörfer von Landarbeitern und Bauern eingekreist in einem Radios von 30 km..Der Kommandant des Unternehmens, General Ricardo Aburto, hatte sich zuvor einen traurigen Ruf erworben während der Repressionswelle im Staat Hidalgo, wo er Bauernführer gefangennehmen ließ, bis sogar der Präsident Lopez Portillo seinen Ortswechsel anordnete. Diesmal ist das Unternehmen gegen die Unabhängige Union von Landarbeitern und Bauern gerichtet (UCI), die unter anderem auch im nördlichen Hochland von Puebla operiert. Ihr Ziel ist es, die Landarbeiter zu organisieren und zum Kampf anzuleiten, da das Land in den Händen weniger Großgrundbesitzer ist und die Agrarreformbehörde sich nicht um die Anträge der Bevölkerung kümmert. Seit zwei Jahren führen sie Ländbesetzungen durch, um sich Gerechtigkeit zu verschaffen...

"Solidarität mit dem Volk von Nicaragua"

Am 5. Dezember 1978 wurde in der Katholischen Universität von Sao Paulo die Woche der Menschenrechte unter der Schirmherrschaft des Kardenals von Sao Paulo, Monsenor Paulo Evaristo Arns, eröffnet.

Auszug aus einem Brief der Koordination der Basisgemeinden aus El Salvador vom 5. Dezember 1978 zur Ermordung des Priesters Ernesto Barrera am 28. November 1978 (*27.10.48-+28.11.78)

...Er bildete täglich Volksgemeinden und Arbeiterführer. Er nahm mit ihnen an allen wichtigsten Geschehnissen teil und hatte eine sehr große Fähigkeit, andere mit seiner Fröhlichkeit anzustecken. Fast immer lachte er. Mit den mediokren Christen war er hart, aber er selbst hatte eine große Fähigkeit, anderen zu dienen, dabei lebte er immer in Armut und war stets zu allem bereit. Kritik nahm er ehrlich auf und versuchte nie seine Fehler zu rechtfertigen. ...Er wurde stets beschattet und bedroht. Auf grund all dessen hatte man ihm geraten, er solle nicht immer an demselben Ort schlafen, und das tat er dann auch nicht.

Er ließ sich nie von der Angst besiegen, sondern besaß vielmehr das Bewußtsein, daß Priester Christi zu sein bedeutete, daß man täglich bereit sein müsse den Menschen, die unterdrückt würden, zu dienen...In der letzten Versammlung zusammen mit seinen Freunden, den Priestern, bat er sie alle das Problem des pastoralen Dienstes mit den Arbeitern ernst nehmen sollten und daß wir alle uns in dieser Zeit mit unserem Bischof solidarisieren müßten. Wir meinen, daß das so etwas wie sein Testament für uns war....
Die Umstände seines Todes sind noch unbekannt. Wir danken dem Erzbischof für seine Bemühungen bei der Aufklärung der Tatsachen.
Die durch Folter verursachten Wunden an seinem Körper sind für uns das Zeugnis einer verderbten Welt, die ihre besten Söhne umbringt.

Der Erzbischof von San Salvador, Monsenor Arnulfo Romero, wurde von einer Gruppe britischer Parlamentarier für den Nobelpreis 1979 in einem Brief an das Nobelpreiskomitee in Oslo vorgeschlagen:
"...auf Grund seiner tapferen Position in Verteidigung der Menschenrechte...seit seiner Ernennung hat er stets nachdrücklich auf die unzähligen Festnahmen, Foltern, auf das Verschwinden von Menschen hingewiesen, sowie auf den willkürlichen Tod vieler Personen. Zu diesem Vorschlag sagt er selbst "es bedeutet eine starke moralische Unterstützung...einen unerwarteten Widerhall auf mein Rufen..."

Die Papst-Rede

Ein polnischer Christ in Lateinamerika

Als Pole, der auf grund eigener Lebenserfahrung zum Antifaschisten wurde, müßte Papst Wojtyla - dem Literatur in Spanischer Sprache zugänglich ist - die Situation Lateinamerikas verstehen. Er war Arbeiter und spielte in einem polnischen Untergrundtheater...Doch die Problematik, die er als Christ in Polen erlebte, ist eine ganz andere als die in Lateinamerika. Die Situation der Kirche ist ganz einfach eine völlig andere, und die Situation der lateinamerikanischen Kirche ist ihm fremd, was daran deutlich wird, daß er z.B. die mexikanische Kirche dafür pries, daß sie 'in widrigen Umständen - so wie die polnische Kirche - überlebt habe: Welch eine unkritische Feststellung angesichts der Tatsache, daß die mexikanische Kirche schon bald nach der Eroberung auf seiten des Reichtums, der Privilegien und der Reaktion war.

Seine Fremdheit auf dem lateinamerikanischen Kontinent ist n u r e i n Grund für sein Schweigen gegenüber der Realität der Armen und Ausgebeuteten, die ihn in Lateinamerika umgibt, z.B. in Puebla selbst, in Salvador und in Nicaragua. Der wesentliche Grund dafür, daß er nicht auf die konkreten Herausforderungen der Ungerechtigkeit eingeht, liegt darin, daß er die Aufgabe der Christen darin sieht, vom Evangelium her die Wahrheit zu bestimmen.

So fordert er die stärkere B e t o n u n g d e s s p i r i t u e l l e n L e b e n s durch die Geistlichen:
- Christus sei kein Revolutionär gewesen,
- Soziale Gerechtigkeit müsse spirituell nicht politisch gesucht werden,
- die Kirche habe sich aus dem Kampf politischer Systeme herauszuhalten.

Daraus folgert für ihn:
* eine Verteidigung der hierarchischen kirchlichen Institutionen,
* eine Ablehnung des Gegensatzes zwischen Volkskirche und offizieller Kirche
* es sei die Rolle der Kirche, die Wahrheit zu verkünden. D.h. die Rolle der Kirche sei nicht stets neu vom Volk her zu bestimmen.
* eine Ablehnung der gesellschaftspolitisch orientierten Befreiungstheologie im Unterschied zu jener, die der reinen christlichen Heilslehre gleichkomme.

Diese Aussagen in Form einer Mini-Enzyklika benennen die fundamentale Orientierung dieses Pontifikats. Sie fällt hinter das zweite vatikanische Konzil zurück.

1) Die Methode ist vorkonziliar und steht im Gegensatz zu der, die seine Vorgänger und Namenspaten, Papst Johannes XXIII und Papst Paul VI, in ihren Enzykliken verwandten: sie gingen von der Realität aus und konfrontierten sie mit den Prinzipien des Evangeliums, um sodann die Folgerungen für die kirchliche Praxis zu ziehen.
2) Indem Johannes Paul II die Evangelisierung auf Sakristei und Spiritualität beschränkt, wendet er sich gegen den Demokratisierungsprozeß der Kirche.
3) Die Erlösung durch Jesus Christus falle nicht mit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Befreiung zusammen. Der tiefe, vollständige Sinn der Befreiung sei vielmehr in der Befreiung von dem Bösen zu sehen. Im Mittelpunkt der Befreiung steht demnach das Individuum und nicht ein gesellschaftlicher Kampf einer Klasse oder Gruppe von Ausgebeuteten.
4) Die Überwindung der Ungerechtigkeit, des Abstandes zwischen arm und reich sei durch die Soziallehre anzustreben. Wie dieser Weg in der Praxis vom Papst gesehen wird, blieb unklar. Er sieht die sozialen Gegensätze, lehnt den Konflikt ab und baut auf Appelle.

POLITIK: PRIVILEG DER HIERARCHIE ?

Es stellt sich die Frage, ob die politische Rolle der Kirche in Lateinamerika wirklich zurückgewiesen werden kann, so wie Papst Wojtyla dies tut. Ist doch die Kirche traditionell einer der größten Großgrundbesitzer gewesen und Chefideologe für die Zementierung der Macht der Herrschenden.

Die Aussagen von der notwendigen politischen Abstinenz der Beauftragten der Kirche beziehen sich jedoch offenbar nur auf Priester und Nonnen und sollen der Festigung der vertikalen politischen Machtstruktur dienen. Das heißt, sie negieren die politische Artikulation der Basis und stärken das politische Gewicht der Hierarchie- die sehr oft keine Berührung mit dem Volk hat und sich in einigen Ländern mit den weltlichen Machthabern zu arrangieren sucht.

Machen wir uns den eminent politischen Charakter des Papstbesuches und der Bischofskonferenz klar: Vom Flugzeug aus übermittelt Johannes Paul II den Regierungschefs von Frankreich, USA und Cuba Grußbotschaften, mit den Präsidenten der Dominikanischen Republik und Mexikos traf er zusammen. In der Konferenz waren Repräsentatnen von Massenorganisationen jedoch nicht zugelassen. Vor seinem Abflug empfängt Johannes Paul II Außenminister mittelamerikanischer Staaten-zu einem Empfang derer, die die Somoza-Diktatur in Nicaragua verurteilen und bekämpfen, kam es jedoch nicht, obwohl es - auch angesichts der Repression gegenüber der Kirche - angebracht gewesen wäre, klar öffentlich Stellung zu beziehen.

Bilanz der Repression gegen die Kirche 1968-78
In den letzten 10 Jahren wurden

788 Mitglieder der Kirche festgenommen (darunter 21 Bischöfe und 485 Priester)
71 Fälle bewiesener und dokumentierter Folter liegen vor (46 Priester und 7 Nonnen)
69 Morde (unter ihnen 36 Priester)
Verschwundene und fast
300 Fälle von Ausweisung(vor allem von ausländischen Kirchenleuten)

Wojtyla lernt vom Volk und von Lateinamerika

Dieser offensichtlich politisch konservative Papst zeigt sich in der Begegnung mit verschiedenen Teilen der Bevölkerung in seinem Verhalten und seinen Aussagen auf der Reise(die nicht in Rom fixiert wurden) als sozial progressiv, was den fortschrittlichen Bischöfen ermöglichte, sich auf ihn zu berufen und sich so zu legitimieren. Im Flugzeug hatte er Journalisten mitgeteilt, daß ihm sein Amt gefällt, weil es ihn in die PFlicht nimmt und es ihn durch Erfahrung lernen läßt.

* Bei den in Cuilapan/Oaxaca versammelten Indio-Bauern wurde er so empfangen:

"Du hast gesagt, daß wir, die Armen von Lateinamerika, die Hoffnung Deiner Kirche sind. Nun schau, wie diese HOffnung lebt. Sie haben uns das fruchtbare Tal weggenommen und uns an die steilen Berghänge hinaufgeschickt...Den fruchtbaren Boden haben sie uns weggenommen, um den Kühen gutes Futter zu geben. Das Rindvieh lebt besser als wir, die Indios..."

er entgegnete:

"Man kann nicht länger warten, um die Würde der Bauern und Indios ohne Einschränkung anzuerkennen. Sie haben das Recht, geachtet zu werden, das Recht, von einer Ausbeutung befreit zu werden, die in einem nicht tolerierbaren Egoismus verwurzelt ist und gegen die auch die besten Anstrengungen scheitern. Wir müssen rasch und gründlich handeln. Es müssen kühne Transformationen verwirklicht und dringende Reformen in Angriff genommen werden...Es ist nicht christlich, gewisse Situationen fortdauern zu lassen, die eindeutig ungerecht sind." Unter den sieben Rechten der Bauern, die er aufzählt, betont er auch ihr Recht auf eine wirklich wirksame Unterstützung, die weder Almosen noch "Brosamen vom Tisch der Justiz" sein soll. - Er kritisiert aber auch die Bauern wegen des Mangels an Organisation zur Erreichung ihres gemeinsamen Wohls...

Papst Johannes Paul II in Mexiko

* An die Arbeiter in Monterrey gerichtet verkündet er das "Recht der Arbeiter, an Entscheidungen teilzuhaben, die ihr Leben und ihre Zukunft betreffen, und ihr Recht darauf, frei und unabhängig Organisationen zu gründen, um sich zu verteidigen.
* An die Elendsviertelbewohner in Santa Cecilia/ Guadalajara gerichtet, die in Hütten aus Blech und Karton wohnen, sagt er, daß Nahrung, Kleidung, Kultur und Arbeit für die Verwirklichung der Würde des Menschen notwendig seien-...

Die Konferenz

David gegen Goliath

"KLUG WIE DIE SCHLANGEN
OHNE FALSCH WIE DIE TAUBEN"

Der Beginn der Konferenz stand unter dem Eindruck der Reden und Reisen des Papstes.

Der Präsident der Konferenz Kardinal Lorscheider hatte dem Papst nicht zugeklatscht, aber dann verbindlich formuliert:"Beherzigen wir, was wahr ist, gut und was weiterhilft. Über alles andere mögen Theologen, Intellektuelle und die Massenmedien streiten."(vgl. H. Lüning, SFB Parabel, Anfang Februar 1979) Lorscheider stellte fest, die Beschlüsse der Konferenz hingen nun jedoch von der Meinung der Bischöfe ab, die die Realität ihrer Länder, die sich von der Polens unterschiede, kennen würden.(vgl. Alternativa No. 199, Bogota Febr.79)

Dom Helder meinte, man müsse nur alles zusammennehmen, was der Papst in Mexiko gesagt habe, um zu erkennen, wie trefflich Johannes PaulII die Lage der Bauern ohne Land,der ausgebeuteten Arbeiter, verhungernden Kinder und die Ursachen allddieser Zustände verstanden hat.(Vgl. H. Lüning a.a.O!)

Der Präsident eines Informationszentrums von Laien,(CENCOS) José Alvarez Icaza, faßte die Ansicht der Progressiven kanpp so zusammen: "Der Papst sollte für die Linke nicht nach seiner ersten Rede als verloren gelten. Im Schach ist der König erst am Ende des Spiels verloren."(Latin America PR 2.2.79)

An der Konferenz (vom 27.1.-12.2.) nahmen 17 Tage lang 350 Kardinäle und Bischöfe teil. Von ihnen sind nach einem Bericht in Le Monde(25.2.)
15% Integralisten,
25% juridisch Orientierte,
45% pastoral Orientierte und
15% prophetisch Orientierte.

Der Anteil der Progressiven war also relativ klein. Unter ihnen befand sich der ekuadoreanische Bischof Proano und der brasilianische Bischof Dom Helder Camara. Die Frage war, ob sie es verstehen würden, den Spruch "Roma locuta-causa finita" (Rom hat gesprochen, die Diskussion ist beendet) zu widerlegen. In der brasilianischen Delegation, die die stärkste der Konferenz war, vertraten 31 Bischöfe die 138 Bischöfe ihres Landes. Gegenüber ihren konservativeren Kollegen aus Argentinien, Kolumbien und Mexico werden die brasilianischen Bischöfe als die wichtigsten Urheber der "sozialen Bewußtseinsbildung" innerhalb der Kirche im Sinne der 2. Bischofskonferenz von Medellin gesehen. - Ein Teil dieser Delegation beschloß, die Debatte von den abstrakten Gefilden auf die Ebene der Praxis herunterzuholen. "Für uns geht es darum, von konkreten Erfahrungen auszugehen und nicht von allgemeinen Theorien."

In diesem Sinne wollen die Bischöfe das vorantreiben, was sie für das wichtigste in ihrem Land halten, die christlichen Basisgemeinschaften, die mit dem lokalen Klerus zusammenarbeiten, denen schon 1 1/2 Millionen Menschen angehören und durch die vom Volk her die Kirche der Armen entsteht. Kardinal Paulo Evaristo Arns sagt dazu:"Die Kirche der Dritten Welt muß vom Konkreten ausgehend das Evangelium verkünden."

7.2.79
Dom Helder Camara
wurde 70 Jahre alt

Wenn Helder Camara sich als Nordestino versteht, identifiziert er sich bewußt mit dem verkauften und veratenen armen Volk. Seit 1964 ist er Erzbischof der Hauptstadt des Elends in der Diozese Olinda und Recife in dem Staat Pernambuco. Kirche der Armen ist sein Programm. In Solidarität mit allen Armen zieht Helder Camara im März 1968 aus dem Erzbischöflichen Palais aus und wohnt fortan in drei Nebenräumen der kleinen Barockkirche Nuessa Senora das Fronteras. Schwerpunkte seiner Aussagen sind immer wieder soziale Ungerechtigkeit als Entwürdigung des Menschen und Beleidigung Gottes. Abhängiger Kapitalismus mit seinen multinationalen Konzernen als konkrete Form von Sünde, Gewaltfreiheit, gesellschaftliche Demokratie als eine Chance zur Herbeiführung eines neuen Menschen.-Morddrohungen werden an ihn herangetragen. Ein persönlicher Mitarbeiter wird 1969 mehr oder weniger grausam umgebracht.-Die"Operation Hoffnung", die er ins Leben rief, hat unzähligen Brasilianern geholfen, Menschen zu werden und sich als solche zu fühlen; sie galten vorher als der letzte Dreck der Nation. Bildung,Genossenschaften, Eigenverantwortung sind die zentralen Stichworte der Arbeit.

Bischof Leonidas
Proaño

Der ekuadorianische Erzbischof Leonidas Proaño aus Riobamba hat das wirtschaftliche und soziale System Lateinamerikas als "ein Ungeheuer mit schrecklichen Greifarmen, das zerstört werden muß" verurteilt. Er nannte sich selber einen "Subversiven des Evangeliums" und forderte die 350 Würdenträger der Konferenz auf,"eine Antwort auf die Ansprüche des lateinamerikanischen Volkes zu geben".-Proaños Bischofssitz war im August 1976 von der Polizei und Armee Ekuadors besetzt worden, als 17 lateinamerikanische Bischöfe dort zu einer Tagung versammelt waren. Die Behörden hatten die Gruppe der "Subversion" bezichtigt."Das einzige subversive Dokument, das wir in den Händen hatten und das die Militärs nicht mitnahmen, war das Evangelium", sagt er.

Der Bischof ist indianischer Abstammung und ist seinem Volk sehr verbunden. Er gehört zu den Bischöfen Lateinamerikas, die am meisten angegriffen werden. - Proaño verlangt, die Kirche sollte "in Armut leben, ihre irdischen Güter, ihre Privilegien und ihre stolze Selbstgenügsamkeit beiseite lassen. Es ist nicht damit getan, die Situation der Armut zu beschreiben und zu bedauern. Wir müssen uns an die Seite der Armen stellen, ihre Not, Ungewißheit und Hoffnung teilen."

Wie konnten sich diese und ihr ähnliche - in der Konferenz minoritäre- Positionen behaupten?

Man konnte 1. verhindern, daß die Redaktionsgruppe für das Schlußdokument von der Konferenzleitung bestimmt wurde. Stattdessen erreichte man, daß es von der Versammlung gewählt wurde. 2. Konnte man noch einen Einfluß auf die Bestimmung der Themen gewinnen und 3. kam den Vertretern der progressiven Position ein Zufall zugute: Die mexikanische Zeitschrift "Uno mas uno" hatte López Trujillo, den Generalsekretär der CELAM, um ein Interview gebeten. Er sprach die Antworten auf die schriftlich gestellten Fragen - auf eigenen Wunsch - auf eine Kassette, die er der Redaktion der Zeitschrift zusandte. Versehentlich waren zuvor von ihm auf die Kasette diktierte Briefe nicht ausgelöscht worden. So konnte die Zeitung "Uno mas uno" einen Brief dieses - die Theologie der Befreiung bekämpfenden- Exponenten des rechten Flügels innerhalb der lateinamerikanischen Kirche während der Konferenz abdrucken, aus dem die von ihm manipulierte Vorbereitung der Konferenz klar hervorgeht. Erstaunt es, daß am Tag des Erscheinens diese Zeitung in Puebla nicht zu erhalten war?

Auszug aus dem Brief des Generalsekretärs des lateinamerikanischen Bischofsrates (CELAM) López Trujillo an den brasilianischen Bischof Luciano Duarte

Lieber Luciano:
...Ich hoffe, daß Du nicht nur sehr froh bist über die Wahl des neuen Papstes. Wie Du siehst, hat er begonnen klar zu sprechen.
Im Vertrauen sage ich Dir, daß es nicht einfach war, die Puebla-Konferenz im Januar stattfinden zu lassen. Es gab Gruppen, die daran interessiert waren, daß sie verschoben würde oder gar definitiv aufgehoben würde...Bereite also Deine Flugbomber und Dein würziges Gift vor, da wir Dich sowohl in Puebla als auch auf der Versammlung der CELAM brauchen werden, und zwar mehr als je zuvor und in der besten Kondition. Ich glaube, Du mußt Dich einem Training unterziehen so wie die Boxer, bevor sie bei den Weltmeisterschaften in den Ring steigen, damit Deine Schläge auch dem Evangelium entsprechen und treffen.
Ich habe mit Don Aloisio (dem brasilianischen Kardenal Lorscheider, Präsident der CELAM)...und anderen über alle Schlußfolgerungen gesprochen, die aus der haltlosen Position von Leonardo Boff (brasilianischer Theologe der Befreiung) hervorgehen. Er hat mir zu verstehen gegeben, daß die Bischofskonferenz in etwa so als eine Vorwarnung vorbereitet worden sei. Hoffentlich wird das auch so sein.
Das letzte Buch, das ich gelesen habe, könnte garnicht noch verwirrter und unerfreulicher sein. Traurig ist, daß die Kongregation der Religiösen gegenüber diesen und vielen anderen Abweichungen auf ihrem Weg ohne jede eschatologische Spannung bleibt. Die Spannung hat er uns in der CELAM gelassen (gemeint ist Kardinal Pironio, Vorsitzen der der CLAR), indem er den geballten Einfluß der CLAR (Lateinamerikanische Konföderation von Religiösen) geltend machte. Hast Du übrigens die beiden Puebla-Nummern dieser "verdienstvollen" Institution erhalten?...
...auf Grund des Drucks von anderen wurde ich vom Pater Arrupe (dem General des Jesuitenordens) eingeladen. Danach habe ich mehr als einen Zweifel. Hoffentlich schreibst Du mir...

A.L.T.

Kurz nach Erscheinen des Briefes publizierten die Priester für Lateinamerika (SAL) zusammen mit anderen Gruppen, die der Theologie der Befreiung nahestehen, die folgende Erklärung:

Erklärung von verschiedenen Vereinigungen von Priestern, Nonnen und progressiven Laien, 2. Februar 1979

Der Brief von López Trunillo an den brasilianischen Bischof Luciano Duarte, der während der in Puebla versammelten Lateinamerikanischen Bischofskonferenz in Puebla publiziert wurde, hat bestätigt, was viele Personen und Gruppen des ganzen Kontinents seit einigen Jahren denunzieren.

In ihm wird deutlich belegt, daß:
- sein Einsatz für die Konferenz von Puebla darauf ausgerichtet war, daß die durch die Konferenz von Medellin angeregte Dynamik negiert werden solle,
- er die Ernennung von Bischöfen und Eingeladenen zur Konferenz manipulierte, um seine konservative Linie durchzusetzen,
- er eine kämpferische Kampagne gegen die Theologie der Befreiung und gegen alle Personen und Institutionen führt, die sie vertretenund vorantreiben,
- er über MEchanismen verfügt, um die nächste Versammlung des Lateinamerikanischen Bischofsrates (CELAM) zu bestimmen, in der die neuen Vertreter gewählt werden,
- er persönliche Prestigeinteressen besitzt und Methoden verwendet, die der Haltung widersprechen, die ein Bischof haben sollte.

Daher fordern wir, die engagierten christlichen Gruppen in Kolumbien:
- die sofortige E n t l a s s u n g von L o p e z T r u j i l l o aus seinem Amt als Sekretär der Konferenz in Puebla und der CELAM,
- seinen Rücktritt als Hilfsbischof (arzobispo coadjutor) mit dem Nachfolgerecht in Medellin. Wir sind sicher, daß seine Wahl durch dieselben Mechanismen zustande kam, die in seinem Brief zum Ausdruck kommen, um so mehr als der Kardenal Baggio, sein Freund, die Kontrolle über die Ernennung aller Bischöfe auf der ganzen Welt inne hat.
- Wir meinen, daß diese Manipulation von López Trujillo die Vorbereitung und den Ablauf der Konferenz in Puebla negativ beeinflußt hat, daher bitten wir die Herren Bischöfe, daß sie dieser Manipulation ein Ende setzen, um eine reale und effektive Teilnahme des gesamten Gottesvolkes unseres Kontinents sicherzustellen.

Gruppe SAL (Priester für Lateinamerika)
Gruppe ORAL (Organisation der Nonnen für Lateinamerika
Gruppen von Christen für die Befreiung

DAS SCHLUSSDOKUMENT

Noch liegen uns nur Sekundärberichte vor, aus denen wir vorläufig das Folgende ablesen können:

Die Kirche will sich nicht selbst isolieren. Sie stellt sich an die Seite der Armen und Rechtlosen gegen die bestehenden brutalen Herrschaftsstrukturen 1) gegen Multinationale Konzerne, die sich auf Kosten ihrer Gastländer bereichern und 2) gegen die Diktaturen, die die Menschenrechte verletzen.(Öffentlich sagt ein Bischof:"Pinochet, der Diktator von Chile ist kein Christ, weil sein Regime tötet.") Der gewaltlose Kampf von Widerstandsbewegungen gegen Diktaturen wird gerühmt, parteipolitische Tätigkeit von Priestern wird in Ausnahmefällen erlaubt.

STATT SPALTUNG: BALANCEAKTE

- Der liberale Kapitalismus wird ebenso wie der Marxismus verurteilt.
- Diktaturen und ihre herrschende Ideologie der nationalen Sicherheit werden angeklagt ebenso aber auch jene Priester-und Laiengruppen, die die Bekämpfung der Repression durch Gewalt als legitim ansehen.

"PRIMÄRE GEWALT": HERRSCHENDE SOZIALE UND POLITISCHE VERHÄLTNISSE

Das Dokument wertet die sozialen und politischen Verhältnisse dem Sinne nach als "primäre" Gewalt, die Gewaltaktionen der Guerrilleros dagegen als "sekundäre".

Ein erregter Schrei der leidenden Menschen Lateinamerikas steige gen Himmel und fordere "Gerechtigkeit, Freiheit, Respekt vor den FUNDAMENTALEN RECHTEN des Menschen.

DIE BASIS DARF SICH ARTIKULIEREN:

Die Erlösungsbotschaft Jesu wird als Auftrag zur Befreiung der Menschen verstanden. Die Basisgemeinschaften werden als Motoren der Befreiung und Entwicklung gebrüßt.

Der Kampf gegen Ungerechtigkeit und Ausbeutung geht weiter

Wiederum ist nach einer Bischofskonferenz der Weg von der Theorie in die Praxis zu finden. Es ist abzusehen, daß sich die Lage der Armen nicht nur nicht kurzfristig bessern sondern im gegenteil sich weiterhin verschlechtern wird. Der Lernprozeß geht weiter und die HOffnung der Ausweitung der Volkskirche wächst.

Ein Drittel aller Katholiker der Welt lebt in Laeinamerika. Noch ist es nur ein kleiner Teil von ihnen, der sich auf urchristliche Formen des Zusammenlebens besinnt doch der Anteil derer die den Herrschenden Zusammenarbeit und Unterwürfigkeit aufkündigen wächst.
Viele Priester vertreten die Meinung die Seite des Volkes zu wählen bedeute gleichzeitig für eine andere Gesellschaftsordnung einzutreten, für den Sozialismus.

Priester:
Wir haben immer gesagt, der Sozialismus sei in keiner Weise mit dem Evangelium vereinbar, heute sehen wir, daß der Kapitalismus mit dem Evangelium völlig unvereinbar ist. Der Kapitalismus bringt eine Gesellschaft der Ungerechtigkeit hervor. Das ist unsere Haltung und obgleich es unsägliche Schwierigkeiten gibt, sehe ich keinen Grund, warum die Kirche nicht versuchen sollte in engere Beziehungen zum Marxismus zu treten.
Das sich zwei Klassen antagonistisch gegenüber stehen ist mehr als nur eine Theorie. Man braucht nur die Augen zu öffnen, um die Existenz dieser beiden Klassen zu erkennen und sich für eine von ihnen zu entscheiden: Unterdrücker oder Unterdrückte, das ist kein Produkt der Phantasie.

Großen Teilen der Bevölkerung ist klar, daß die Kirche politisch Stellung bezieht.Einem holländischen Journalistenteam, das dieser Frage nachgeht erzählt ein Straßenhändler in den Elendsvierteln Bogotas:"Die Kirche befaßt sich ja mit Politik. Ich erinnere mich, als ich 12 Jahre alt war - also schon ziemlich erwachsen- das war am 9.4.1948, ich wurde Zeuge eines Massakers. Die Soldaten stiegen auf die Kirchtürme und schossen mit den Maschinengewehren auf die Leute in den Straßen. Ich habe gesehen wie Priester dabei tatenlos zuschauten. Die Kirche vertrat hier die gleichen politischen Ansichten wie die Regierung." Er meint dies könne auch heute noch geschehen, die Situation sei gleich, die Probleme seien gleich.
"Die Kirche reagiert nicht insgesamt auf die Unterdrückung aber nur die Kirche der Unterdrückten. Deren Priester zeigen uns als einzige in der Kirche wie die Dinge wirklich sind.Sie arbeiten mit uns zusammen. Die Regierung geht oft mit drastischen Maßnahmen gegen sie vor. Da sie uns die Wahrheit der christlichen Lehre darlegen, werden sie von der Regierung gleich als Revolutionäre bezeichnet."

Priester:
Ich glaube, der wichtigste Gesichtspunkt der Theologie der Befreiung besteht wohl darin, daß man die Realität mit anderen Augen betrachtet, daß man erkennt, wie ungerecht hier alles ist, daß es nicht genügt, wenn der einzelne gut ist und seinen Nächsten liebt.

Zusammen mit anderen verteidigte ein Priester die Hüttenbewohner eines Elendsviertels als die Polizei 7 mal hoch kam, um sie zu vertreiben. Er stellte sich der Staatsmacht in den Weg und ging dafür ins Gefängnis. Regelmäßig hielt er dort die Messe:
"Der Gottesdienst an sich ist etwas isoliertes im Leben des Volkes. Gerade deshalb habe ich angefangen, hier in diesem Viertel zu arbeiten. Ich wohnte an der Universität und ich kam hier nur Sonntags zum Gottesdienst aber dann hat man sofort gemerkt, das das etwas Fremdes vom Leben des Volkes ist und daß man mit ihnen in allen möglichen Situationen mitmachen muß...mit den Schwierigkeiten, die sie mit den Behörden und mit den Landbesitzern...haben. Man muß dabei sein. Dann gehört der Gottesdienst selbst viel mehr zum Volk und zu den verschiedenen Schwierigkeiten, die sie haben. Es ist auch viel leichter für mich zu predigen, wenn ich direkt teilnehme und die Schwierigkeiten kenne." (ARD 4.2.79)

Ein Brief argentinischer Katholiken an den Papst

Heiliger Vater,
Als Mitglieder der argentinischen katholischen Kirche haben wir erfahren, daß der Vatikan sich als Vermittler im Konflikt um den Beagle-Kanal angeboten hat. Diese Nachricht hat uns erfreut, weil sie das Interesse Eurer Heiligkeit für unsere lateinamerikanischen Völker anzeigt.
Aber gleichzeitig empfanden wir einen tiefen Kummer, als wir sahen, daß Eure Heiligkeit mit Angelegenheiten befasst sind, die, wenn auch wichtig, so doch für das argentinische Volk und wie wir glauben, auch für das chilenische Volk zweitrangig sind.
Heiliger Vater! Das Grenzproblem um den Beagle-Kanal ist wenigstens aus zwei Gründen für unsere Völker wenig wichtig:
1. Weil die Lösung dieses Problems nichts zur Verbesserung der elementarsten Menschenrechte beiträgt.
2. Da man ein Blutvergießen verhindern will, muß daran erinnert werden, daß es ja seit mehr als zwei Jahren in Chile wie auch in Argentinien geschieht, wo Tausende von Bürgern getötet wurden, verschwanden oder gefoltert wurden mit Zustimmung dieser beiden Regierungen.
Unglücklicherweise wurde bis zum heutigen Tag keinerlei mit der des Kardinals Samore vergleichbare Mission erfüllt, obwohl man doch alles das weiß. Dieses Schweigen, das die einfachen Christen in unseren Ländern als eine Unterstützung dieser Regimes, die despotisch den Plan Gottes brechen, interpretieren, ist eine Anklage, welche indirekt auf Eure Heiligkeit bezogen wird.
Das Wichtige ist das Schicksal jener Millionen Argentinier und Chilenen - zu 96% Katholiken - die eine willkürliche Repression ertragen, die ihrer Menschenrechte beraubt sind und die weiterhin verschwinden, ohne Spuren zu hinterlassen (ihre Zahl erreicht mehrere Tausend). Und zwar für das einzige "Verbrechen", laut gedacht und den Wunsch nach einer mehr dem Plan Gottes entsprechenden Gesellschaft geäußert zu haben.
Wir alle warten darauf, daß die politischen Gefangenen freigelassen werden, daß die Folter aufhört, daß die Liste aller jener, die starben, bekanntgemacht wird und daß die Gefängnisse aufhören, eine Hölle zu sein.
Ohne Eure Vermittlung dabei ist die andere Vermittlung um den Beagle-Kanal ein bedauernswerter Zustand , weil sie Eure Heiligkeit als einen Verbündeten dieser Militärregierungen erscheinen läßt - auf der gleichen Ebene eines Videla oder eines Pinochet.

(Le Monde, 26.1.1979)

ARGENTINIEN

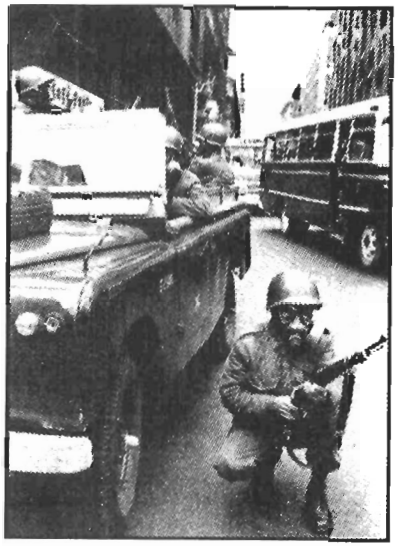
Offener Brief an die Bischöfe in Puebla

OFFENER BRIEF DES GEFANGENEN ARGENTINISCHEN VOLKES AN SEINE HIRTEN, DIE ZUR LATEINAMERIKANISCHEN BISCHOFSKONFERENZ IN MEXICO VERSAMMELT SIND.

Wir argentinischen politischen Gefangenen wollen vor CELAM sprechen. Wir wissen, daß unser Wort als gelebtes Zeugnis unserer Not gehört wird (...). Tausende von uns sind in Bundes- oder Provinzgefängnissen eingekerkert. Personen aller Altersgruppen und jeder sozialen Herkunft. 14jährige Kinder oder 80jährige Frauen: Angeklagt, die Ordnung und den sozialen Frieden zerrüttet zu haben (...).

Die politische, soziale und wirtschaftliche Situation des argentinischen Volkes ist bekannt. Hunger, Arbeitslosigkeit, Elend: Das ist die tägliche Last der Mehrheit der Bevölkerung. Jede Stimme, die sich zum Protest erhebt, wird grausam zum Schweigen gebracht. (...) Zerstörte Familien. Eine ganze Generation, die ausgemerzt wurde. Tausende von Toten, Tausende von Verschleppten, Tausende von Gefangenen, Tausende von Exilierten. Dies ist Terror als Mittel, den Hunger des Volkes zum Schweigen zu bringen (...).

Ungewißheit durchzieht das tägliche Leben der Frauen und Männer. Jederzeit, ob man zu Hause, an seinem Arbeitsplatz, im Bus, in einem Café oder auf der Straße ist, jederzeit können sie eine Durchsuchung, eine Straßenkontrolle oder Stadtteilrazzia durchführen. Damit beginnt ein furchtbarer Lebenslauf (...), das Schicksal derjenigen, die von nun an nur noch reine Objekte sind, ist entschieden.



Straßenkontrolle

Der erste Schritt ist die Folter. Barbarische Methoden wie Elektroschocks, Erstickung durch Untertauchen in Wasser oder Kloake (U-Boot), Scheinerschießungen, Verbrennungen durch Zigaretten oder Flammen, Dehnung der Gelenke und Zerreißen des Körpers wie im Mittelalter, Vergewaltigung, Eisenkugeln, Fußfesseln, Verletzungen durch wilde Hunde: Dies ist nur der Anfang des Wahnsinns!

Die Folter wird von hohen Offizieren persönlich angeleitet und entweder von ihnen selbst oder von Menschen, die unter Drogeneinfluß stehen, oder von solchen, denen jede menschliche Regung fehlt, durchgeführt. Die Folter kann Tage, Wochen oder Monate dauern. Man lebt in infektiösen Kerkern, Schuppen oder Polizeistationen, in Kasernen, Schulen, Häusern oder zentralen

Gebäuden. Wie tausend andere haben wir die schrecklichsten Folterungen in den Räumen des Staatssicherheitsdienstes der Bundespolizei in der Moreno-Straße im Zentrum von Buenos Aires erleiden müssen. Unser Geschrei wurde von Musik übertönt oder verstummte hinter Spezialwänden. (...) Immer stand ein Arzt dabei, der unseren Zustand "kontrollierte". Hunderte von Toten starben an der Folter.

Die physische Folter zielt auf die Vernichtung des Körpers: Verstümmelung, Erblindung, Verlust des Gehörs, Unfruchtbarkeit, unzählige unheilbare Folgeerscheinungen.

Die moralische Folter durch Entkleiden, Vergewaltigung, Beschimpfung oder Isolierung zielt auf die Zerstörung der Selbstwürde. (...)

Die Konzentrationslager

Eines Tages folgt der nächste Schritt. Die Wächter holen einen oder mehrere Personen aus den überfüllten großen Zellen (Löwenkäfige) oder Einzelzellen (Röhren). Das Ziel ist den Gefangenen unbekannt. Verschiedene Möglichkeiten eröffnen sich einem: Der Tod, die Internierung in ein KZ oder die Scheinlegalität in Gefängnissen oder Polizeistationen. Tausende von Menschen wurden nach der ersten Möglichkeit ermordet. Sie erscheinen als Tote bei bewaffneten Zusammenstöße. Andere wurden in einem Gefrierfleischlastwagen auf Fleischerhaken aufgehängt 1976 auf der Panamerika-Straße in der Provinz Buenos Aires gefunden oder wie die 30 Leichen in Pilar mit Dynamit in die Luft gesprengt, wie es am 18.8.76 in der Presse stand, oder die an Zementblöcke gefesselten Leichen, die im Stausee "El Cadillal" (Provinz Tucumán) gefunden wurden. Wie dortige Bewohner versichern, mußte das Wasser des Stausees wegen der verwesten Leichen desinfektiert werden.

Verschleppt und ermordet

Die zweite Möglichkeit ist, in ein KZ zu kommen. Tausende von Verschleppten befinden sich dort. Man weiß davon, weil einige entfliehen konnten. (...)

Campo de Mayo, die Marine-Ingenieurschule (Escuela Mecánica), die Polizeibrigaden von Banfield, Lanús, Ramos Mejía und Monte Grande in Buenos Aires; Campo de la Rivera und das KZ von La Perla in Córdoba; El Colmenar, Famaillá, eine dreistöckige Schule im Zentrum von Tucumán; das KZ in der Avenida Colón in Bahía Blanca. Das sind einige der bekanntesten KZs. Dort wird man zu einem anonymen Wesen, das man im besten Fall sterben läßt. Oder man wird solange gefoltert, bis man stirbt. Hunger, Kälte, Nacktheit, Züchtigungen, Krankheiten, Wahnsinn und Unrat erfüllen ihre tägliche Vernichtungsaufgabe.

Aus dem KZ Famaillá kamen die 25 Bettler, Blinden, Krüppel und Zerlumpten, die man im August 1977 auf einer Landstraße an der Grenze zur Provinz Catamarca aufgegriffen hatte. Keine der offiziellen Stellen wollte sich ihrer annehmen. (...) Die Bettler berichteten, was sie erlebt hatten: "Wir lebten in 1,20 m hohen und 0,60 m breiten Tunnel aus Beton. Sie sind beleuchtet. Plötzlich verlöscht das Licht, und man hört Gewehrsalven. Dann werden die Leichen geholt. Niemand schreit. Alle versuchen, sich auf den Boden zu drücken. Man hört auch Namen und sieht Personen, die sich zum Ausgang schleppen. Sie gehen zur Folter, zur Erschießung oder in den 'natürlichen' Tod." Dies ist das KZ in Famaillá. Nachdem die Bettler mehrere Monate in diesen Tunnel verbracht hatten, wurden sie eines nachts an die frische Luft gesetzt. Einige starben an Lungenentzündung. (...) Das III. Armeekorps verübt in seinem Hoheitsbereich diese grausamen Morde.(...)

Zu 'verschwinden' bedeutet für den Argentinier die höchste Steigerung der Grausamkeit, die man verüben kann. Ein Verschwundener ist jemand, dessen Aufenthaltsort nach seiner Verhaftung verschwiegen wird. Keine offizielle Stelle übernimmt die Verantwortung. Absolute Straffreiheit für die Täter. Keine Antwort auf Habeas-Corpus-Gesuche. Es gibt keine Leichen. Es gibt überhaupt keine Anhaltspunkte. Es bleiben nur Hoffnung und Frustration. Jahrelanges Suchen. Was die Familienangehörigen zumindest fordern, ist die Bestätigung des Todes des Verschwundenen.

Die Gefängnisse

Wir Gefangenen sind die Privilegierten der Unterdrückung, weil wir als Verhaftete zumindest 'anerkannt' sind. (...) Aber wir können dennoch an einen unbekannten Ort verschleppt werden, ohne daß irgendein Gericht dagegen vorgehen kann. Die Streitkräfte haben die absolute Verfügungsgewalt über unser Leben.

Nachdem wir die obligatorische Folter hinter uns haben, kommen wir in ein Gefängnis. Manche von uns in einem sehr schlechten körperlichen Zustand. (...) Wir werden alle der Nationalen Exekutivgewalt (Poder Ejecutivo Nacional) (PEN) unterstellt. Einige kommen vor Kriegsgerichte. Eine Minderheit wird der Bundesjustiz auf der Grundlage von durch Folter erpreßten 'Geständnissen' übergeben. Diese 'Geständnisse' werden mit verbundenen Augen unterschrieben.. (...)

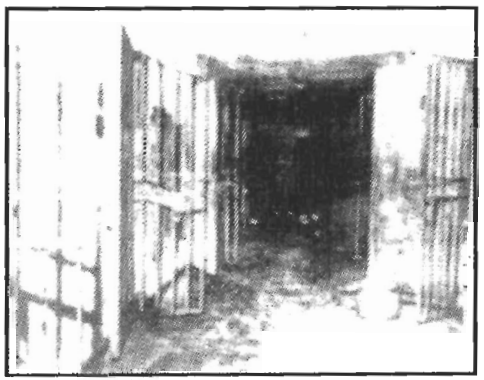
Die PEN-Gefangenen haben gemäß Art. 23 der Verfassung das Recht auf Option. Das bedeutet, daß sie das Land freiwillig verlassen können. Dieses Recht muß ihnen innerhalb von 90 Tagen zugestanden werden; wenn nicht, müßten sie nach Eingabe eines Habeas-Corpus-Gesuches sofort freigelassen werden. Aber die Landesverfassung wurde außer Kraft gesetzt. (...) Tausende von Options-Gesuchen wurden von den Streitkräften mit dem Argument abgelehnt, daß die Personen "eine Gefahr für die Staatssicherheit bedeuten". (...) Das heißt: Das erklärte Ziel der Streitkräfte ist die Massenvernichtung. (...)

Manche werden der Bundes- oder Provinzjustiz mit sichtbaren Zeichen der Folterung vorgeführt. Aber die Richter interessiert das nicht. (...) Es gibt keine Verteidigung für uns, denn wir haben keine Rechtsanwälte. Diejenigen, die eine Verteidigung riskierten, wurden verschleppt und bedroht, ihre Wohnungen durch Bomben zerstört. Sie wurden verschleppt, gefoltert und ermordet. Die Welt kennt die Folter an Rechtsanwalt Dr. Mario Amaya und seine spätere Ermordung in der Einheit 2 des Gefängnisses von Villa Devoto. Er war Verteidiger von po-

litischen Gefangenen und Bundesabgeordneter für die Radikale Bürgerunion.

Die offiziellen Verteidiger gehen mehrheitlich von der Annahme unserer Schuld aus. Die Prozesse dauern Jahre. Die Richter können die bedingte Freiheit oder die Verurteilung beschließen. Aber Freiheit bedeutet nicht Freilassung, denn wir befinden uns vor allem in der Gewalt des PEN, der Streitkräfte. (...) Die Komplizenschaft der Richter kann soweit gehen, daß diese wie Dr Mántaras aus Santa Fé im Januar 1978 an Folterverhören teilnehmen. (...)

Leben im Gefängnis bedeutet vegetieren. (...) Die Dekrete 2023/74 und 955/76 sind praktisch Vernichtungsgesetze, die uns dem Gutdünken des Gefängnispersonals überlassen. Wir politischen Gefangenen unterstehen direkt den Militärabteilungen des entsprechenden Ortes, wo sich das Gefängnis befindet. (...)



Unterirdischer Kerkergang eines argentinischen Gefängnisses

Es gibt Gefängnisse, in denen die Gefängnisbestimmungen irrwitzige Ausmaße angenommen haben. In Rawson (Chubut) gibt es für die Gefangenen 16 Stunden "Erholung". Sie müssen auf dem Boden liegend zur Decke schauen, dürfen weder sprechen noch lesen. Im Gefängnis von Coronda (Santa Fé) dürfen die Gefangenen seit März 1976 keinen Briefverkehr führen. Sie werden ununterbrochen bestraft. Die Gefängnisse von Mendoza und Córdoba halten ihre Häftlinge seit März 1976 in Einzelhaft. Die Situation in allen dem III. Armeekorps unterstellten Gefängnissen ist extrem schlecht. In Sierra Chica herrscht durch das armselige Essen allgemein Blutarmut. (...) Zeitung lesen und Radio hören ist in fast allen Gefängnissen verboten. Es fehlt an Winterkleidung. Die Korrespondenz wird zensiert. (...)

Wir werden wie Geiseln behandelt. Vor Beginn der Fußball-WM wurden aus den Gefängnissen Devoto, Rawson und Sierra Chica Männer und Frauen zusammengezogen - so wie es immer dann angeordnet wird, wenn der Präsident durch eine der Provinzen im Bereich des III.Armeekorps reist. Man droht dann mit "Erschießung, wenn dem Präsidenten etwas zustößt". 1976 und 1977 veröffentlichte die Presse oft angebliche Fluchtversuche, die schon von niemandem geglaubt werden. Fluchtversuche aus den Gefängnissen Córdoba, Resistencia und La Plata. Dabei wurden viele junge Argentinier ermordet. (...)

Viele Gefangene sterben durch Schläge in den sogenannten Strafzellen. Aber wir überleben, weil unsere Hoffnung und unser Wunsch, ins Leben zurückzukehren, groß sind. Doch auch diese Hoffnung wollen sie systematisch unterdrücken. Wir wissen nicht, wann wir in die Freiheit zurückkehren werden, wann wir uns wieder in unsere Arbeit, in den Wiederaufbau des Friedens, den wir alle ersehnen, integrieren können. Unsere Zukunft ist ungewiß. Unser Leben hängt von einer Macht ab, die sich als allmächtig über gott erheben will und über das Leben

unserer Kinder entscheidet. Sie bemächtigen sich der Macht Gottes, den sie permanent anrufen. Dies wird auch deutlich, wenn sie unsere christlichen Gefühle ausnutzen. Die Ausübung des Christentums wird uns als"Gnade gewährt". Das Verbot, an Messen teilzunehmen, wird als Strafe gegenüber Gefangenen benutzt. Die geistliche Betreuung wird uns seit Jahren verwehrt.(...)

Wir sind immer wieder mit unseren Bitten an die Kirche herangetreten, um sich bei den Streitkräften in der Frage der geistlichen Betreuung für uns zu verwenden. Aber erst jetzt können wir unsere

Familienangehörige von politischen Gefangenen warten auf eine Besuchserlaubnis für das Gefängnis von Villa Devoto/Buenos Aires

Rechte als Mitglieder der Kirche teilweise ausüben. (...) Der Glaube stärkt uns, die wir in Angst und Schmerz leben. Es ist der Glaube der Opfer der schweren Menschenrechtsverletzungen. Die Machthaber bestimmen auch, was eigentlich nur in die Kompetenz Gottes fällt. Sie nehmen uns das Recht, aktive Mitglieder der Kirche, der wir angehören, zu sein. Aber unser Glaube bleibt ungebrochen. Es ist die Kraft, die die Schwachen und Verfolgten antreibt, in die Zukunft zu schauen. Dieser Glaube ist Vertrauen. Beides - Glaube und Vertrauen - ermutigt uns, uns an Sie zu wenden, an die Hirten des Lateinamerikanischen Volkes, in der Gewißheit, daß wir gehört werden und eine Antwort erhalten. (...)
Puebla bedeutet für Lateinamerika die Hoffnung der Hoffnungslosigkeit. Das argentinische Volk schaut nach Puebla. (...)

Jetzt ist die Stunde des Friedens, des Friedens in Gerechtigkeit gekommen.

Wir überbringen Ihnen unsere dringendsten Bitten, damit wir unseren Schmerz hinter uns lassen und die Zukunft aufbauen können:

WIEDERAUFTAUCHEN DER VERSCHWUNDENEN - FREILASSUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN OHNE ANKLAGE - GERECHTE UND SOFORTIGE ENTSCHEIDUNGEN IN DEN GERICHTSVERFAHREN - ABSCHAFFUNG DER KRIEGSGERICHTE - HUMANISIERUNG DER GEFÄNGNISSE - BEENDIGUNG DER VERFOLGUNG, VERSCHLEPPUNG UND ERMORDUNG UNSERER FAMILIENANGEHÖRIGEN.

ARGENTINISCHE POLITISCHE GEFANGENE
im Juni 1978

Widerstandspresse

Die Pressezensur in Argentinien verhindert, daß die "legale" Presse Informationen verbreitet, die gegen die Politik der Militärjunta gerichtet sind. Eine breite Information der Bevölkerung ist aber unabdingbar für den Widerstand. Daher kommt der "illegalen" Presse, die heimlich und unter großer Gefahr hergestellt und verbreitet wird, eine große Bedeutung zu. Im folgenden bringen wir die Beschreibung eines Mitglieds der CGT-R (Gewerkschaftszentrale im Widerstand) über die Arbeit der Gewerkschaftspresse der CGT-R.

Die Gewerkschaftspresse

Heute existiert in Argentinien kein von der Diktatur toleriertes Informationsmedium, das den Interessen des Volkes entspricht. Die "legale" Presse ist in den Händen der volksfeindlichen Sektoren und folgt den Anweisungen des Regimes. Alle Publikationsorgane, die die Situation des Landes wahrheitsgemäß darstellen könnten, wurden geschlossen.

Diese Situation - die in den Berichten der internationalen Organisationen immer wieder dargestellt wird - hat auch Auswirkungen auf das Gewerkschaftsleben. Die "legale" Presse ignoriert z.B. viele Nachrichten über Arbeitskonflikte und verzerrt normaler-

Zeitungskiosk
in Buenos Aires
vor dem Putsch

weise diejenigen Nachrichten, die wegen ihrer Wichtigkeit nicht verschwiegen werden können. Die nicht-intervenierten Gewerkschaften (das sind meist kleinere Gewerkschaften, die nicht unter die Aufsicht eines Staatskommissars gestelltwurden, wie dies mit der Gewerkschaftszentrale CGT und den großen Gewerkschaften geschah, Anm. d. Red.) ... sind auf rein administrative Aufgaben unter strenger militärischer Kontrolle beschränkt, und ihre Publikationen dürfen nur Nachrichten dieser Art und Notizen über Kulturveranstaltungen bringen, wenn ihr Erscheinen nicht ganz eingestellt wurde.

Die einzig wirksame und wahrheitsgemäße Berichterstattung kann daher heute nur aus dem gewerkschaftlichen Widerstand kommen, wo zahlreiche Arbeitergenossen unter Lebensgefahr ihre eigene Presse leiten und redigieren, publizieren und drucken.

Die Presse im Widerstand

Dies ist eine der wichtigsten Aufgaben der CGT-R. Denn es gibt keine Möglichkeit, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, ohne daß wir - trotz der Umstände - einen möglichst hohen Grad an Kommunikation herstellen. Ein Kennzeichen der argentinischen Arbeiterbewegung ist, daß alle Vorgänge, die die Arbeiterbewegung betreffen, gemeinsam diskutiert werden; der Arbeiter ist ein aktiver Teilnehmer am Gewerkschaftsleben. Der Beitrag der gedruckten Presse zu dieser Aktivität ist unersetzlich.

Auf der anderen Seite ist es nicht möglich, einen massiven Widerstand voranzutreiben, ohne daß die Arbeiter die garantierte Möglichkeit des freien Ausdrucks haben. Die Presse erlaubt die Konfrontation verschiedener Positionen und ihre Vereinheitlichung.

Vor dem Putsch zeichnete sich die Gewerschaftspresse durch eine Vielzahl von Beiträgen und Positionen aus; jetzt leidet sie unter der rigorosen Repression; die Folge ist, daß ihr alle Mittel fehlen. Trotzdem ist sie im Widerstand präsent; hunderte der besten Genossen beteiligen sich an dieser Aufgabe; meist müssen sie ihre Aufgabe mit völlig unzureichenden Mitteln erfüllen, in anderen Fällen haben sie bessere Werkzeuge, die vom Widerstand beschafft wurden.

Man verwendet Kohlepapierdurchschriften, Vervielfältigungen und manchmal auch Off-set-druck; auch darf man diesen tonlosen Schrei nicht vergessen, der auf die Mauern der Städte geschrieben wird ... trotz der Überwachung der Straßen. Außerdem werden kleine, selbsthaftende Schilder verwendet ... die an allen möglichen privaten und öffentlichen Orten auftauchen.

Die Hindernisse sind immens; an erster Stelle steht die Repression: allein der Besitz eines Blatt Papiers, auf dem die Erhöhung der Löhne gefordert wird, bedeutet im Fall der Entdeckung mindestens Verhaftung. Sie zu erdenken, zu redigieren und zu drucken, kann Verschleppung, Folter und Tod zur Folge haben. Man kann sagen, daß jeder Buchstabe mit dem von den Unterdrückern vergossenen Blut ... geschrieben wird.

Die Sicherheitskräfte versuchen verzweifelt die Druckereien zu finden; sie machen Razzien, bei denen sie ganze Stadtviertel Haus für Haus durchsuchen, hetzen zur Denunziation auf, foltern und wenden Terror an - aber die Ergebnisse sind fast Null. (...)

Gegen die Hausdurchsuchungen wehrt man sich mit gut getarnten Verstecken, die wir "embutes" ("Füllungen") nennen; sie befinden

sich zwischen Wänden, unter dem Dach, zwischen Stockwerken versteckt in Häusern von Arbeitern.

Trotz der häufigen Verhaftungen und Kontrollen jedes beliebigen Passanten und Transportmittels gelangt unsere Presse an die Arbeitsplätze: vielleicht ist es gerade jene Hausfrau, die mit einer Einkaufstasche die Straße entlanggeht.

Unsere Presse lebt von den Beiträgen, die von Aktivisten heimlich in den Sektionen eingesammelt werden, vom Papier, dem Bleistift oder Farbband, die in einem Büro mitgenommen werden - eine wahre Ameisenarbeit!

Wir möchten Euch möglichst lebendig schildern, wie unsere Graphiker und Korrespondenten arbeiten. Wir möchten Euch jenen Arbeiter zeigen, wie er nach einer zwölfstündigen Schicht nach hause kommt und sich in sein Labor begibt, wo er fast ohne Licht und so leise wie möglich - denn es ist Nacht und jemand könnte ihn verdächtigen - seine Aufgabe erfüllt. Vielleicht wird er morgen ohne Schlaf zur Arbeit gehen, weil heute ein Konflikt ausgebrochen ist und etwas für die morgige Diskussion gedruckt werden muß. Er muß die Schreibmaschine und den Vervielfältigungsapparat aus dem Versteck holen,... muß drucken und anschließend sauber machen, damit nicht die geringste Spur im Haus zurückbleibt und muß jedes überflüssige Blatt Papier, das er nicht mehr braucht, Blatt für Blatt verbrennen. Und dies ist keine Presse für eine Minderheit, für Aktivisten, sondern eine Presse, die für die 6 Mio. Mitglieder der CGT, für eine Bevölkerung von 26 Mio. in einem riesigen Territorium bestimmt ist. Von diesem Anspruch her müssen wir die Hindernisse betrachten, die sich uns entgegenstellen.

Streikende Mercedes-Benz-Arbeiter

Unsere Presse wird in Argentinien von Arbeitern geschrieben und hergestellt. Sicher erfüllt sie nicht die gesteckten Ziele; aber unsere Nachrichten stehen an den Mauern, sie finden sich in einer Broschüre im Arbeitsamt und auch in den Pressekonferenzen mit ausländischen Journalisten oder bei den Treffen des Nationalen

Sekretariats mit internationalen Gewerkschaftsführern in Buenos Aires
aber unsere Nachrichten stehen an den Mauern, sie finden sich in einer Broschüre im Arbeitsamt und auch in den Pressekonferenzen mit ausländischen Journalisten oder bei den Treffen des Nationalen Sekretariats mit internationalen Gewerkschaftsführern in Buenos Aires.

Spendenaufruf

Die CGT-R versucht derzeit, die Arbeit der Untergrundpresse erheblich auszuweiten. Dabei kommt sie für die Beschaffung des Materials, das für die laufende Arbeit gebraucht wird, selbst auf. Allerdings ist es ihr nicht möglich, bei der schlechten materiellen Situation der Arbeiter auch das Geld für die maschinelle Ausstattung von Redaktionen und Druckereien aufzubringen.

Aus diesem Grund hat sie eine Liste von Geräten zusammengestellt, die aus Spenden finanziert werden sollen. Diese Geräte müssen der Arbeit im Untergrund angepaßt sein. Das bedeutet, daß sie leicht zu verstecken und zu transportieren sein müssen; die Wartung und Reparatur muß von Mitgliedern der CGT-R ausgeführt werden können, und die Ersatzteile müssen im Land selbst zu kaufen sein.

Für diesen Ausbau der Untergrundpresse, die wichtig ist für den Widerstand gegen die Diktatur, bittet die CGT-R um "solidarische Hilfe, da dies eine konkrete Form der Solidarität mit den argentinischen Arbeitern ist, die für die Wiedereroberung ihrer eigenen Organisationen, für die Beachtung der Rechte der Arbeiter, für Gerechtigkeit, Frieden und eine authentische Demokratie kämpfen."

Wer diese Arbeit unterstützen will, kann Spenden auf das Argentinienkonto der Lateinamerika-Nachrichten überweisen. Wir werden dann das Geld an die CGT-R weiterleiten.

SPENDET FÜR DEN WIDERSTAND IN ARGENTINIEN

* * * *

Pschk. Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108
Kennwort: Argentinien-Hilfe

Brief an die Bundesregierung

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Februar/März 1978 hatten wir - wie auch andere Gruppen (z.B. amnesty international) - auf die Verletzung der Menschenrechte in Argentinien hingewiesen und in diesem Zusammenhang ein Schreiben an die Bundesregierung gerichtet, in welchem wir uns mit 4 Forderungen an Sie wandten. Diese Petition wurde von über 90.000 Personen unterzeichnet.

Dies waren unsere Forderungen:

1. Mindestens 500 argentinische politische Gefangene sollten bis zum Termin der Austragung der Fußball-Weltmeisterschaft in der Bundesrepublik aufgenommen werden.
2. Freie Ausreisemöglichkeit für alle in ausländische Botschaften geflüchteten Argentinier.
3. Veröffentlichung einer kompletten Liste aller politischen Gefangenen und Verschwundenen durch die argentinische Regierung.
4. Eine unabhängige internationale Untersuchung aller argentinischen Gefängnisse und Konzentrationslager.

Wir sind uns darüber im klaren, daß die Bundesregierung bei den Punkten 2 - 4 nicht so große Einwirkungsmöglichkeiten auf die argentinische Militärdiktatur hat, obwohl die Bundesrepublik einer der bedeutendsten Handelspartner Argentiniens ist. Immerhin aber ist die Aufnahme von 500 politischen Gefangenen allein die Sache der Bundesrepublik.

Wir würden von Ihnen gern erfahren, ob und wieweit die Bundesregierung dieser Petition Rechnung trug.

Dazu zu Ihrer Erinnerung zwei Pressezitate:

DER TAGESSPIEGEL, Berlin, 22.4.1978: "Die Bundesregierung ist zur Aufnahme von 500 politischen Gefangenen aus Argentinien bereit. Staatssekretär van Well vom Auswärtigen Amt sicherte dem Generalsekretär der deutschen Sektion von amnesty international, Frenz, zu, sich für die Freilassung und Aufnahme der Häftlinge einzusetzen."

WZ-GAZ, 14.2.1979: Hamburg (dpa). Der Aufnahme von 400 politisch Verfolgten aus Argentinien durch Bund und Länder steht nichts mehr im Wege. Dies erklärte gestern die Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International."

Wann treffen die ersten argentinischen politischen Gefangenen in der Bundesrepublik ein?

Mit freundlichen Grüßen

Argentinien-Solidaritätskomitee Wuppertal

PERU

Der Generalstreik und seine Folgen

Der für den 9.-11.Januar ausgerufene Generalstreik ist gescheitert - eine bittere Erfahrung für alle progressiven Kräfte, aber auch Anlaß für schonungslose Selbstkritik und Überprüfung der bisher verfolgten Strategie und Taktik. Nachstehend drucken wir einen ersten Einschätzungsversuch ab, den wir dem Nachrichtendienst von DESCO/Lima (Resumen Semanal,13.-19.Januar 1979) entnommen haben:

... etwas ist geschehen

Was ist geschehen? Darauf ist keine kurze Antwort möglich. Man muß die Fehleinschätzungen bedenken, denen alle - Akteure und Beobachter - bis zum Beginn des Streiks erlegen sind. Aber man muß auch das Verhalten der Kräfte, die den Streik vorangetrieben haben, sowie das Verhalten derjenigen, die sich ihm widersetzt haben, untersuchen: das Verhalten der Regierung, die Position der Rechten in ihrer Gesamtheit und insbesondere die Rolle, die die APRA gespielt hat.

Der 19. fand nicht im Januar statt

Wenn man die Fehleinschätzungen aufzählt, die zur Ausrufung des Nationalen Einheitsstreiks geführt haben, so muß man an erster Stelle auf die mechanische Übertragung von Situationen hinweisen, die in einem anderen historischen Moment gegeben waren. Es ist klar, daß am 19.Juli 1977 der Streik für die gesamte Volksbewegung, und sogar für die Mittel- und Oberschichten, das einzige "Ventil" war. Und es ist ebenso klar, daß der Streik vom 22. und 23.Mai (1978) - nachdem das"Muttertags-Paket" verkündet worden und es für niemanden sicher war, ob die Wahlen stattfinden würden oder nicht - ein Druckmittel für die verschiedensten Kräfte darstellte. Es steht aber auch definitiv fest, daß sich am 18.Juni (1978), als die Wahler zur Verfassunggebenden Versammlung, mit all ihren Beschränkungen und Verfolgungen der Linken, doch stattfanden,... etwas im Lande änderte.

Repression für die einen, „Übergangsprozeß" für die anderen

An zweiter Stelle muß gesagt werden, daß nicht die Gewerkschaftsbewegung und die Arbeiter diejenigen sind, die den unmittelbaren Hauptnutzen aus den vorangegangenen Streiks gezogen haben. Im Gegenteil, sie waren diejenigen, die die Folgen der Repression und Entlassungspolitik zu tragen hatten, und ihre Familien mußten dafür hungern. Heute existiert der Begriff Arbeitsplatzsicherheit für niemanden mehr, und es wird tagtäglich deutlicher, worin die "Revanche" der Unternehmer für die längst der Vergangenheit angehörenden Gesetze über den Kündigungsschutz und die Industriegemeinschaft besteht. Der wahre Nutznießer der Volkskämpfe ist die peruanische Rechte gewesen: die Mobilisierung des Volkes hat die Bedingungen geschaffen, unter denen die Forderung nach dem Rückzug der Militärs aus der Regierungsgewalt und dem "Übergang zur Zivilherrschaft" gestellt werden konnte, und das Volk sieht immer deutlicher, welche Kräfte in diesem Lande hinter der sogenannten "Zivilherrschaft" stehen.

Eine trügerische Lohnerhöhung

An dritter Stelle steht die Tatsache, daß das Wirtschafts- und Finanzministerium in der Zusammenstellung seiner "Pakete" jetzt eine Intelligenz an den Tag legt, die es vorher nicht besessen hat, und daß das Volk nun nicht mehr das Gefühl hat, die Preise seien über Nacht um 25 oder 30 % gestiegen, obwohl sie in Wirklichkeit in den nachfolgenden 30 Tagen um 30-35 % steigen. Das bedeutet, daß in die Planung jeglicher Protestkundgebungen zusätzliche Argumente einbezogen werden müssen. Wenn man darüber hinaus noch in Betracht zieht, daß die Regierung - unmittelbar bevor das Volk die Auswirkungen der Preiserhöhungen verspürte - eine Lohnerhöhung von monatlich 2.000 Soles verkündete, und daß dieser Betrag fast ein Drittel des für Lima und Callao geltenden gesetzlichen Mindestlohns von 6.900 Soles darstellt und ein beträchtlicher Teil der Arbeiter nicht mehr als diesen Lohn verdient, so muß man daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß der Lohnerhöhungserlaß für einen umfangreichen Sektor der potentiellen Streikteilnehmer einen irreführenden Faktor darstellen konnte. Dem ist noch hinzuzufügen, daß in Peru ein fester Arbeitsplatz - auch wenn nur der Mindestlohn gezahlt wird - allmählich zum Privileg einer Minderheit wird.

... wenn die Taschen leer sind

Es gibt noch eine Reihe weiterer Faktoren, die die Verantwortlichen und Befürworter des Streiks in ihren Einschätzungen nicht berücksichtigt haben: die Festsetzung des Streiktermins so unmittelbar nach den Feiertagen zum Jahresende, nachdem die Arbeiter große Ausgaben gehabt hatten; die auf drei Tage festgesetzte Streikdauer; die Tatsache, daß verschiedene größere Gewerkschaften gerade langandauernde Streikaktionen hinter sich hatten, etc. Jedenfalls führte all dies dazu, daß die Gewerkschaftsführung und die politische Führung zu einer Fehleinschätzung der Situation gelangten, bzw. daß es, anders ausgedrückt, zu einer großen "Distanz" zwischen dem Ansatz, den die Führung vertritt und dem, was die Basis will, zwischen der Modellvorstellung vom politischen Kampf, die die einen haben und den Notwendigkeiten des täglichen Lebens, die die anderen am eigenen Leibe verspüren, kam.

Alle spielen mit veränderten Spielregeln

Es gibt aber noch weitere Faktoren, von denen die Führung meinte, es sei nicht erforderlich, sie zu berücksichtigen, die aber in diesem Fall eine kapitale Bedeutung hatten. Zum einen geht es um die inneren Widersprüche und Zwistigkeiten. Zum anderen muß jedoch betont werden, daß die Regierung ohne Zweifel Intelligenz in der Handhabung der Situation gezeigt hat. So hat man nicht nur im Wirtschafts- und Finanzministerium mit äußerster Vorsicht gearbeitet. Die Repression wurde diesmal präventiv und mit größerem Erfolg als in früheren Fällen zur Abschreckung der Führung eingesetzt. Und die Medien wurden zur Abwiegelung der breiten Massen benutzt. Der Regierung gelang es sogar, die geschlossene Unterstützung jener Sektoren zu gewinnen, die sich früher zwar gegen den Streik, aber auch gegen die Regierung gestellt hätten. Diese Tatsache wurde besonders im Verhalten der APRA offenkundig.

Wo blieb die Einheit?

Obwohl noch keine Analyse der Linken über ihre eigenen Irrtümer vorliegt, ist es offensichtlich, daß der Flügelkampf innerhalb der CGTP als ein Faktor angesehen werden muß, der sich negativ auf den Streik ausgewirkt hat. Es muß doch wohl definitiv festgestellt

Isidoro Gamarra,
Präsident der CGTP,
im Dezember 1978:

"Wir wollen, daß man mit viel Ernsthaftigkeit und Verantwortlichkeit vorgeht. Wir sind dagegen, daß da Organisationen herkommen und sagen: Wir sind bereit zum Streik, und nachher streiken sie dann doch nicht."

werden, daß ein Gewerkschaftsstreik nicht gerade wesentliche Impulse daraus beziehen kann, daß eine Kraft ihn vorantreibt, während eine andere Kraft, die fähig ist, dazu beizutragen, dies unterläßt. Und es geht auch nicht an, daß die eine Kraft, die den Streik öffentlich unterstützt, darauf wartet, daß die andere Kraft, die ihn ausgerufen hat, zum Rückzug bläst. So erreicht man keine Aktionseinheit, weder in der Vorbereitung, noch in der Durchführung des Streiks. Und so ist es, einigen wenigen Verlautbarungen zufolge, gewesen.

Und wenn weitere Äußerungen zutreffen, hat der Kampf innerhalb der CGTP und der Gewerkschaftsbewegung zur Folge gehabt, daß wichtige Basisorganisationen nicht teilgenommen haben, und daß diese Tatsache von anderen, ebenso wichtigen Organisationen zum Anlaß genommen wurde, die Aufhebung des Streiks zu verlangen.

Freibrief zum Töten

Die Regierung ging mit großer Vorsicht vor. Während sie bei den vorangegangenen Streiks im Stadtzentrum von Lima Truppenaufmärsche zusammengezogen hatte, die das Ausmaß von Militärparaden erreichten, hütete sie sich diesmal wohlweislich davor. Sie erkannte, daß ein solches Aufgebot in der Innenstadt keineswegs dazu beigetragen hatte, die Arbeiter und Mittelschichten einzuschüchtern, sondern, im Gegenteil, deren Wut eher noch angeheizt hatte. Aber sie erkannte auch, daß, im Gegensatz dazu, die präventive Besetzung der Elendsviertel für deren Bewohner - die in ihrer Mehrheit Migranten bäuerlicher Herkunft sind - und die bei den vorangegangenen Streiks die Straßen und Zufahrtswege nach Lima blockiert hatten - einen wirksamen Einschüchterungsfaktor darstellte. Wenn man darüber hinaus bedenkt, daß erstmals ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß die Truppen Erlaubnis hatten, auf die Demonstranten zu schießen, so bleibt kein Zweifel, daß diese Bevölkerungsgruppen, die während der früheren Streikbewegungen die treibende Kraft gewesen waren, darin einen Anlaß sehen mußten, Vorsicht zu üben und sich nicht zu beteiligen. Dem ist noch hinzuzufügen, daß die Zeitungen, sowie Radio und Fernsehen alles daran setzten, in der Bevölkerung eine Atmosphäre der Angst zu verbreiten.

Berichte über Verhaftungen ... und Gerüchte über umfangreiche Razzien und Deportationen, sowie die Tatsache, daß der Präsident einer so bekannten und in der Verfassunggebenden Versammlung vertretenen politischen Vereinigung wie der UDP verhaftet wurde, verstärkten die allgemeine Atmosphäre der Einschüchterung noch weiter.

Freibrief für die rechte Presse

Während einige Teile der Rechten bei den vorangegangenen Streiks die Regierung ihrem eigenen Schicksal überlassen hatten - denn damit hatten sie ja ein Druckmittel, um die "demokratische Öffnung" durchzusetzen - begriff die Mehrheit der Rechten diesmal, daß das Scheitern des Streiks für ihre eigenen Geschicke bedeutsam sein würde, und daß der "Zeitplan für die Übergabe der Regierungsgewalt" sie definitiv an die Seite der Regierung und in deren Marschrichtung band. Es gab auch ultrareaktionäre Positionen, wie im Falle der Zeitschrift "El Tiempo", die nicht begriff, daß sich die Verhältnisse zu ihren Gunsten verschoben hatten - aber zu diesem Zweck waren ja die Zeitschriften verboten worden. Andere arrangierten sich. So erschien in der Zeitschrift "Opinión Libre", die keinen Hehl aus ihrer Sympathie für APRA und PPC macht, auf der Titelseite in riesigen Lettern die Schlagzeile "Nein zum Streik der Antipatrioten!" Und man muß dazu sagen, daß die Rechte und ihre Presseorgane die vorangegangenen Streiks zwar nicht gerade unterstützt, aber auch nicht bekämpft hatten.

Freibrief zur Profilierung als Regierungspartei?

Jedenfalls ist es unerläßlich, in jegliche Analyse des letzten Generalstreiks die Rolle der APRA einzubeziehen. Die APRA hat gezeigt, daß sie nicht nur die Partei des Landes ist, die die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigt, sondern daß sie sich dieser Tatsache auch voll bewußt und bereit ist, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu verhandeln, Kompromisse zu schließen und, je nach Bedarf, die Volksbewegung zu bremsen oder auf die Unternehmerinteressen einzugehen, wenn nur alle ihre Handlungen dazu beitragen, in den kommenden Wahlen zur Regierungspartei aufzusteigen. Und auf dieser Grundlage spielte die APRA auch ihre Karte im Zusammenhang mit dem Generalstreik aus.

In der Verfassunggebenden Versammlung zeigte sie der Regierung, daß sie deren"loyale Opposition" ist, und daß sie genau weiß, wann sie sich eher loyal als oppositionell zu verhalten hat. Am 3. Januar erreichte sie die Vertagung der Plenarsitzung ... und vermied so eine Diskussion und Stellungnahme zu den am selben Tage von der Regierung erlassenen Preiserhöhungen. Bei der darauffolgenden Sitzung, einen Tag vor Streikbeginn, erreichte sie mit einem weiteren Geschäftsordnungstrick, daß die Sitzung unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, um darin über die außenpolitische Situation zu beraten. Dabei handelte es sich allerdings um Themen..., die schon tage- und wochenlang von den Zeitschriften in aller Öffentlichkeit verbreitet worden waren. Natürlich endete die Sitzung - in Abwesenheit der Linken, die wegen dieses Manövers unter Protest ausgezogen war - mit einer eher lyrischen Verurteilung der Preiserhöhungen und einer expliziten Verurteilung des Streiks.

Aber die APRA spielte ihr Spiel nicht nur in der Verfassunggebenden Versammlung. Ihre führenden Mitglieder - besonders die Gewerkschaftsführer Cruzado und Negreiros - spielten ihre Karte in aller Öffentlichkeit aus und bedienten sich dabei aller Massenmedien, die ihnen die Regierung zur Gegenpropaganda gegen den Streik zur Verfügung gestellt hatte. Die von der APRA kontrollierte Confederación de Trabajadores del Perú, die gegenwärtig eine Renaissance erfährt, erklärte ebenfalls öffentlich, daß sie den Streik verurteile und gab den Beschluß bekannt, daß ihre Basisorganisationen nicht die Arbeit niederlegen sollten. Und bei diesen Bemühungen zogen sie sämtliche Register, indem sie sich aller von ihnen kontrollierten real existierenden oder Scheingewerkschaften bedienten.

Führer der APRA, Haya de la Torre,
doch nicht ganz so müde, wie man dachte.

Selbst der alte Führer und Parteichef der APRA warf sein volles Gewicht gegen den Streik in die Waagschale. Setzten also Haya de la Torre und seine Partei in diesem Spiel offen auf die Seite der Regierung? Dies wird von allen politischen Beobachtern und Partei- und Gewerkschaftsführern eindeutig bejaht. Gegenüber der breiten Masse jedoch wahrte die APRA die Form, indem sie sich als bedingslose Verteidigerin eines ordnungsgemäßen "Übergangs zu einer Zivilregierung" darstellte und damit den breiten Schichten der Bevölkerung eine Alternative anbot, gegen die die Linke nichts ausrichten konnte. Haya und seine Partei hüteten sich, die gegenwärtige Situation zu billigen und distanzierten sich auch formal, aber gleichzeitig machten sie klar, daß allgemeine Wahlen die einzige gangbare Alternative seien. Und es ist logisch, daß eine solche Lösung heute weiten Teilen der Bevölkerung - auch denen, die nicht unbedingt APRA-Anhänger sind - erreichbar erscheint, nachdem vor sechs Monaten tatsächlich Wahlen stattgefunden haben, an deren Durchführung alle Welt gezweifelt hatte. Diese Erwartungen fanden in den Erklärungen der APRA einen Widerhall, und die Regierung machte sie sich in ihren offiziellen Verlautbarungen zueigen.

Das Spiel der APRA richtet sich nicht nur ans Volk. In gleicher Weise hat sie sich der Regierung und insbesondere den Streitkräften klar als die einzige Alternative angeboten, mit deren Hilfe sie ihre Regierungsgeschäfte in einer Zeitspanne, in der eine zunehmende Verarmung der Bevölkerung und eine daraus folgende Verschärfung der sozialen Kämpfe vorhersehbar sind, risikolos über die Hürden bringen kann.

Vorläufige Schlußfolgerungen

Vorbehaltlich einer gründlicheren und umfassenderen Analyse sind folgende Punkte bei einer Einschätzung der Folgen des gescheiterten Streiks anzuführen:

1) Das Wirtschaftsprogramm des Ministers Silva Ruete wird weiter durchgeführt.
2) Der "Wahlkalender" der gegenwärtigen Regierung ist konsolidiert worden.
3) Die Position der APRA als potentieller Wahlsiegerin ist gestärkt worden.
4) In der Art und Weise, wie die APRA ihre Gewerkschaftsorganisationen ins Spiel gebracht hat, deuten sich die Grundzüge ihres möglichen Regierungsmodells an: mit Hilfe ihrer Organisationen - und nicht nur mit Repression von Seiten der Regierung - wird sie alle von ihrer Linie abweichenden Organisationen ausschalten.
5) Die gesamte Linke muß ihre Strategie überdenken, wenn sie nicht Gefahr laufen will, von der Rechten, vor allem von der APRA, verdrängt zu werden.
6) In der heutigen Situation reicht es nicht mehr aus, mit rein gewerkschaftlichen Vorgehensweisen auf eine immer stärker von Parteien beherrschte Realität zu reagieren.
7) Für die Durchführung künftiger Streiks ist es unerläßlich, daß auf der politischen und gewerkschaftlichen Führungsebene vorher gründliche Situationsanalysen erstellt werden.

Ein Augenzeuge aus der Siedlung „El Rescate" berichtet vom Verlauf des Generalstreiks

6. Januar

Es wird ein Kommando für Selbstverteidigung der Mitglieder der UDP - Basisgruppen gebildet. Es setzt sich aus vier Kommisionen zusammen: 1) für erste Hilfe, 2) für Bewachung, 3) für Versorgung und 4) fürBlockaden und Sprengstoffe.

8. Januar

Koordination und Diskussion eines gemeinsamen Kommuniques der UDP - Basisgruppen aus den Barriadas 'El Rescate', 'Planeta' und 'Villa Maria', der Koordinationsgruppe Avenida Argentina/Avenida Colonial, der MOTC (?), des CCLuB (Centro de Coordinacion de Lucha Barrial) und des MJB (Movimiento Juvenil Barrial).
Die folgenden politischen Gruppen waren vertreten: Vanguardia Roja (VR) - Diez Canseco Flügel, Partido Communista Revolucionario (PCR) - Clase Obrera und Trinchera Roja Flügel, Patria Roja (PR), Sendero Luminoso (SL), Movimiento Izquierda Revolucionario (MIR) - Chispa Socialista Flügel, Insurgentes Socialistas und Opposicion Proletaria.

9. Januar

6.2o Uhr: Explosion einer Dynamitladung in der Avenida Duarez.
7.oo Uhr: Blockade des Bahnübergangs in der Avenida Duenas mit Steinen und Molotowcocktails, Steinhagel auf Autos, Kleinbusse und Omnibusse.
7.3o Uhr: Es tauchen Panzerfahrzeuge (3) mit Einheiten der USE - Guardia Civil (Unidad de Servicios Especiales) auf, Panzerfahrzeuge des Heeres, motorisierte Patrouillen, Wasserwerfer und Einheiten zu Fuß kommen dazu. Kaum haben sich die Polizeikräfte zurückgezogen kommen die Leute wieder zusammen und blockieren erneut die Av. Duenas.
8.oo Uhr: Durch die ständige Anwesenheit der Guardia Civil wird die Blockade unmöglich gemacht, aber es wird verstärkt mit Steinen und Brandbomben geworfen. In der Av. Argentina bei den Diamante Betrieben bleiben die Arbeiter stehen und bewerfen die Autos mit Steinen. Mit Maschinengewehren bewaffnete Zivilpolizisten in Privatautos kommen hinzu, sie schießen in die Luft und auf die Menschen. Ein Companero wird verwundet und verhaftet. Teilstreiks in der Av. Argentina und der Av. Colonial, wenig Verkehrsbehinderungen, aber es fahren nur die Kleinbusse und die staatlichen Buslinien. In der Av. Duarez kommt es zu einer Blockade und einem Steinhagel auf die Kleinbusse.

9.oo Uhr: In 'Villa Maria' und 'El Rescate' laufen die Leute zusammen. Sie wollen von 'El Rescate' aus die benachbarten Siedlungen mobilisieren. Die Kreuzung Av. Duarez/Carcamo wird mit Steinen blockiert. Auf der Länge von drei Häuserblocks werden mit Brandbomben Autoreifen angezündet. Man läuft in die Carcamo zum Markt zurück, wo eine Versammlung mit Partei- und Gewerkschaftsrednern stattfindet. Der Versuch die Kreuzung Av. Argentina/Carcamo zu blockieren wird durch die Anwesenheit von Panzerfahrzeugen und motorisierten Patrouillen verhindert.
Es kommt zu einem bedauerlichen, die Einheit störenden Verhalten der MOTC, die sich als nur eine Maskerade des Sendero Luminoso entpuppt. Dank der Anwesenheit des Kommandos für Selbstverteidigung gelingt es diese Spaltertendenzen zu unterdrücken.
1o.oo Uhr: Mobilisierung der Bewohner in 'El Rescate' selbst.
11.3o Uhr: Das Zusammentreffen in 'El Rescate' wird dadurch verhindert, daß die Polizeikräfte zum erstenmal so offen in die Siedlungen eindringen. Panzerfahrzeuge (2), ein Kleinbus der Guardia Civil und motorisierte Patrouillen sind anwesend und verhaften Companeros von (der Universität) San Marcos. Tränengaseinsatz, Heraus-

greifen Einzelner durch die Polizei, Denunziationen.
19.oo Uhr: Mobilisierung und Versammlungen in 'Villa Maria' bis hinunter zur Av. Duenas. Wegen der Anwesenheit von Polizeikräften in der Av. Duenas beschließt man die Demonstration umzuleiten. Das Vorhaben scheitert jedoch, weil Mitglieder des MJB, des MIR und der Trotzkisten ihre vanguardistischen Positionen nicht aufgeben wollen und an der Masse der Leute vorbei trotzallem versucht die Av. Duenas zu blockieren. Die Leute, die bleiben, werden für den folgenden Tag zusammengerufen.
2o.oo Uhr: Mit einem Kleinbus dringen Marineinfanteristen in die Siedlungen ein und verhaften zwei Companeros.

10. Januar

6.3o - 7.oo Uhr: Die Schwierigkeiten bei der Mobilisierung vom Abend vorher spiegeln sich in Desorganisation eines Blitztreffens für die Blockade der Av. Duenas wieder. Das ganze Vorhaben mißlingt. Die Guardia Civil verteilt sich über die ganze Länge der Av. Duenas und verhindert isolierte Blockadeversuche. Der Verkehr hat sich fast völlig normalisiert. Eine Ausnahme bilden nur die staatlichen Buslinien, die noch durch die Beschädigungen vom Vortag beeinträchtigt sind.
8.3o - 1o.oo Uhr: Die Leitung der UDP - Basisgruppen und andere politische Gruppierungen kommen zusammen, um die Streiksituation einzuschätzen, denn der Streikaufruf ist bisher nur teilweise (5o - 6o%) befolgt worden.
9.oo Uhr: Mitglieder von Patria Roja und Sendero Luminoso nehmen an einer Zusammenkunft teil, auf der die wichtigste Basisgruppe (UDP und ein gemäßigter Flügel der Patria Roja) nicht vertreten ist. Sie werten den Streik aus, und beschließen, vor allem die Studenten von (den Universitäten) San Marcos und La Catolica zu mobilisieren.
9.3o Uhr: Wir werden darüber informiert, daß zwei Companeros, die am Markt von 'Planeta' Flugblätter verteilt haben, beschossen wurden. Die Verletzten sind verhaftet worden, sie gehören nicht der Basisgruppe an.
1o.oo Uhr: Panzer des Heeres fahren in die Siedlungen und schüchtern die Bewohner ein.
1o.3o Uhr: Die Leute von Patria Roja und Sendero Luminoso blockieren den Bahnübergang in der Straße Ecuador. Die auftauchenden Polizeikräfte verhaften fünf Leute. Die Bevölkerung bleibt auf der Seite stehen, als die isolierten Studenten mit der Guardia Civil zusammentreffen.
11.oo Uhr: Die Situation in den Siedlungen ist wie sonntags oder nachmittags: wenig Passanten, wenig geöffnete Läden.
19.oo Uhr: In 'El Rescate' kommen die Mitglieder der UDP - Basisgruppe zusammen. Es herrscht ein Gefühl der Niedergeschlagenheit. Obwohl man von der bevorstehenden Aufhebung des Streiks durch die Bankengewerkschaft weiß, will man die Mobilisierung weiter fortsetzen. Sie soll aber mehr den Charakter der Propaganda und Agitation bekommen.
2o.oo Uhr: Als angekündigt wird, daß Soldaten in der Umgebung aufgetaucht seien, zerstreut sich die Versammlung.
21.oo Uhr: Die Situation wird so eingeschätzt, daß die Aufhebung des Streiks durch die CGTP (größte Gewerkschaftsorganisation unter Führung der KP Perus) bevorsteht. Es kommt zu keiner Übereinstimmung über die für den 11.Januar geplanten Aktivitäten. Man beschließt, die Arbeit der Basisgruppe auf zukünftige Kampfmaßnahmen hin zu verstärken und stimmt darin überein, das Kommando für Selbstverteidigung aufrecht zuerhalten.

EL SALVADOR

Zuspitzung der Lage

Die Regierung des Generals Carlos Humberto Romero ist als eine der schlimmsten Schreckensregime Lateinamerikas bekannt, seit sie im März 1977 nach einem Wahlbetrug und einem Massaker an der protestierenden Opposition ihr Amt angetreten hat (vgl.ChN Nr. 47 und 51, Sondernummer "Kirche in Lateinamerika", S.62ff.).Im März des vergangenen Jahres führte sie einen schweren Schlag gegen die illegale Bauern- und Landarbeiterbewegung; die Unterdrückungsmaßnahmen brachten eine Bilanz von über 50 Toten in einem Monat (LN Nr.60, S.73-75).
Unterdessen hat sich die Situation in diesem kleinen, überbevölkerten Land weiter zugespitzt. General Humberto Romero ist ein harter Verfechter der oligarchischen Interessen, die -wie in Nicaragua und Guatemala- aufs engste mit den USA verknüpft sind. Das Elend der landlosen Bauern, der Mangel an Arbeitsplätzen und schließlich auch eine Wirtschaftskrise (Fallen der Kaffeepreise, Handelseinbußen des Exports nach Nicaragua) haben zu einem unübersehbaren Aufschwung der Protestbewegung im Volk geführt.Die Ausstrahlung der sandinistischen Revolutionsbewegung nach El Salvador ermutigt den Widerstand gegen die Diktatur und läßt die mittelamerikanischen Militärregimes gemeinsam um ihre Existenz fürchten.
In der deutschen Presse sind in den vergangenen Monaten eine Reihe von spektakulären Guerrilla-Aktionen in El Salvador bekannt geworden, z.B.die Entführung japanischer, schwedischer und britischer Geschäftsleute sowie ein Bombenanschlag auf die Niederlassung der Farbenfabriken Bayer. Diese Aktionen, die von verschiedenen, z.T.miteinander verfeindeten Guerrilla-Gruppen durchgeführt worden sind, stellen aber nur einen Aspekt des Widerstands gegen die Diktatur dar. Der soziale Hintergrund ist die Mobilisierung der Bauern, die sich in häufigen Landbesetzungen und im Anwachsen ihrer gewerkschaftlichen Organisierung niederschlägt. Eine organisatorische Zusammenfassung der verschiedenen Oppositionsgruppen ist der BPR (Revolutionärer Volksblock), der eine breite Unterstützung von den Kommunisten bis zu den Christdemokraten, von den Bauernorganisationen bis zur Lehrergewerkschaft erhält. Der BPR muß, wie fast alle politischen Organisationen, in der Illegalität agieren.

Priester ermordet

Von den Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung in den letzten Wochen seien hier nur zwei Fälle erwähnt:
-Am 28.November 1978 drangen Polizisten und Soldaten in das Gemeindehaus der Kirche San Sebastián (in der Hauptstadt San Salvador) ein und ermordeten vier Personen, darunter den Priester ERNESTO BARRERA MOTTO. Eine kirchliche Untersuchungskommission stellte fest, daß die Behauptungen der Regierung über einen mehrstündigen Schußwechsel frei erfunden waren; die wehrlosen Opfer wurden durch Kopfschüsse getötet.
-Am 20.Januar 1979 überfiel die Polizei wiederum ein Gemeindezentrum im Umkreis der Hauptstadt, angeblich auf der Suche nach subversiven Terroristen. Die Polizei ermordete dabei den Pater OCTAVIO ORTIZ LUNA sowie vier Jugendliche, die sich mit ihm dort versammelt hatten.
Diese Vorfälle stellen an sich in El Salvador kein besonderes Ereignis dar, gehören die Greueltaten der Nationalgarde an Bauern, Studenten, Arbeitern und Priestern doch seit 1972 zum Alltag der Diktatur. In der augenblicklichen Situation haben sie jedoch eine besondere Bedeutung erlangt: Sie haben die Auseinandersetzungen zwischen der Kirche und dem Regime weiter verschärft.

Die Kirche in Opposition

Das Oberhaupt der Kirche von El Salvador, Erzbischof OSCAR ROMERO, gehört seit langem zu den öffentlichen Kritikern der Regierung. Wiederholt hat er gegen die Massaker an den Bauern protestiert; er hat die Inhaftierung politischer Gefangener angeprangert; kürzlich ließ er auch eine Liste der Personen anfertigen, die das Regime hat "verschwinden" lassen; mit dieser Liste trat er an die Öffentlichkeit. Sein Eintreten für die Menschenrechte hat dazu geführt, daß eine Gruppe von britischen Parlamentariern ihn für den Friedensnobelpreis dieses Jahres vorgeschlagen hat. Vom US-State-Department wurde er hingegen unter Druck gesetzt, seine unversöhnliche Kritik an der Regierung einzustellen.
Auf die jüngsten Überfälle und Polizeimorde hat Erzbischof Romero nun besonders scharf reagiert. Im Fall BARRERA widersprach er der Behauptung der Regierung, er sei Mitglied einer subversiven Gruppe gewesen; nach Abschluß der Arbeit der kirchlichen Untersuchungskommission bezichtigte er die Regierung des Mordes und der Lüge. Auf die Ermordung von Pater LUNA reagierte Bischof Romero mit der Exkommunizierung all derer, die an der Vorbereitung und Durchführung der Tat beteiligt waren.

Das Verhältnis von Kirche und Staat hat damit eine neue Qualität angenommen. Die Kirche von El Salvador bietet nicht nur Raum für oppositionelle Basisgruppen und sozial engagierte Priester, so wie es in vielen anderen Ländern Lateinamerikas der Fall ist. In El Salvador hat sich die Kirche in ihrer Gesamtheit unzweideutig gegen das Regime gestellt. Dieser Entwicklung sind harte innerkirchliche Auseinandersetzungen zwischen den fortschrittlichen, mit dem Volke verbundenen Teilen der Kirche und der konservativen Fraktion des Klerus vorangegangen. Doch unter dem Eindruck der letzten Monate haben sich alle Teile der Kirche auf einer Linie gegen die Diktatur zusammengefunden. In einem Kommuniqué zum Tod von Pater BARRERA schreiben die "Comunidades Cristianas":
"Niemals ließ er sich von der Furcht überwältigen. Es war ihm klar, daß man, wenn man ein Priester Christi sein will, jeden Tag seines Lebens dem Dienst am unterdrückten Menschen opfern muß... Darum war sein Opfer der Höhepunkt jener Hingabe, die er auf Grund seines Glaubens an Christus übernommen hatte. Auf der letzten Zusammenkunft, die er mit seinen Amtsbrüdern hatte, bat er sie, daß sie das Problem der Verkündigung unter den Arbeitern ernstnehmen sollten und daß wir Christen uns in diesem Moment alle mit unserem Bischof solidarisieren müssen. Wir glauben, daß das sein Testament für uns alle ist."

Unter den Schlußdokumenten der Bischofskonferenz von Puebla,die am 14.Februar der Öffentlichkeit übergeben wurden, befindet sich auch eine Erklärung von 30 Kardinälen und Bischöfen, in der die Militärdiktatoren von Nicaragua und El Salvador des Terrors beschuldigt werden und in der Erzbischof Romero verteidigt und in seinem Kampf bestärkt wird (vgl.den Bericht über PUEBLA in diesem Heft).

NICARAGUA

Eine neue Phase des Kampfes gegen die Diktatur

Wer sich heute nur aus der bürgerlichen Presse der Bundesrepublik informiert, der könnte meinen, der Widerstand gegen das Somozaregime in Nicaragua habe aufgehört zu existieren. Solange es über spektakuläre Ereignisse wie die Besetzung des Nationalpalasts in Managua durch zwei Dutzend Sandinisten zu berichten galt oder als sich im September das ganze Volk im Aufstand gegen Somoza befand, war Nicaragua Schlagzeilen wert. Auch die Ankündigung einer neuen "Großoffensive" durch einige Sandinisten-Führer in den folgenden Monaten wurde noch mit Spannung aufgenommen und verbreitet. Als dann aber bis Jahresende weder die Vermittlungsverhandlungen den Rücktritt Somozas brachten noch von einer militärischen Offensive des FSLN etwas zu bemerken war, verschwand das Thema Nicaragua in der Versenkung der Nicht-Aktualität.

Einmal müssen wir dies sicherlich dem Aktualitätsbegriff der bürgerlichen Presse zuschreiben, dem mit seiner Konzentration auf das scheinbar Außergewöhnliche auch Entwicklungen wie die im Iran lange Zeit entgangen sind. Andererseits scheint uns , daß auch die Linke selbst nicht ganz schuldlos daran ist. Da nämlich, wo sie sich mit Prognosen eines raschen Sturzes Somozas auf eben diesen bürgerlichen Ereignisbegriff eingelassen und Erwartungen geweckt hat, die zu (unnötigen) Enttäuschungen führen.

Häufig wurde der Eindruck erweckt,wenn Somoza nicht auf Grund der Verhandlungen ginge, müßte es zwangsläufig eine mehr oder weniger militärische Lösung geben. Heute hat sich herausgestellt,daß diese Strategie zwar dem Wunschdenken einiger FSLN- Führer der Tercerista Fraktion entsprach, aber nicht den realen Kräfteverhältnissen. Sie ist deshalb einer wieder stärkeren Betonung der politischen Arbeit des Widerstandes gewichen: der Einigung der drei Tendenzen des FSLN, der Organisierung der Volksmassen unter der Führung des "Movimiento Pueblo Unido" und dem Aufbau einer neuen breiten Anti-Somoza-Allianz, des "Frente Patriotico Nacional".

Das Ende der Vermittlungsverhandlungen und der FAO

Hatte es Anfang Dezember tatsächlich so ausgesehen, (wie in LA-Nachrichten Nr. 66 berichtet) als würden sich der übriggebliebene rechte Flügel des FAO und Somoza auf den sogenannten "Washington - Plan" eines Plebiszits über Somozas Rücktritt einigen können, so stellte sich bald heraus, daß Somoza nicht bereit war, einigen kleinen,aber wichtigen Details zuzustimmen:der Kontrolle des Plebiszits durch die Organisation Amerikanischer Staaten,der Kasernierung der Nationalgarde und seiner eigenen Ausreise aus dem Land vor der Abstimmung. Zu diesem Zeitpunkt hatte die ursprünglich "breite Oppositionsfront" FAO mit ihrem Eingehen auf den Druck Washingtons und dem Verzicht auf die Forderung nach dem bedingungslosen Rücktritt Somozas, bereits die Mitgliedschaft sämtlicher Organisationen eingebüßt,die irgendwelchen Rückhalt in der Bevölkerung genießen und vertrat nur noch die oppositionellen Unternehmer. Deren vorrangiges Interesse bestand erst einmal darin, die " politische Krise " schnell zu beenden - egal wie, aber möglichst schnell- da sie die Durchführung der beginnenden Kaffee- und Baumwollernte, ihre größte Profitquelle in Nicaraguas Agrarexportwirtschaft, gefährdet sahen. So stimmten sie Anfang Januar bereitwillig auch dem letzten US - Vorschlag zu,ein Plebiszit ohne internationale Kontrolle abzuhalten. Ihr Pech, daß Somoza selbst die Bedingung internationale Beobachter zuzulassen, als "ausländische Einmischung"ablehnte. Mit dem Niedergang des nunmehr völlig von Wohlwollen und Initiative der USA abhängigen FAO war andererseits eine der Voraussetzungen geschaffen , für die Bildung einer nicht mehr von den Unternehmern kontrollierten Anti-Somoza-Allianz.

Die Einheit der Linken

Eine zweite Voraussetzung dafür stellte der Frente Sandinista im Dezember mit einer Einheitserklärung seiner drei Fraktionen her. Tatsächlich scheint es sich nicht nur um eine Aktionseinheit der jeweiligen Führungen, sondern auch um eine inhaltliche Annäherung zu handeln. Grundlage dafür sind offenbar die Erfahrungen aus dem Septemberaufstand und einige Erkenntnisse der letzten Monate:Zwar hat der FSLN sich mit vielen neuen Kämpfern und mit mehr und besseren Waffen verstärken können.Gleichzeitig hat jedoch Somoza mit israelischer Hilfe noch weit mehr aufgerüstet,sodaß das militärische Ungleichgewicht sich eher verschärft hat. Als dies offensichtlich wurde, hat sich auch innerhalb der Terceristas derjenige Flügel nicht mehr durchsetzen können,der auf eine schnelle,zweite Großoffensive gedrängt hatte. Stattdessen konzentriert sich die neue Einheit des FSLN jetzt wieder mehr auf die Kombination von gezielter militärischer Aktion und gründlicher politischer Arbeit,und die generelle Perspektive hat sich von Tagen und Wochen wieder auf den Horizont einiger Monate verlagert.Aufgrund dieser Neuorientierung konnte auch der schon seit April letzten Jahres bestehende Volksblock MPU (Movimiento Pueblo Unido) gestärkt werden. In ihm sind neben den drei Tendenzen des FSLN,die kommunistische Partei (PS), die Gewerkschaftszentralen und eine Reihe von berufsständischen und Basisorganisationen zusammengeschlossen. MPU hat inzwischen begonnen,durch Gründung von Stadteil- Gewerkschafts- und regionalen Komitees die politische Organisierung des Volkes weiterzutreiben. Mit der Propagierung von lokalen "Komitees für zivile Verteidigung" übernimmt MPU auch die Verbindung dieser politischen Strategie zum bewaffneten Kampf des FSLN.

Die Bündnispolitik der Linken

Wer allerdings die Kräfteverhältnisse in Nicaragua realistisch einschätzt und dabei die USA als Machtfaktor nicht außeracht läßt, kommt dennoch nicht an der Tatsache vorbei,daß selbst eine perfekte Kombination von Volksorganisation und Guerillakampf eine sozialistische Alternative für Nicaragua vorläufig nicht wird durchsetzen können. Vielmehr geht es heute - und darin sind sich alle drei Tendenzen des FSLN einig- das reaktionäre politische Projekt des "Somozismus ohne Somoza", das USA und Unternehmer , die bis vor kurzem noch mit Somoza paktiert haben,gemeinsam durchzusetzen versuchen, zu verhindern.

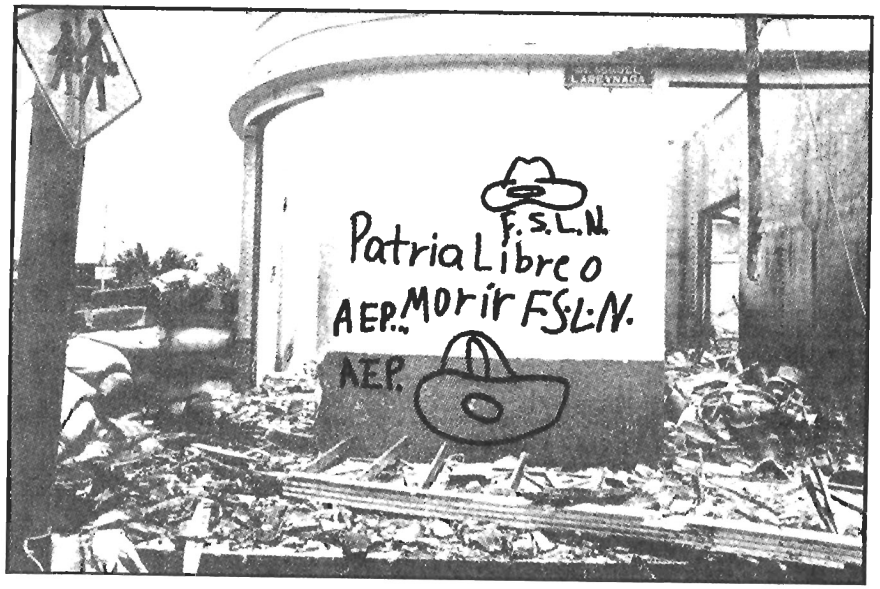
Aus diesem Grund strebt MPU zusammen mit der"Gruppe der Zwölf" ein breites Mitte-Links-Bündnis an, das den alten FAO ersetzen soll- allerdings unter veränderten Vorzeichen:Dieser "Frente Patriotico Nacional"(FPN) , der sich offiziell am 2. Februar konstituiert hat, bemüht sich darum , auf der Basis der strikten Ablehnung politischer und militärischer Intervention der USA , sowie der Forderung

nach "effektiver Demokratie",die Kräfte um sich zu sammeln,die den FAO verlassen haben. Wesentlich ist, daß der FPN, anders als der FAO bei seiner Gründung, nicht von der bürgerlichen Opposition dominiert wird und daß in ihm alle Tendenzen des FSLN als Mitglieder des MPU vertreten sind;(während im FAO nur die Terceristas indirekt durch die "Zwölf" repräsentiert waren).

Wirksamkeit statt Schlagzeilen

Auch in der kommenden Zeit werden die Nachrichten über den Widerstand in Nicaragua vermutlich selten die Schlagzeilen der bürgerlichen Presse füllen. Aber wenn es bei uns scheint ,als sei in Nicaragua "Ruhe eingekehrt",dann heißt das nur,daß die Kampfformen sich geändert haben-nicht daß die Intensität des Kampfes nachgelassen hätte. Unsere Solidaritätsbewegung wird sich dennoch darauf einstellen müssen, sich nicht mehr im selben Maße wie vor einigen Monaten auf die Publizitätswirkung der bürgerlichen Presse verlassen zu können.

"La Prensa",die einzige oppositionelle Zeitung Nicaraguas,ist jeden Tag gefüllt mit Berichten über die vielfältigsten Kämpfe gegen das Regime auf allen Ebenen: Vom Hungerstreik gegen die Entlassung von 2800 Krankenhausangestellten (wegen ihrer Teilnahme an Streiks),der Sammlung von 238.000 Unterschriften zugunsten der von Somoza finanziell ausgetrockneten Nationaluniversität über Stadtteilversammlungen unter dem bewaffneten Schutz des FSLN bis zu dessen gezielten Anfriffen gegen Kasernen und kleine Einheiten der Nationalgarde sowie Sabotageakten gegen Somozas Wirtschaftsunternehmen - all diese Aktionsformen kumulieren und verbinden sich zu einer neuen Phase des Volkswiderstandes gegen die Diktatur. Diese Phase wird nach außen hin weniger spektakulär sein als die Ereignisse im August und September. Ihre Kombination von bewaffneter und politischer Aktion aber scheint in der gegenwärtigen Situation am ehesten geeignet, die Diktatur weiter zu schwächen und gleichzeitig das Bewußtsein und die Organisation der Volksklassen voranzubringen.



MEXIKO

Wenn z.Zt. von Mexiko die Rede ist, denkt man nur an das Öl, über das beim Besuch Präsident Carters in Mexiko vom 14. bis zum 19. Februar im wesentlichen verhandelt werden sollte. Präsident Lopez Portillos überraschende Zurechtweisung Carters wegen der bisherigen arroganten Behandlung Mexikos durch die USA hat jedoch gezeigt, daß die mexikanische Regierung neuerdings weitaus selbstbewußter und 'nationaler' auftritt, als man es sonst von ihr gewohnt ist. Außerdem scheint ihr Interesse an den amerikanischen Offerten geringer zu sein als angenommen, da sie ihr so begehrtes Öl auch auf anderen Märkten abzusetzen wünscht, man denke nur an den Besuch Giscard d'Estaings, bei dem sicher auch von Öl die Rede sein wird. Innenpolitisch ist in Mexiko nicht das Öl Thema Nr. 1, sondern eher die verstärkte Kritik an der bisherigen Amnestiepraxis und anderen undemokratischen Praktiken der PRI. Diese Tendenzen deuten darauf hin, daß Mexiko für die Bewältigung eines allzu explosiven Öl-Reichtums nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch unzureichend gerüstet ist.

Die Ölfrage

Neue Bohrtechniken, die 4000 Meter felsigen Bodens zu Öl- und Erdgasquellen in Südmexiko durchstoßen können, haben die Produktion in Mexiko von 60 000 Barrels Anfang der 70er Jahre auf 1,07 Mill. Barrels Öl und 1,4 Milliarden Kubikfuß Naturgas gesteigert. Mexikos geschätztes Potential liegt mit 200 Milliarden Barrels um 50 Milliarden höher als die saudiarabischen Kapazitäten. Erst 15% des mexikanischen Bodens wurden überhaupt nach Ölvorkommen untersucht.

PEMEX (staatliche Öl-Gesellschaft)-Direktor Diaz Serrano will seine ehrgeizigen Kapitalinvestitionspläne weit mehr aus inländischen Preiserhöhungen für Öl als aus Exportpreisen finanzieren, obwohl es so gut wie sicher ist, daß PEMEX im Laufe dieses Jahres den Preiserhöhungen der OPEC folgen wird. Die Inlandspreise für Öl sollen um 34% durchschnittlich steigen. Diese Preiserhöhung soll damit 20 Bill. Pesos, d.h. dreimal soviel wie die bisherigen Einnahmen aus Exportpreisen ergeben.
Bisher wurden der inländischen Industrie immer relativ niedrige Ölpreise zugestanden, und der inflationäre Effekt dieser Preiserhöhung ist sicher nicht zu unterschätzen, ganz abgesehen davon, daß diese Preiserhöhung die privaten Haushalte bis hinein in die Elendsviertel empfindlich treffen wird.
Das Hauptinteresse der PEMEX läuft darauf hinaus, keine Ölprodukte mehr zu importieren, sondern in der Ölverarbeitung unabhängig zu werden. So hat Mexiko auch schon in ausländische Raffinerien investiert und versucht auf dem europäischen Markt seine besseren Technologien in joint ventures zu verkaufen.

Eine Anpassung des Öl-Exportpreises an die Erhöhung der OPEC um 14,5% würde zwar 2 Mio. US-Dollar pro Tag mehr einbringen, aber die Kombination von Öl-Preiserhöhungen und den riesigen Öl-Funden der jüngsten Zeit, gewinnt Mexiko als potentiellem Iran-Ersatz auch die verstärkte Aufmerksamkeit der USA, die die Abhängigkeit Mexikos von den USA, mit denen es 70% seines Außenhandels abwickelt, noch verstärken könnte.

Ein Bericht des Nationalen Sicherheitsrates der USA stellt diese vor die Wahl: entweder behandeln die USA Mexiko als ein Land mit keinem 'speziellen oder bevorzugten Status' oder sie betrachten es als vollen Partner mit Spitzenpriorität in Washingtons Außenpolitik. Die Studie hält letzteres für wünschenswert, ebenso wie Präsident Lopez Portillo, der in seiner vielzitierten Rede zum Empfang Präsident Carters ganz ostentativ forderte, daß Washington seinem Land eine "respektvolle, faire und würdige Behandlung" zuteil werden lasse. Nicht zufällig betonte der mexikanische Präsident aber auch, daß es ihm um "definitive Abkommen und nicht um Zugeständnisse je nach Lage der Dinge " gehe, denn für den Bericht des Nationalen Sicherheitsrates hängt 'Partnerschaft' davon ab, inwieweit Mexiko bereit ist, den US-amerikanischen Energiebedarf abzudecken, und zwar möglichst zu von den USA diktierten Bedingungen, denn auch der Konzessionsbereitschaft Carters sind deutliche Grenzen gesetzt.

Mexiko könnte 30% des US-Bedarfs an Energie Mitte der 80er Jahre decken und so den Rückgang der venezolanischen und kanadischen Förderung mehr als kompensieren. Als Gegenleistung müßten die USA Mexiko zumindest eine bessere Behandlung der illegalen Einwanderer und niedrigere Zolltarife für mexikanische Exporte wie landwirtschaftliche Produkte und Textilien garantieren.

Für Mexiko zählt sicherlich aber auch die Überlegung, daß, wenn die Schätzungen Washingtons zutreffen, die die mexikanischen Öl-Reserven auf 60-120Bio. Barrels schätzen, von denen die USA eine Produktionsrate von 9-10 Mio. Barrels jährlich abnehmen würden, die Öl-Reserven in 20-40 Jahren erschöpft wären. Dies wäre natürlich für die nationalen Energiepolitiker in Mexiko inakzeptabel.

Daher scheinen sich auch innerhalb der PRI die Argumente derer durchzusetzen, die anders als Diaz Serrano die Öl-Produktion begrenzen wollen, so z.B. Finanzminister Andres de Oteyza und Energieminister David Ibarra Muñoz. Noch 1977 hatte der Finanzminister eine expansionistische Linie in der Hoffnung befürwortet, auf diese Weise die Auslandsverschuldung ausgleichen zu können. Der Chef-Ideologe der gemässigten Linkspartei PMT (Partido Mexicano de los Trabajadores), Heberto Castillo, unter dessen Initiative im März letzten Jahres die "Bewegung zur Verteidigung der nationalen Bodenschätze" gegründet wurde, macht da jedoch eine andere Rechnung auf. Um die notwendigen technischen Infrastrukturen zur Förderung von Erdöl und Erdgas aufzubauen, sind in dieser Regierungsperiode Kredite im Geamtwert von 15 Milliarden US-Dollar erforderlich. Allein der Bau der Pipeline von Chiapas nach Tamaulipas kostet 1,5 Milliarden Dollar; sie wird derzeit größtenteil durch die Exim-Bank finanziert, wobei der nordamerikanische Kongreß das Recht hat, die Kreditgewährung an politische Bedingungen, wie z.B. die Nicht-Mitgliedschaft Mexikos in der OPEC zu binden. Darüberhinaus ist die einheimische Industrie Mexikos nur bei langsamem Öl-Zuwachs in der Lage, die entsprechenden Kapitalgüter herzustellen, die bisher zu 75% aus dem Ausland importiert wurden und andernfalls von multinationalen Unternehmen geliefert werden müssen.

Ibarra Muñoz hat außerdem darauf hingewiesen, daß ohne die Förderung einiger wichtiger Projekte, die intensiver Kapitalförderung bedürfen, eine extensive Öl-Entwicklung nur zur Inflationssteigerung beitragen würde. Demzufolge hat auch Lopez Portillo vor einer "ökonomischen Verdauungsstörung" gewarnt, wie sie sich z.B. in Venezuela gezeigt hat.

Sehr wesentlich erscheint auch, daß eine expansive Öl-Politik die sozialen Gegensätze und strukturellen Disparitäten in Mexiko nur noch verstärken anstatt abbauen würde, da eine kleine Schicht sich an ihr bereichert, während die Mehrheit der Bevölkerung noch ärmer wird. In jedem Fall würde die schon durch die Abwertung des Peso und die Austeritäts-Politik der letzten zwei Jahre stark betroffene Arbeiterklasse eine weitere Reduzierung des Reallohns, die durch Inflation in einem Klima zunehmender Prosperität entstünde, nicht ohne weiteres hinnehmen. Einige Mitglieder der mexikanischen Regierung neigen in diesem Fall zu dem bedrohlichen Analogieschluß mit den Effekten des exzessiven 'Öl-Wohl stands' im Iran.

Eine der Bedingungen für das Zustandekommen des möglichen großen Öl-Geschäfts mit den USA, ist von Seiten der Mexikaner die gleichzeitige Abnahme der bei der Öl-Förderung freiwerdenden Naturgas-Kontingente. Schlesinger hatte in diesem Punkt die Mexikaner schon einmal verärgert, indem er sich weigerte, den von Mexiko verlangten Preis zu zahlen. Es sieht aus, als sei Carter nun bereit, den Mexikanern einen angemessenen Preis zu zahlen, da die Unnachgiebigkeit Mexikos offenkundig ist, zumal es am längeren Hebel sitzt. Auch in den USA haben z.B. Politiker wie Edward Kennedy und Senator Frank Church einen nachgiebigeren Kurs gegenüber Mexiko gefordert, aus der Überlegung heraus, daß zur Erhaltung der politischen Stabilität des Nachbarlandes, die sie nach den Erfahrungen im Iran für ebenso wichtig wie das Niveau der Öl-Produktion halten, eine besonnene Konzeption des Öl-Exports und ein Spielraum für die mexikanischen Einwanderer in die USA unbedingt nötig sind.

Wie sehr diese 'weiche Linie' durch die Vorgänge im Iran geprägt ist, zeigt die Entwicklung der'hartenLinie', die bis vor kurzem von der Einwanderungsbehörde vertreten wurde. Auch Carter steht nach wie vor unter dem Druck der Gewerkschaften, die den illegalen Zustrom von Menschen gedrosselt sehen wollen. Dabei arbeiten die

'chicanos' zu den niedrigsten Löhnen und verrichten Arbeiten, die nach den Ergebnissen einer kürzlich veranstalteten Umfrage wahrscheinlich kein Amerikaner mehr machen würde.Dennoch existiert nach wie vor der Plan, eine Mauer aus Stahlbeton an der US- mexikanischen Grenze zu errichten, und zwar an den am stärksten frequentierten Übergängen. Das Bemerkenswerteste an dieser Mauer wäre sicherlich ihre Ineffektivität, da sie für verzweifelte Menschen wohl kaum ein Hindernis darstellt. Die USA wenden aber auch andere Mittel zur Abwehr der mißliebigen Einwanderer an, wie z.B. Infrarotlicht und elektronische Entdeckungssysteme, die z.T. in Vietnam entwickelt wurden. Dieser verschärften Taktik steht jedoch auch innerhalb der USA eine zunehmende Oppositionsbewegung entgegen, an deren Spitze wiederum Leute wie Edward Kennedy stehen.

Wenn man berücksichtigt, daß die Arbeitslosigkeit in Mexiko 25% beträgt, und daß allein zur Aufrechterhaltung dieses Standes jedes Jahr 600 000 bis 700 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden müßten, wie wichtig der 'Spielraum' für mexikanische Einwanderer tatsächlich ist. Kaum zufällig ist dies nämlich ungefähr die Zahl der illegalen Auswanderer in die USA.

Die Chicano-Bewegung in den USA aber will mehr als nur einen 'Spielraum': Die Einbürgerung von Tausenden monatlich und Stimmrechte für langansässige Mexikaner. Ihr Ziel ist eine völlig offene Grenze und auf gerichtlichem Wege erkämpfte politische Macht. Möglicherweise haben sich ihre Druckmittel nach der jüngsten US-mexikanischen Begegnung verbessert?

Die „Amnestie der nationalen Versöhnung"

> "Hiermit übermittle ich diesem ehrenwerten Kongress die Initiative zu einem Amnestiegesetz. Es soll denen zugute kommen, die sich Gedanken um eine Lösung ihrer Probleme und der Probleme der mexikanischen Bevölkerung machen - Probleme, die durch unglücklicherweise noch existierende soziale und wirtschaftliche Marginalisierung entstanden sind - und ihre Nichtübereinstimmung auf dem irrigen Weg von Straftaten bekundet haben. Mit dieser Initiative versuche ich, diese Mexikaner zur Rückkehr in ihre Herde zu bewegen, damit sie sich in die Aktivitäten aller Bürger, die das Land braucht, wieder eingliedern und die Verantwortlichkeiten der nationalen Aufgabe teilen. Laßt uns mit ihnen unser Trachten und Streben erneuern. ... Wir haben in diesem Fall, in dem die große nationale Versöhnung auf dem Spiel steht, bedachtsam und verantwortungsvoll gehandelt. ... Das Land hat ein Recht darauf, eine unbefleckte Seite seiner Geschichte aufzuschlagen." (Lopez Portillo in seiner Rede vom 1. Sept. 1978, in der er das Amnestiegesetz ankündigte.)

Das"Nationale Komitee zur Verteidigung der politischen Gefangenen, Verfolgten, Exilierten und Verschwundenen" hat Anfang Januar in einer Petition an den Generalsekretär der UN, Kurt Waldheim, das vorläufige Ergebnis der Versöhnung des Regimes mit seiner Opposition festgehalten: seit Erlaß des Amnestiegesetzes ist die Zahl der Verschwundenen nicht kleiner, sondern größer geworden. Wußte man im September von 250 Verschwundenen, so waren es Anfang November schon mindestens 380. Anfang Januar sprach man bereits von 420 Verschleppten. Ende Januar nahm Justizminister Oscar Flores dann endlich zum Schicksal der 340 Verschwundenen Stellung, die das "Komitee" im Oktober namentlich benannt hatte. Er sagte, daß nur drei der esuchten Personen im Gefängnis säßen, daß der Aufenthaltsort von 89 Personen unbekannt sei und daß es über 26 Personen

keine offiziellen Aufzeichnungen gäbe. Die restlichen 196 seien in Gefechten mit der Polizei und in Schießereien zwischen rivalisierenden Gruppen getötet oder von ihren eigenen Gruppen wegen Verrats hingerichtet worden. Flores ist es aber nicht gelungen, den Beweis dafür anzutreten.

Der Terror bleibt

Unterdessen geht der Terror staatlicher Organe und der illegalen "Weißen Brigaden" weiter:

- Fünf Bauern wurden bei der Demonstration am 2. Oktober 1978 zum Andenken an das Massaker von 1968 und für das Amnestiegesetz in Puebla verhaftet.

- Aus Oaxaca gibt es Berichte von Mitgliedern der "Vereinigung zur Selbstverteidigung der Bauern und der Einheimischen", daß die Repräsentanten verschiedener Ortschaften hinter der Welle der Repression stecken, die seit September zum Verschwinden von 25 Indios geführt hat. Einige der Verschwundenen wurden später misshandelt oder ermordet aufgefunden. Viele Verfolgte halten sich seit Monaten außerhalb ihrer Wohnungen auf, während ihre Angehörigen von der Polizei mißhandelt und bedroht werden, wenn sie Auskünfte über den Aufenthaltsort der Gesuchten verweigern.

- Die Amnestierten im Staate Guerrero, Arturo Mirando Ramirez und Gregorio Fernandez Bristo sind zusammen mit drei minderjährigen Schülerinnen von den "Weißen Brigaden" festgenommen, furchtbar gefoltert und wieder ins Gefängnis gebracht worden. Andere Amnestierte wurden bei der Entlassung mit dem Tod bedroht.

Ein Bericht der Internationalen Liga für Menschenrechte, der im Dezember in New York veröffentlicht wurde, charakterisiert die " Brigadas Blancas" als "geheime, locker organisierte Gruppe, zusammengesetzt aus Agenten der Armee und verschiedener Staats- und städtischer Polizeien". Sie sind, diesem Bericht zufolge, nicht nur für die Verschleppung und Folter von annähernd 100 politischen Gefangenen verantwortlich, die von der Liga im Laufe des vergangenen Jahres in Mexico D.F. , Cuernavaca und Oaxaca befragt wurden, sondern auch für das Schicksal zumindest eines Teils der Verschwundenen.

Foto einer Entführung durch die 'weißen Brigaden'.
Der Mann wurde entführt, weil sein Sohn angeblich der Guerilla-Tätigkeit verdächtigt wurde.

Die Amnestie, die keine ist

Sowenig die Kampagne der "nationalen Versöhnung" an diesen Praktiken etwas geändert hat, sowenig hat das Amnestiegesetz zur tatsächlichen Freilassung der politischen Gefangenen und zur Rückkehr der Exilierten geführt.
Das hat auf der einen Seite mit der Konstruktion des Gesetzes selbst zu tun: das Amnestiegesetz des mexikanischen Staates befreite die Gefangenen von den Anklagen der Bundesbehörden. Das Gesetz überließ es aber den einzelnen Staaten, ähnliche Gesetze zu beschließen und so auch die Anklagen der Landesbehörden fallenzulassen. Fast alle der ungefähr 600 politischen Gefangenen haben solche Anklagen gegen sich. Da die meisten Regierungen der Staaten aber nur sehr eingeschränkte Amnestiegesetze erlassen haben, sind tatsächlich nur wenige, die unter die Amnestie des Bundes fielen, in den Staaten freigelassen worden.
Dazu kommt das, was das "Komitee" als "demagogische" Anwendung der Gesetze bezeichnet. Im Verhalten der Behörden lassen sich dabei vier Muster feststellen:

- das Amnestiegesetz wird für einen politischen Gefangenen in einem Staat angewandt, in dem er nicht inhaftiert ist. So wird der Gefangene offiziell zwar amnestiert, d. h. sein Name erscheint auf der betreffenden Liste, tatsächlich bleibt er aber im Gefängnis, - eben in einem anderen Staat.

- Das Amnestiegesetz wird umgangen, indem man dem Gefangenen neue, kriminelle Delikte vorwirft, die nicht unter die Amnest fallen, und ihn unter Androhung von Folter zwingt, diese zu akzeptieren.

- Das Amnestiegesetz wird auf Häftlinge angewandt, die nicht aufgrund ihrer politischen Tätigkeit im Gefängnis sind. Sie werden dennoch freigelassen, was die offizielle Zahl der Amnestierten erhöht und der Regierung als Beweis für ihre politische Liberalität gilt.

- Das Amnestieverfahren wird verschleppt.

So sind von den ungefähr 600 politischen Gefangenen weniger als 50 freigelassen worden, fast alle der exilierten haben noch keine Pässe erhalten, die ihre Rückreise ermöglichen würden, und das Schicksal der Verschwundenen wurde mit der wortkargen Erklärung des Justizministers auch nicht viel durchsichtiger.

Das "Komitee" hat angesichts dieser Tatsachen seit der Verkündung des Amnestiegesetzes seine Aktivitäten verstärkt. So nahmen 109 Personen im ganzen Land in den beiden letzten Wochen des November an einem zweiten Hungerstreik teil, der auch von Gewerkschaften, Bauernorganisationen, linken Zeitungen und Parteien unterstützt wurde. Die Forderungen waren - und sind noch heute:

++ Bedingungslose Amnestie für alle
++ Sofortige öffentliche Präsentierung der Verschwundenen
++ Auflösung der "Weißen Brigaden"

Daß die auch in den USA verbreiteten Berichte über Menschenrechtsverletzungen in Mexiko bei Carters Besuch zur Sprache kommen, ist bei seiner momentan recht angegriffenen Position unwahrscheinlich. Jedenfalls hatte z.B. der Rat für Angelegenheiten der Hemisphäre (COHAS), dem führende US-Gewerkschafter und Bürgerrechtskämpfer angehören, Vorwürfe gegen die US-Regierung erhoben, weil sie nicht gegen die Menschenrechtsverletzungen in Mexiko einschreite. COHAS-Direktor Burns lastete der mexikanischen Regierung an, sie inhaftiere illegal politische Gegner, lasse sie foltern und manchmal auch ermorden. Burns vertrat die Ansicht, die Notwendigkeit guter Beziehungen zu Mexiko rechtfertige nicht die Tolerierung derartiger Vorfälle. Er verwies dabei auch auf die Fälle von Hector Marroquin und Jesus Piedra (vgl. auch LN 67).

Kurz vorher hatte auch das amerikanische Außenministerium in seinem Jahresbericht zur Lage der Menschenrechte Mexiko zu den 8 Ländern gezählt, in denen die Menschenrechte mißachtet werden. Es handele sich in Mexiko um Mißhandlungen sowohl physischer als auch psychischer Art durch die Polizei.

URUGUAY

Menschenrechte und Zynismus

Der uruguayische Staatsrat ist an Zynismus kaum zu übertreffen. Er hat kürzlich den Monat Dezember 1978 feierlich zum "Monat der dreissigjährigen Wiederkehr der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" erklärt und im ganzen Lande feiern lassen.

Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, die seit dem 5. Februar 1979 in Genf tagt, wird sich dadurch kaum beeindrucken lassen, liegt doch das Land, was die Unterdrückung der Menschenrechte betrifft, qualitativ und quantitativ, absolut und relativ einsam an der Spitze aller lateinamerikanischen Länder:

- Mit gegenwärtig immer noch 6.000 politischen Gefangenen schlägt Uruguay sämtliche Rekorde.
- Bei der kleinen Bevölkerung Uruguays bedeutet die Zahl von 6.000 politischen Gefangenen, daß auf 450 Einwohner ein politischer Gefangener kommt. (Man stelle sich zum Vergleich einmal vor, in der Bundesrepublik gebe es 130.000 politische Gefangene. Selbst die Hitler-Diktatur hat einige Jahre gebraucht, bis die Zahl der Häftlinge in den Konzentrationslagern, bezogen auf die Gesamtbevölkerung, vergleichbare Ausmaße erreicht hat.
- In keinem Land des südamerikanischen Kontinents wird gegenwärtig immer noch so ausdauernd, konsequent und systematisch gefoltert.

Was aber alles Dagewesene überschreitet, ist die Tatsache, daß das Regime die politischen Gefangenen nicht nur ihrer Freiheit beraubt und foltert, sondern sie danach auch noch dafür zur Kasse bittet. Für "Prozeß- und Haftkosten" werden jedem politischen Gefangenen pro Tag seiner Gefangenschaft zwei Dollar berechnet, die er zu bezahlen hat, sobald er wieder in Freiheit ist. Solange diese "Schuld" nicht beglichen ist, kann die private Habe des Betroffenen jederzeit beschlagnahmt werden. Ein Verlassen des Landes ist ebenfalls erst nach vollständiger Begleichung der gesamten aufgelaufenen Summe möglich.

Da die meisten politischen Gefangenen mehr als vier Jahre inhaftiert bleiben, beträgt die zu bezahlende Summe in der Regel etwa 3.000 US-Dollar. Das sind die Kosten für Freiheitsberaubung, Hunger und Folter.

Die Repressionskräfte sind in ihrem Eifer so unermüdlich, daß sie nicht einmal mehr die Staatsgrenzen Brasiliens respektieren und damit das Wohlwollen der Macht aufs Spiel setzen, die bisher noch immer die schützende Hand über das Terror-Regime gehalten hat.

Die Politik des Regimes hat zu einer solchen wirtschaftlichen und außenpolitischen Bedeutungslosigkeit des Landes geführt, daß sich kaum noch jemand in der Welt für die ehemalige "Schweiz Lateinamerikas" interessiert. Die Linke ist infolge der brutalen Unterdrückung so dezimiert und vertrieben worden, daß auf längere Sicht kein Umschwung zu ihren Gunsten zu erwarten ist.

Das sind Erklärungen, aber keine Rechtfertigungen für die außerordentlich geringe Solidarität, die die uruguayischen politischen Gefangenen in aller Welt erfahren. Es ist zu hoffen, daß die Tagung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen Wege findet, das Gewissen der Welt etwas mehr aufzurütteln. Für die Linken müßte Uruguay ein Gradmesser dafür sein, wie weit Solidarität nur eine Sache der jeweiligen Konjunktur ist oder doch etwas mehr.

BOLIVIEN

Klärungsprozeß in der UDP

Nach der erfolgreichen Massendemonstration der UDP vom 24. November 78, die unter der Forderung der Demokratisierung stand, und den nachfolgenden Erklärungen der Padilla-Regierung hielt man das Zustandekommen von Wahlen im Juli 1979 für sicher. Es schien auch klar, dass die UDP als einzige grosse organisierte Front diese Wahlen mit den grössten Erfolgsaussichten antreten würde. Für viele stand fest, dass der nächste Präsident und der nächste Vizepräsident Hernan Siles Zuazo und Edil Sandoval Morón heissen würden. Diese Rechnung wurde jedoch ohne Berücksichtigung der verschiedenen Strömungen innerhalb der UDP und ihrer Ansprüche gemacht. Somit ist es nicht verwunderlich, dass es in den letzten acht Wochen innerhalb der UDP zu Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen politischen Kräften gekommen ist.

Zum besseren Überblick nachstehend noch einmal die Zusammensetzung der UDP (siehe auch LN Nr. *59* , S. *46*),
angefangen mit den drei grossen Parteien
- MNRI (linke Abspaltung des MNR)
- MIR
- PCB (Moskau-orientiert)

und weiteren elf politischen Gruppierungen
- MRTK/Movimiento Revolucionario Tupaj Katari (Bauernbewegung)
- MPLN/Movimiento Popular de Liberación Nacional (ehemalige Mitglieder der Befreiungsarmee)
- CERNA/Centro de Estudios de Recursos Nacionales (Gruppe von Intelektuellen)
- OID/Ofensiva de Izquierda Democratica (Gruppe um Siles Salinas)
- PS Aponte/Partido Socialista (Abspaltung der PS unter Führung von Aponte Burela)
- PRIN Comando Laboral (Abspaltung von PRIN)
- MIN/Movimiento Izquierda Nacional (Abspaltung des MNR in Santa Cruz)
- ALIN/Alianza Liberadora de la Izquierda Nacional (kleine Gruppe, die Ex-Präsident General J.J. Torres gründete)
- POR Posadas/Partido Obrero Revolucionario/Posadas (trotzkistischer Prägung)

Eine Umfrage unter den Journalisten der politischen Presse in La Paz ergab folgende Aufteilung der Wählerstimmen innerhalb der UDP:
Von 100 für die UDP abgegebenen Stimmen würden danach entfallen
- 50 auf den MNRI
- 25 auf den MIR
- 12,5 auf den PCB
- 12,5 auf den Rest der Bündnis-Parteien

Eine gesunde Auseinandersetzung

Bereits Ende November unternahmen die rechten Gruppierungen innerhalb der UDP unter Leitung von Siles Salinas (OID) einen Vorstoss auf die Führung der UDP. Siles Salinas und Aponte Burela (PS) machten in den

ersten beiden Dezemberwochen ausgedehnte Reisen ins Tiefland Boliviens, um sich als Präsidentschafts- bzw. Vizepräsidentschaftskandidat proklamieren zu lassen. Diese Offensive der Rechten innerhalb der UDP wurde durch die Nominierung von Jaime Paz Zamora als Vizepräsidentschaftskandidat durch den MIR abgeblockt. Gleichzeitig meldeten zwei Mitglieder der kollektiven Führung des MNRI, Edil Sandoval Morón und Abel Ayoroa Argandona, Ansprüche auf den Posten des Vizepräsidentschaftskandidaten an.

Diese Auseinandersetzungen um die Vizepräsidentschaft führte unter den potentiellen UDP-Wählern zu einer gewissen Verunsicherung. Zweifellos ging es dabei jedoch nicht nur um die Sicherung der Vizepräsidentschaft, sondern weitergreifend um die Machtverhältnisse und damit die politische Ausrichtung einer möglichen zukünftigen UDP-Regierung. Während die rechten Gruppierungen innerhalb der UDP eine Regierung mit reformistischen Zielsetzungen anstreben, geht es den linken Gruppierungen zunächst um die Erringung gesicherter demokratischer Verhältnisse.

Das Ringen um die Nominierung für die Vizepräsidentschaftskandidatur, das in einer Reihe von Veranstaltungen einzelner UDP-Parteien zwischen dem 15. Dezember und dem 7. Januar gipfelte, war der rechten Presse willkommener Anlass, diese Auseinandersetzungen innerhalb der UDP genüsslich auszuschlachten und jeden Tag ausführliche Berichte über die "unmittelbar bevorstehende Auflösung" der UDP, die "tiefe Spaltung der Linkskräfte" und den "Bruderkampf Siles/Siles" zu bringen.

Der Ausgang des Konflikts war bis Mitte Januar ungewiss. Klärung in dieser Frage brachte schliesslich in der zweiten Januar-Woche eine Marathon-Sitzung der zwei grössten Parteien der UDP, des MNRI und des MIR. Die beiden Kandidaten für die Vizepräsidentschaft des MNRI ziehen, wenn auch zähneknirschend, ihre Kandidatur zurück; der MNRI verpflichtet sich, die Kandidatur von Jaime Paz (MIR) zu unterstützen.

Jaime Paz (MIR), Vizepräsidentschaftskandidat der UDP, wirbt um die Unterstützung des Volkes

Diese Einigung unter den zwei grössten Parteien der UDP garantiert somit - vorbehaltlich der Bestätigung durch den für Februar geplanten UDP-Kongress - die Vizepräsidentschaftskandidatur für Jaime Paz. Die Kräfte um Siles Salinas und Aponte Burela, unterstützt von Teilen des MRTK, schlossen sich dieser Entscheidung jedoch nicht an. Im Gegenteil, sie verstärkten ihre Offensive gegen Siles Zuazo und Jaime Paz. Die Veröffentlichung eines OID-Kommuniqués in La Paz, in dem scharfe Töne gegen Siles Zuazo angeschlagen wurden, führte schliesslich zum Rausschmiss der OID aus der UDP. Ein Teil des MRTK trat gleichzeitig freiwillig aus, und möglicherweise wird sich die PS zu dem gleichen Schritt entschliessen müssen.

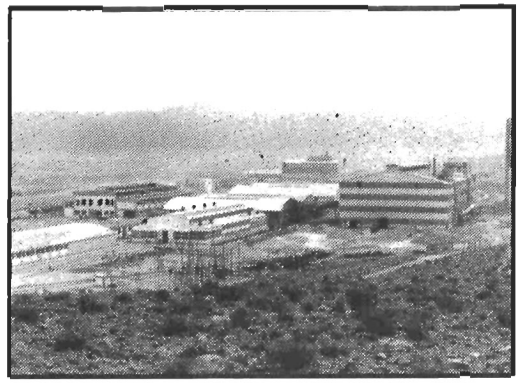
Die Krise innerhalb der UDP spiegelt einen notwendigen und heilsamen Klärungsprozess wider, der es ermöglichte, einen Teil der nicht-marxistischen Kräfte wieder loszuwerden, die vor einem Jahr im Zuge der Kräfteansammlung gegen die Banzer-Diktatur in die UDP aufgenommen worden waren, aber in der jetzt veränderten politischen Lage Boliviens nur noch als Bremsfaktoren fungierten. Die UDP jedenfalls scheint aus dieser Krise gesünder und stärker herauszukommen. Das zeigt sich schon darin, dass seit Mitte Januar Siles Zuazo und Jaime Paz Zamora eine intensive Wahlkampagne führen.

Darüber hinaus ist in der UDP-Krise der Grund dafür zu sehen, dass ein für Januar vorbereiteter Putsch extrem rechter Militärs (unter Führung von General Lechín Suarez) unterblieb, die in dieser Krise massive Anzeichen für einen bevorstehenden Zerfall dieser starken Oppositionsbewegung sahen und somit darauf bauten, dass sich dieses Problem von selbst erledige. Durch die erneute Nominierung von Victor Paz Estenssoro als Präsidentschaftskandidat der Rechten und die Allianz des MNRH mit den Christdemokraten sahen sie sich in diesen Erwartungen bestärkt.

Rohstoffe, Bergbau und die BRD-Interessen

Der zwischen dem bolivianischen Staat und der bundesdeutschen Firma KLÖCKNER unterschriebene Vertrag für den Bau einer Silber-Blei-Hütte zeigt deutlich , wie eine Militär-Diktatur die wirtschaftlichen Interessen des ausländischen Kapitals gegen die einer Nation durchsetzt.

Die Verträge zur Erstellung der grossen Silber-Blei-Hütte in Karachipampa bei Potosí wurden am 10.Mai 1978 unterschriben. Die Anlage wird nach ihrer Fertigstellung 1982 die Grösse des Hüttenkomplexes vonVinto bei Oruro erreichen. Wie schon in Vinto bei den Anlagen für die Zinn-



Der Hüttenkomplex Vinto/Oruro: der Beginn der Klöckner-Geschäfte

hütten wird auch für Karachipampa die bundesdeutsche Gesellschaft Klöckner-Industrieanlagen Duisburg der Hauptlieferant sein. Die Fa. Klöckner und ihre Berater gelten durch direkte und indirekte Beteiligung an einer Reihe von Gutachten als gute Kenner der bolivianischen Erze und der geologischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes. Ausserdem gelang es der Fa. Klöckner, sich in Bolivien einen Namen zu machen durch die Realisierung der ersten, so lange ersehnten Zinnverhüttungsanlage in Vinto.

Seit der Überwindung der anfänglichen technischen und kostspieligen Probleme dort geniesst die Fa. Klöckner einerseits ein hohes Prestige als Lieferant von geeigneter Technologie, andererseits verfügt sie über ausgezeichnete Kontakte zur staatlichen Hüttengesellschaft ENAF und zu anderen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern.

So lässt es sich erklären, dass, wie schon bei der Vorstudie für die Zinklagerstätten und für eine Schwefelverarbeitungsanlage, auch hier Klöckner für die Vorstudie beauftragt wurde. Der Auftrag ging an die Fa. Klokina Sidech, eine Tochtergesellschaft der Klöckner und der belgischen Firmen Sidech und Honoken, und umfasste die Erforschung - der geologischen Reserven, der technischen Aufbereitung und Verarbeitung und die Vorbereitung der Finanzierung. Zwar beteiligten sich bei der anschliessenden Ausschreibung fünf Firmen aus Japan, Frankreich, den USA, Grossbritannien und das belgisch-bundesdeutsche Konsortium; jedoch erfüllte lediglich dieses Konsortium Klöckner Sidech Honoken die technischen Bedingungen, die es selbst über die Tochtergesellschaft Klokina Sidech in der Vorstudie formulierte. Für die technischen Experimente hatte auch nur Klöckner eine grosse Anzahl von Erzproben zur Verfügung.

Der inzwischen unterschriebene und gegen öffentliche Bedenken durchgesetzte Vertrag mit dem belgisch-bundesdeutschen Konsortium umfasst die Lieferung der Anlagen, das zur Verfügungstellen von Know How und die Finanzierung. Das Besondere an diesem Vertrag ist allerdings, dass Klöckner zwar in Bolivien als Lieferant der Technologie auftritt, jedoch im Gegensatz zu den anderen Bewerbern diese nicht selbst entwickelt hat. Klöckner sicherte sich rechtzeitig die Vermarktungsrechte des neuen sowjetischen "Kicet-Verfahrens", das in der Vorstudie als einzige Alternative vorgeschlagen wurde und das in Bolivien zum ersten Mal in industriellem Umfang angewandt werden soll.

Für Klöckner stellt dieser Erfolg einen weiteren wichtigen Schritt dar, sich als Partner beim Aufbau der bolivianischen Hüttenindustrie zu profilieren, für die noch eine Reihe grosser Projekte in Aussicht stehen (z.B. Mutun). Für die BRD leistet diese intensive Partnerschaft einen Beitrag zur Rohstoffsicherung.

Aus bolivianischer Sicht darf in diesem Zusammenhang auch der finanzielle Aspekt nicht übersehen werden. Die Vergabe an das belgisch-bundesdeutsche Konsortium stellt das teuerste aller Angebote dar und übersteigt mit heute schon um 157 Mio. US $ andere Angebote bis zum dreifachen. Verstärkt wird diese Tatsache durch die ständige Aufwertungstendenz der DM, die einen auf 30 Jahre in DM abgeschlossenen Vertrag für Bolivien laufend verteuert. Schon seit der Vertragsunterzeichnung stieg der Investitionswert von 123 Mio US $ auf 157 Mio US $. Dies war der Hauptgrund dafür, dass der frühere Zentralbankpräsident die Bürgschaft für die Kredite verweigern wollte.

BRASILIEN

Die „Arbeiterpartei" kommt — welche „Arbeiterpartei"?

Der Ende Januar in São Paulo abgehaltene 9. Kongress der Metallarbeiter dieses brasilianischen Bundesstaates, an dem sich ca. 2oo Delegierte aus 37 Gewerkschaften beteiligten, sorgte für Überraschungen: Die Schaffung einer A r b e i t e r p a r t e i sei ein Beschluss dieses Kongresses, sagte der jüngst mit 42 tausend Arbeiterstimmen zum Kongressabgeordneten der MDB gewählte Vorsitzende der Metallarbeitergewerkschaft von Santo André/Sao Paulo, Marcílio.

Somit war die "Gründung einer Arbeiterpartei" auch das beherrschende Thema in den brasilianischen Medien. Sensationell war denn auch in diesem Zusammenhang eine Sendung des Senders RADIO BANDEIRANTES von Sao Paulo, der Anfang Februar 2 Stunden lang brasilianische Politiker , Journalisten und Gewerkschafter aus dem Inland und aus dem Exil "zusammengeschaltete" und sie ihre Meinung zum Thema "Arbeiterpartei" vor hunderttausenden von Hörern ausbreiten liess.
Die parlamentarische und außerparlamentarische Opposition liess noch einmal ihre inneren Widersprüche und Differenzen zum Thema "Parteiengründung oder Beibehaltung der MDB als demokratische Aktionseinheit" offen erkennen - ein Grund weshalb an dieser Stelle die wesentlichen Positionen innerhalb der brasilianischen Linken zum Thema "Arbeiterpartei" kurz vorgestellt werden sollten.

Almino Affonso, Arbeitsminister im gestürzten Kabinett João Goularts(1961-64), vor kurzer Zeit erst aus dem Exil heimgekehrt, schrieb dazu in einem Kommentar in der Tageszeitung Folha de São Paulo unter dem Titel:"Land in Sicht..":"Mal abgesehen von den Schwierigkeiten: wichtig ist die Einsicht, daß der Beitrag der Metaller neue Hoffnungen weckt. Lang war die Überfahrt, vom Meer zu Meer. Der Seetang und die Möven signalisieren, daß Land in Sicht ist. Frage: warum nicht diese Freude hoch oben vom Mastkorb herunter schreien ?" ...

Die in Lins/Sao Paulo versammelten Metallarbeiterführer bekundeten

daß ihre Initiative zwar noch über kein endgültiges Programm verfüge, daß aber bis Ende Februar eine Prinzipienerklärung über die ideologische Ausrichtung der künftigen "Arbeiterpartei" bekannt gemacht würde.
Doch die Losung "Freunde der Arbeiterpartei- vereinigt euch!" vereinte in der Tat oppositionelle (oder "authentische", wie sie auch genannt werden..) und "schillernde" bis hin zu ausgesprochen reaktionären "Vertretern" der brasilianischen Metallarbeiter. Die Bandbreite reichte vom als "gemässigt" geltenden Benedito Marcílio (der selbst Mitte der 60iger Jahre vom bras. Arbeitsministerium zur Übernahme der Leitung der Metallarbeitergewerkschaft von Santo André "beauftragt" wurde), über den "authentischen" Lula(Metallarbeitergewerkschaft von São Bernardo) bis hin zum "gelben", das heißt korrupten und seit Jahren mit der Diktatur zusammenarbeitenden Vorsitzenden der größten lateinamerikanischen Metallarbeiter Einzelgewerkschaft von São Paulo, Joaquim dos Santos Andrade.
Daß der Kongress, auf dem die Gründung einer "Arbeiterpartei" Beschluß-Sache war, nicht repräsentativ sein konnte, beweist die Tatsache, daß unter dem Druck der reaktionärsten Vertreter auf dem Kongress Vertretern der gewerkschaftlichen Opposition("Oposição sindical") von São Paulo/Stadt(also die Gegner Joaquim's) der Zutritt verwehrt wurde. Aber auch Vertretern anderer Gewerkschaften und des stets unter der Diktatur für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter von Sao Paulo kämpfende "Institut für sozioökonomische Studien der Gewerkschaften"(DIEESE) wurde die Bonzentür vor der Nase geschlossen.

Der "gelbe" Joaquim

Lula, Anführer der "combativos"

Abgesehen von der Gemeinsamkeit, die fast alle anwesenden Gewerkschaftsvertreter in der Einsicht vereinigte, die "Arbeiterpartei" als solche müsste gegründet werden, trennten sie ihre unterschiedlichen Positionen.
Für Benedito Marcílio , der die "Arbeiterpartei" schon auf dem Kongress der Industrie Arbeiter(CNTI) Mitte letzten Jahres propagiert hatte, soll es eine "Partei der Lohnabhängigen" sein. Außer den Unternehmern soll die Partei für alle Werktätigen offen sein. Die Partei soll "die politische Unabhängigkeit für das Proletariat" erkämpfen, das heißt für eine Generalamnestie, für demokratische Freiheiten, für eine Verfassunggebende Versammlung, für die Agrarreform und für die Arbeitsplatz-Stabilität eintreten.

Der "gelbe" Joaquim sorgte für zusätzliche Überraschungen: diese "sozialistische Partei" soll dem "Modell der deutschen SPD nachempfunden werden":"Die deutsche Sozialdemokratie ist die gerechteste; das Eigentum wird respektiert(!), die Mitbestimmung der Arbeiter im Produktionsprozess ist gewährleistet.." ..(sic!).
Die Partei solle keine Bosse in ihren Reihen haben, aber "für jeden aus der Gesellschaft , also auch für die Politiker aus den Reihen der ARENA(Regierungspartei der Diktatur!) offen bleiben.."

Die politische Konjunktur und die Linke

Hintergrund dieser Initiative aus den Reihen der brasilianischen Arbeiterklasse , ist die Bekanntgabe der Diktatur, im Rahmen des "langsamen, stufenweisen und sicheren Entspannungsprozesses"(Geisel) neue Parteien zuzulassen. Die Diktatur unter Geisel, soviel ist erkennbar geworden, hat aber von Anbeginn nicht nur versucht, diesen "Öffnungsprozess" selbst in den Händen zu halten und zu kontrollieren , sondern systematische "Gegeninformation" betrieben, um die geduldete MDB-Opposition in ihren Grundpfeilern zu erschüttern; etwa durch die Bekanntgabe zum Jahrewechsel 77/78, "Ende 1978, vielleicht sogar noch vor den Kongresswahlen vom November 78, werden die gegenwärtigen Parteien abgeschafft"...

Anfang vorigen Jahres wurde sogar eine Initiative zur Gründung einer ominösen "Arbeiterpartei" bekannt, deren wichtigste Drahtzieher der gegenwärtige Gouverneur des Bundesstaates , Paulo Egídio und sein Arbeitsminister Malluli waren. Malluli ist wiederum Intimus des System-Kollaborateurs und "gelbem" Gewerkschaftsvorsitzenden Joaquim dos Santos Andrade. Die "Achse" Malluli-Joaquim wird wiederum "angetrieben" durch die Figur des reaktionären Vorsitzenden der Nationalen Konföderation der Industrie-Arbeiter, Ary Campista. Dieses "Trio" sabotiert zum Beispiel systematisch sämtliche Versuche, die gegenwärtige Gewerkschaftsstruktur zum Teil bereits jetzt von innen her zu verändern; etwa mit dem Versuch, die Gewerkschaften, die nur lokal ihre Mitglieder vertreten dürfen, durch Fabrik-Komitees an der Basis zu verankern. Wenn also, wie Almino Affonso es begrüßt, daß "Land in Sicht" sei, so tritt in dieser genannten"Arbeiterpartei" schon jetzt der Januskopf der Diktatur hervor.

Andererseits signalisiert die Initiative der Metallarbeitervertreter eine Entwicklung, in deren Verlauf die Verlagerung der Schwerkraft der Diskussion über neue Parteien in die Arbeiterklasse und in die sozialen Massenbewegungen sichtbar wird. Bislang beherrschten einzelne Vertreter der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition im Inland sowie aus dem Exil diese Diskussion.

Die Sozialisten und die „Volkspartei"

Der Anfang 1978 aus dem Exil zurückgekehrte Almino Affonso , um den sich in São Paulo bereits zur gleichen Zeit eine Reihe von unabhängigen marxistischen Intellektuellen gruppierten, umriss seine Vorstellungen von einer neuen Partei folgendermassen in einem Interview mit der Zeitschrift "Versus" :

"Es muss in ihren programmatischen Zielen, in ihren politischen Praxis und in ihrer sozialen Zusammensetzung eine Volkspartei sein. Sie muss auf die Interessen aller Lohnabhängigen und all derer antworten, die sich an der Basis der sozialen Pyramide befinden. Damit man sich darüber klar wird, wie weit das reicht, genügt es, daran zu einnern, daß 95 Prozent der städtischen Bevölkerung , wie sie im Programm der sozialen Integration erfasst wird, zur Schicht mit bis zu 5 Minimallöhnen gehören(ca. 800 DM/Amn. d. A.). Wenn wir das Spektrum erweitern, um die etwas besser gestellten Sektoren der Mittelklasse mit 5 bis 15 Minimallöhnen einsuschliessen, steigt dieser Prozentsatz auf 99 Prozent! Eine Partei, die sich daran macht, in ihrer politischen Praxis, die Interessen dieser erdrückenden Mehrheit des Landes zu verteidigen , wird früher als man denkt, einen Machtfaktor in Brasilien darstellen.

(...) Aus (meinen) Kontakten entstand als feste Größe, die feste Auffassung, daß es notwendig sei, bei der richtigen Gelegenheit eine große nationale Partei aufzubauen, die in den Volksmassen verwurzelt ist und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft zum Ziel hat. Das habe ich von früheren Mitgliedern der PTB gehört, von alten Sozialisten aus der PSB, von Marxisten ohne Parteizugehörigkeit, von Menschen verschiedener Generationen und unterschiedlicher regionaler Herkunft.(...) Bis heute haben wir keine Partei gehabt, die wirklich eine Volkspartei war(...) Alles hängt davon ab, daß die Partei sich in den Kämpfen von heute , die auf die Bildung einer Massendemokratie zielen, nicht verwirren und von der Hauptrichtung abbringen lässt. Um diese immer gegenwärtigen Risiken zu vermeiden, wird eine beständige ideologische Auseinandersetzung auf allen Ebenen des Parteilebens unerlässlich sein.(...) Sie muss national sein und in der absoluten Autonomie ihrer politischen Definition ohne irgendwelche Art von Lehenspflicht; national auch in der Formulierung ihres wirtschaftlichen Projektes, das die gesellschaftlichen Bestrebungen der großen Mehrheit berücksichtigt, was einen Bruch mit der Unterordnung unter die imperialistischen Interessen einschliesst. National muss sie auch sein in der wirklichen sozio-ökonomischen Integration des Landes. Die Partei muss demokratisch in ihrer inneren Struktur , in ihren Kampfformen sein ... "

Affonso und die PTB zur „2. Sozialistischen Internationale"

Das Verhältnis zur Sozialdemokratie, innerhalb derer die westdeutsche SPD den "rechten Ton" angibt, spaltet in Brasilien die Lager der unabhängigen Sozialisten und jener Strömung, die von Leonel Brizola(seit 15 Jahren im Exil) angeführt wird, und die für den Wiederaufbau der "Brasilianischen Partei der Arbeit" (PTB) kämpft.
Brizolas "Parteitheoretiker", der Historiker Moñiz Bandeira, ist der Auffassung, innerhalb der "Internationalen" könnten die brasilianischen Sozialisten verlässliche Bündnispartner finden:"Auf den Kongressen der Sozialistischen Internationale sind heute Vertreter der Dritten Welt anwesend. Sie führen Anklage gegen den Imperialismus, wie es kürzlich in Portugal der Fall war, als dort Ernesto Cardenal als Vertreter der Sandinistischen Befreiungsfront auftrat. Wie viele andere, frequentieren auch die argentinischen Montoneros die Versammlungen der Sozialistischen Internationale. Und der Sozialdemokratie sollten wir uns wirklich nicht als Provinzler aufführen, mit schalen und leeren Phrasen, indem wir sagen:'nein, das ist ein Reformistenhaufen, Banditen, das bringt nichts. Diese Parteien sind Ausdruck der jeweiligen Arbeiterklasse dieser Länder, sie sind an der Macht und wir müssen uns mit diesen fortschrittlichen Kräften verbünden(...)"

Miguel Arraes (l) u. Leonel Brizola (r)

Almino Affonso ist, wie der überwiegende Teil der radikalen brasilianischen Linken anderer Meinung:"Ich bin gegen jede Art von Anschluss an einen internationalen Organismus. Ich sehe keinerlei Sinn in politischen Kontakten mit Mario Soares, Willy Brandt, Olof Palme oder wie sie immer heißen mögen. Ich widersetze mich radikal ausländischer Finanzierung, woher sie auch kommen mag.

Keinerlei politische, geschweige denn finanzielle Abhängigkeit. Führen wir unseren Kampf mit unserem Geld! Das verschafft uns stärkere Krallen und vermeidet bedauerliche Irrtümer. Das Bild dieser Partei muss mit absoluter Klarheit national und volksverbunden sein. Für meinen Teil werde ich bereit sein, in vielen Punkten nachzugeben, aber in dieser Frage werde ich mich keinen Schritt bewegen lassen. Wenn eine andere Position siegen würde, als die, die ich vertrete, kann man sicher sein, daß ich außerhalb dieser Partei sein werde."

MDB, PTB, PS, „Volksfront" oder Einheit der Basisbewegungen?

Anders als Almino Affonso, der auch bereit wäre, seine Volkspartei als PTB , jedoch nicht im Gewand derjenigen von Brizola , auftreten zu lassen, und den Brizola-Anhängern , ist der ehemalige Gouverneur des Bundesstaates Pernambuco, Miguel Arraes, der Auffassung, es sei unklug neue Parteien zu gründen. Arraes schreibt: "Die politische Praxis der Volksschichten ist während der letzten 14 Jahre eine Praxis der Aktionseinheit gewesen. Die MDB ist eine Wählerfront, soziale Aktionseinheiten sind die Nachbarschaftsvereine, die Bewegung gegen die Lebenshaltungskosten, die vom Arbeitsministerium unabhängigen Gewerkschaften und die Berufsvereinigungen sind wiederum Klassen-Aktionseinheiten. Der Kampf für demokratische Freiheiten und für die Amnestie, der von der Jugend geführt wird(also durch die Studentenbewegung) und der Kampf für spezifische Ziele, verläuft im Rahmen einer politischen Aktionseinheit.
Es gibt also eine Praxis der Einheit, die beibehalten und gefestigt werden muss. Die Bildung von politischen Parteien, oder die Wiederbelebung derer, die es schon einmal gegeben hat, könnte in absehbarer Zukunft diese Einheit schwächen und die politischen Instrumente , die der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung zur Verfügung stehen, brechen. Unabdingbar ist die Beibehaltung der autonomen Massenbewegung(...)"

Hinter Arraes Forderung nach Herstellung einer neuen politischen "Volksfront" auf der Grundlage der autonomen Massenbewegung verbirgt sich jedoch die Aktionseinheit der linken Parteien, die von den KPs moskauer oder albanischer Prägung, über die Sozialdemokratie bis zur radikalen Linken, kaum repräsentativ für die soziale Bewegung sein dürften. Dennoch nähert sich diese Position denen der "sozialistischen Strömung" innerhalb der MDB , einem Großteil der radikalen Linken und den fortschrittlichsten Vertretungen der über das Land verstreuten Gewerkschafts-Oppositionen.

Entscheidend für jede dieser Partei-Initiativen(ob sie Wirklichkeit werden oder nicht) ist die Frage nach dem Verhältnis des überwiegenden Teils der radikalen Linken, die"parteiunabhängig" ist und sich in Theorie und Praxis der "lokalen, demokratischen und autonomen Basisarbeit" widmet. Diese Strömung geht durch die Mittelschichten(Studentenbewegung, Intellektuellen), durch die MDB und durch die Arbeiterbewegung. Der linke MDB-Politiker, Adelmo Genro Filho , umschreibt die Haltung dieser Strömung und ihre Position folgendermassen:" Die sozialistische Partei entsteht zur Zeit als verzweifelter Versuch, eine Synthese zwischen der Subjektivität der Intellketuellen des Kleinbürgertums und der Unfähigkeit(d.h. praktische Unmöglichkeit) der Arbeiterklasse heute schon die ganze Breite ihrer Fahne auszuhängen, herzustellen. In diesem Sinne ist dies also eine linke Initiative.(Aber) der Gedanke an eine sozialistische Partei(die von Almino Affonso/Anm. d.A.) ist mit keiner bedeutenden Tradition und auch nicht mit dem

Neuen, das heißt mit den aufsteigenden Kämpfen der Arbeiter verbunden(...)

PTB - welche PTB ? Es gibt drei verschiedene.Die PTB von Frau Ivete Vargas(Tochter des 1954 verstorbenen ehemaligen Diktators Getulio Vargas/Mitbegründer der PTB- Anm. d. A.) ist ein altes Projekt in alten Kleidern. Sie bedeutet die Rückkehr oder Wiederbelebung der Manipulation im Gewande eines ranzigen und überholten Nationalismus. Dieses Projekt muss man denunzieren!
Die Vorschläge Brizolas und Almino Affonsos sind da schon etwas anders. Man propagiert die Anknüpfung an einen von seinen Übeln gesäuberten "t r a b a l h i s m o"(='labourism') , der Platz machen soll für eine "moderne", "demokratische" und"aktualisierte"Partei, die die"Interessen der Lohnabhängigen im Allgemeinen"(...) verteidigen soll.
Da ist der Vorstoss von Lula schon bedeutend fortschrittlicher: eine Partei ohne Bosse, die nicht nur den aufkommenden Kämpfen der Arbeiter verbunden ist, sondern auch der brasilianischen Realität gerechter wird.
Zwei Voraussetzungen sind allerdings für die Schaffung einer solchen Partei wichtig:
1. es muss wirklich eine Partei der Arbeitermassen sein,
2. sie muss links von der MDB angesiedelt sein (...)

Wir brauchen eine bessere Front(=Aktionseinheit) als die MDB. Ihr Leitsatz müssen die Interessen der Arbeiter sein und sie muss gewährleisten , daß durch sie eine umfassendere und noch autonomere Massenpraxis ausgeübt werden kann. Dies ist eine strategische Notwendigkeit und die Frage der Einheit der Opposition(en) muss ihr untergeordnet sein. Der Verlust von taktischen Verbündeten kann unter bestimmten Umständen einen Fortschritt bedeuten; vorausgesetzt dies bedeutet gleichzeitig die Vertiefung der Arbeiterkämpfe.

(...) Der einzige wirklich konsequente Beitrag zur Schaffung einer Massenpartei, die fortschrittlicher ist als die MDB, ergibt sich (jedoch) nicht aus der Ablehnung der MDB als Ganzem, sondern durch die Einheit ihres linken Flügels mit den aufkommenden Kämpfen des Volkes im Allgemeinen und der Gewerkschaften im Besonderen."

Das Grusel-Kabinett des General Figueiredo

Die "pluralistische" Zusammensetzung des künftigen Kabinetts von General Figueiredo vereinigt alle Fraktionen der brasilianischen Rechten. Während die Vertreter der herrschenden Klasse ihre bisherigen Spaltungen mindestens vorläufig beilegen, bricht innerhalb der Linken die relative Geschlossenheit des Jahres 1978 auseinander anläßlich der Auseinandersetzung um eine künftige linke Massenpartei. Diese Auseinandersetzung ist allerdings Voraussetzung für eine reale politische Präsenz der brasilianischen Arbeiterbewegung in der Zukunft.

Rechte aller Fraktionen, vereinigt Euch!

Das Jahr 1978 war für die brasilianische Rechte ein Jahr traumatischer Spaltungen: Kritik der Großindustriellen an der Wirtschaftspolitik von Finanzminister Simonsen; Krach im Militär um die Nominierung von Figueiredo; Kandidatur eines Generals für die Oppositionspartei MDB; Zangenbewegung der harten Antikommunisten mit den Liberalkonservativen gegen die Camarilla um Geisels Graue Eminenz Golbery - all das hatte den oppositionellen Kräften gefährliche Breschen geöffnet, die nun geschlossen werden sollen. So laufen denn die ersten wirtschaftspolitischen Äußerungen des künftigen Finanzministers Carlos Rischbieter (siehe auch LN 67) darauf hinaus, die Früchte der Ausbeutung der Volksmassen in Zukunft "gerechter" zwischen den verschiedenen Teilen der herrschenden Klasse zu verteilen und die unproduktive Gefräßigkeit des Finanzkapitals etwas zu disziplinieren.

Daß damit keine grundsätzliche Wende der brasilianischen Wirtschaftspolitik im Dienste des in- und ausländischen Großkapitals geplant ist, wird aus zwei weiteren Ernennungen deutlich: Der bisherige Finanzminister und Bankier Simonsen wird Planungsminister, womit das spekulative und korrupte Bankkapital weiterhin "ihren" Mann im Kabinett hat. Und künftiger Landwirtschaftsminister wird wird just jener Delfim Netto, der in den"Boom"Jahren von 1968-73 den Industriesektor des Landes den ausländischen Multis auslieferte - diese Aufgabe ist erledigt, es geht jetzt um die Auslieferung des Agrarsektors an die Agro-Multis.

Auf den Ebene des politischen Tagesgeschehens spiegelt sich dieser "Pluralismus" in bemerkenswerten Freundschaftsbesuchen und Benennungen über frühere politische Gräben hinweg. Das deutlichste Indiz ist hier wieder die Zusammensetzung des künftigen Kabinetts, das Größen aus der Zeit des Geisel-Vorgängers Medici wie Delfim Netto und Andreazza (damals Verkehrsminister, ab März Innenminister) rehabilitiert, die zu Anfang der Geisel-Regierung Zielscheibe heftiger Kritik waren. Der Reserve-Oberst Andreazza hat bekannte Verbindungen zum "sistema", dem Geflecht von parastaatlichen Folter- und Mord-Organen aus der Medici-Zeit, dessen Entmachtung eines der wenigen positiven Ergebnisse der Geisel-Re-

Delfim Netto

gierung ist - auch diese Gegner von gestern werden nun wieder hoffähig gemacht. Am 29.Januar wurde ein weiterer Vertreter dieser reaktionärsten Kräfte der reaktionärsten Phase der brasilianischen Militärdiktatur, Flávio Marcilio, zum neuen Präsidenten des Abgeordnetenhaus in Brasiliagewählt.

Sein unterlegener liberal-konservativer Gegenkandidat (natürlich auch aus der Regierungspartei ARENA) Herbert Levy stattete wenig später Delfim Netto einen Freundschaftsbesuch ab - bedeutsam insofern, als Levy ein Vertreter der paulistaner Großagrarier ist, die bis vor kurzem scharf gegen die Ernennung von Delfim Netto zum künftigen Landwirtschaftsminister opponierten: Sie haßten ihn als früheren Finanzminister, der die Industrialisierung der Boom-Jahre nicht zuletzt auf Kosten der Landwirtschaft durchgesetzt hatte, und sie fürchteten ihn als Interessenvertreter ihrer gefährlichsten Konkurrenten, der transnationalen Agrobusiness-Multis.

Innerhalb des Militärs geht die Schließung der Reihen noch schneller vor sich. Am 30. Januar trafen sich in Brasilia mehrere hohe Offiziere, die vor einem Jahr den unterlegenen Präsidentschaftsaspiranten General Frota unterstützt hatten, und erklärten nun öffentlich ihre Unterstützung für Figueiredo: Die früheren Meinungsverschiedenheiten seien nun "überwunden und begraben", weil sie sonst nur den "Feinden der Revolution" (sprich: des Putschs von 1964) dienten. Für einen solchen Seitenwechsel spricht natürlich auch der gesunde Opportunismus derjenigen, die in ihrer künftigen Karriere auf den unvermeidlichen Figueiredo angewiesen sind.

Tags drauf fand in Osasco bei São Paulo ein Ehren-Bankett des Gen. a.D. Ednardo D'Avila Mello statt, der 1976 von Geisel in den unehrenhaften Abschied geschickt worden war, weil unter seiner Verantwortung der Journalist Vladimir Herzog und der Gewerkschafter Fiel Filho in den Folterkammern des Heeres-Geheimdienstes von São Paulo starben. Unter den Anwesenden war der als "gemäßigt" geltende heutige Kommandant der Militärregion von São Paulo General Fragomeni, der eine Lobrede auf seinen Vor-Vorgänger hielt. Eine

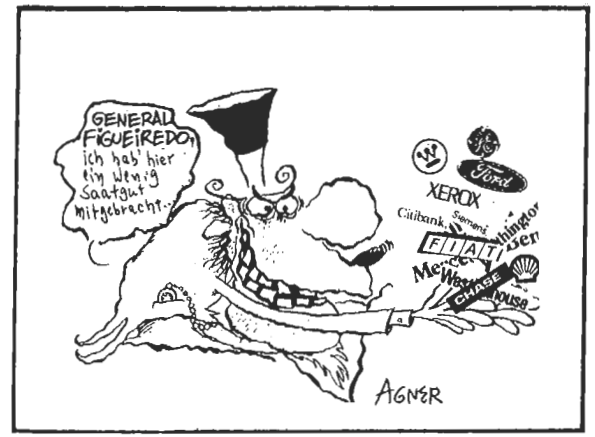
weitere Versöhnungsmission führte Fragomeni zu dem psychopatischen Polizeichef von São Paulo Oberst Erasmo Dias, den er über dessen Entlassung tröstete - sein Nachfolger wird ein rechter Richter.

Es ist nicht zuletzt die Angst, die die Rechte zusammenführt: So sagte Rischbieter, die "revolutionären" Kräfte müßten sich zusammenschließen angesichts der Gefahr einer Explosion des "vierten Substrakts der Bevölkerung" - damit meinte er die mindestens 20 Millionen Brasilianer im Zustand absoluter Armut, deren Leidensgenossen den Umsturz im Iran bewirkt hätten. Das ist zwar falsch, aber der Sturz des Schahs dient zur Zeit als nützliches Menetekel der künftigen Machthaber, die verschiedenen Kapitalfraktionen politisch zu disziplinieren.

Eine andere Frage ist, wie lange der bei einem Regierungswechsel oft zu beobachtende Honigmond aller herrschenden Fraktionen anhalten wird. Das wird nicht zuletzt - im Gegenteil: zuerst - von der Organisations- und Kampffähigkeit der oppositionellen Kräfte abhängen, ohne deren Druck die Widersprüche im herrschenden Block jahrelang schlummern können.

Neue Wirtschaftspolitik

Der neue Präsident Brasiliens, Figueiredo, der die Phase der "abertura"(Demokratisierung) einleiten soll, stellte am 19.1.79 seine Regierungsmannschaft vor. Die einzelnen Minister sollen, anders als unter Geisel, eine gewisse Autonomie innerhalb eines von Figueiredo im Groben schon abgesteckten Rahmens erhalten. Die allgemeinen Ziele der Regierungspolitik sollen danach sein:
- Reduzierung des regionalen Ungleichgewichts
- Konzentrierung der Anstrengungen auf Brennstoffeinsparungen
- Intensivierung des Wohnungsbaus
- Verbesserung und Erweiterung des Strassennetzes zur Erleichterung des Absatzes von Agrarprodukten
- Verbesserung der Lebensqualität in den großen Städten durch Ausbau der öffentlichen Nahverkehrsmittel
- Öffnung des Marktes



Die bereits vom Zentralbankrat bekanntgegebenen Maßnahmen gehen eindeutig auf den Druck der USA zurück, denen die zunehmende Konkurrenz brasilianischer Industrieprodukte auf dem Weltmarkt ein Dorn im Auge ist. Diesem Interesse entsprechen genau die neuen brasilianischen wirtschaftspolitischen Maßnahmen:

Die schrittweise Aufhebung der Exportsubventionen für Industriegüter kommt der Tendenz entgegen, die Verbilligung der brasilianischen Industrieexporte abzubauen. Die gleichzeitige Abwertung des Cruzeiros wird den Export der Agrarprodukte , dem neuen Investitionsbereich der Multis, erleichtern, weil durch die Abwertung die Preise der brasilianischen Agrarprodukte auf dem Weltmarkt sinken. Verteuert aber werden die Importe, die lebenswichtig sind und nicht eingeschränkt werden können (Hauptimportprodukte sind Weizen und Erdöl). Die Importe sollen durch den stufenweisen Abbau des Vordeposit (Hinterlegung der Kaufsumme bei der Bank) erleichtert werden. Zur Verringerung der Schulden bei ausländischen Unternehmen soll dem Auslandskapital die Möglichkeit geschaffen werden, seine Guthaben in Vorzugsaktien umzuwandeln.

Ebenso wie die Verteuerung der Importe wird auch die mit der Verkürzung der Laufzeit der Konsumentenkredite erfolgende Beschleunigung der Geldumlaufgeschwindigkeit die Inflation anheizen.

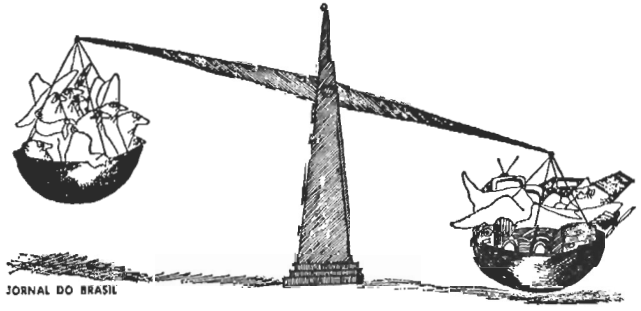
Angesichts dieser Realität bleibt die Aussage Rischbieters, daß die Inflationslast, die hauptsächlich auf den Schultern der Lohnempfänger liege, umverteilt werden müsse, bloßes Geplänkel.

Der Abbau der wenigen protektionistischen Maßnahmen zeigt die allgemeine Richtung der neuen Wirtschaftspolitik: Brasilien gibt dem internationalen Druck nach, der Ausverkauf Brasiliens an die Multis wird fortgeführt. Brasiliens neue Wirtschaftspolitik kommt der neuen Politik der Industrienationen entgegen, die darauf zielt, die Entwicklungsländer wieder in ihre alte Rolle als Rohstofflieferanten zurückzuweisen.

Multis reagieren auf die "abertura"

"Brasilien wird noch in 1000 Jahren existieren. Und wir auch" (Direktor eines US - Multis)

Die Vertreter der Multis suchen den Dialog mit den Abgeordneten der Opposition, denn "wenn es wirklich die Öffnung gibt, wird der die Macht haben, der die Stimmen hat" (Shell-Aufsichtsratvorsitzender). Die Multis haben aus den Erfahrungen mit dem Iran und Nicaragua die Konsequenz gezogen, sich nicht durch allzu rigide Pakte mit Militärdiktaturen die Möglichkeit zu Bündnissen mit anderen gesellschaftlichen Gruppen zu verbauen.
Wie "Istoé" berichtete, haben Abgeordnete der Opposition beim Dinner mit Vertretern der Multis versichert, politische und ökonomische Veränderungen nicht mit Mitteln der Gewalt, sonder nur über Verhandlungen durchzuführen.
Daß die Multis die jüngste politische Entwicklung nicht fürchten, zeigt die Tatsache, daß ihr Investitionsplan für die Dekade ab 1980 eine Steigerung des Investitionsvolumens von 60 auf 350 Mill. Dollar vorsieht.



CHILE

Warum platzte der Gewerkschaftsboykott?

Der lakonische Hinweis des ORIT-Präsidenten José del Pino, der Boykott gegen Chile (und Nicaragua und Cuba) sei Mitte Januar auf unbegrenzte Zeit verschoben worden, weil eine so komplexe Maßnahme eine "ernsthafte Analyse" verlange, verschleierte mehr als sie erklärte. Die tatsächlichen Gründe für die Suspendierung des Boykotts, mit dem die chilenische Diktatur zur Rücknahme ihrer gewerkschaftsfeindlichen Maßnahmen gezwungen werden sollte (vgl. LN Nr.66 und 67) blieben im Dunkeln. Man vermutete Flügelkämpfe innerhalb der US-Gewerkschaften.

Ein Interview, das der Führer der christdemokratischen "Gruppe der Zehn" Eduardo Rios Anfang Februar der chilenischen Wochenzeitschrift HOY gab, brachte etwas Licht in den Boykott-Nebel. Rios versicherte, die AFL-CIO habe sich aus politischen Gründen über die Köpfe der chilenischen Gewerkschafter mit der Diktatur arrangiert. Unfreiwillig machte er im selben Interview auch klar, warum solche Manöver heute möglich sind: Weil nämlich die gewerkschaftliche Einheit heute aktiv von den Christdemokraten verhindert wird. - Wir veröffentlichen die wichtigsten Teile dieses Interviews:

Interview mit Eduardo Rios: Der verratene Boykott

Frage: Ist die Tatsache als "gewerkschaftlicher Verrat" zu interpretieren, daß die nordamerikanischen Gewerkschaftsführer sich mit der chilenischen Regierung verständigt haben und nicht mit der Gruppe der Zehn, die bis vor kurzem ihr einziger gültiger Gesprächspartner waren?
Antwort: Uns hat dieser Kompromiß zwischen der Regierung und den nordamerikanischen Funktionären sehr überrascht, weil Ernest Lee, zuständig für die internationalen Beziehungen der AFL-CIO und gleichzeitig Schwiegersohn von Meany (Vorsitzender der AFL-CIO) im letzten November einen Brief an Ernesto Vogel, Tucapel Jimenez und mich (führende christdemokratische Gewerkschafter, d.R.) schickte, in dem er sagte, die Regierung müsse sich mit uns im Namen der demokratischen Funktionäre verständigen, um die Probleme zu lösen, die Ursache für die Boykott-Maßnahmen waren. Wir glauben, daß Peter Grace (US-Unternehmer) über unsere Köpfe einen Kontakt herstellte. Aber auf jeden Fall bleibt die Solidarität erhalten, und die Nordamerikaner haben auf jeden Fall gegenüber der Regierung wiederholt, daß sie weder gegen uns Repressalien ergreifen, noch Attentate gegen die Gewerkschaftsbewegung zulassen darf.
F.: Welcher Art werden die Beziehungen zu den Nordamerikanern sein, wenn das Vertrauen zu ihnen teilweise verloren gegangen ist?
A.: Das ist eine schwierige Angelegenheit. Das Hauptproblem in unserm Land unter der gegenwärtigen Regierung ist ihre Absicht, eine neue Arbeitsgesetzgebung zu erlassen. Das ist ein Grundsatzproblem, es reicht über die Wiedergewährung der einen oder andern Freiheit hinaus. Das haben die nordamerikanischen Funktionäre nicht berücksichtigt (...)
Ich wiederhole: dieses ganze "Geschäft" zwischen der Regierung und der AFL-CIO haben nicht wir entschieden. Wir wurden olympisch aus den Verhandlungen ausgeschlossen. Die Nordamerikaner haben an die (Realisierung der) angekündigten

Maßnahmen geglaubt, die für uns unzureichend sind. Für uns ist ein Ministerwechsel keine große Angelegenheit, wie es für sie zu sein scheint.

F.: Man sagt, Sie begingen den Fehler, zu sehr auf die Aktionen von außen zu vertrauen, ohne über zuverlässige Informationskanäle in beiden Richtungen zu verfügen.

A.: Der politische Faktor spielt dabei eine wichtige Rolle. Die Vertreter der Regierung, besonders Innenminister Fernandez, spielten diese Karte gegenüber den Nordamerikanern aus. Sie stellten den Boykott als eine Maßnahme dar, die darauf ziele, die Militärregierung zu 'entstabilisieren', was uns nie in den Sinn kam. Das machte die USA besorgt, da gegenwärtig in Chile keine politische Alternative existiert.

F.: Der unbefristete Aufschub des Boykotts ist nicht nur als ein Triumph der Regierung, sondern auch der Unternehmer dargestellt worden. Man hat sogar gesagt, sie hätten an einige nordamerikanische Gewerkschaften einige Millionen Dollar gezahlt, um den Boykott zu verhindern. Was halten Sie davon?

A.: Ich glaube nicht, daß daviel Geld gerollt ist. Ich kenne die chilenischen Gewerkschafter, und es fällt mir schwer zu glauben, daß die Nordamerikaner eine solche Sache akzeptieren könnten. Natürlich ist es ein Triumpf für die Unternehmer, ihn gestoppt zu haben. Aber ich sehe weit darüber hinaus. Ich meine: Vorsicht, täuscht Euch nicht. Denn für einen Teil der Unternehmer ist diese Regierung sehr vorteilhaft, denn sie atomisiert die Gewerkschaftsbewegung, trennt sie im Unternehmen mit einer kleinen (Betriebs)-Gewerkschaft in die Ecke, ohne finanzielle oder organisatorische Kraft. Aber Vorsicht, der Keim der Unzufriedenheit dringt nach innen und über die Politik kommt es zum Knall. Und daß sie nicht noch einmal kommen und heulen, weil es eine linke Regierung gibt. (Rios war wichtiger Mitstreiter der Rechten gegen die UP-Regierung, d.R.)

Gewerkschafts„einheit" auf christdemokratisch

F.: Aber abgesehen davon, worüber die Politiker auf globaler Ebene nachzudenken haben, was können die Gewerkschaftsführer mit Erfahrung wie Sie tun, um die gwerkschaftliche Einheit zu erreichen und ihre Interessen geltend zu machen?

A.: Man kann die Einheit nicht um der Einheit willen unterstützen. Das ist eine Lüge. In der ganzen westlichen Welt existieren Arbeiterorganisationen entsprechend den ideologischen Tendenzen. Das zu leugnen, ist eine Vogel- Strauß- Politik.

F.: Aber man sagt, gegenüber der Regierung hätten Sie mehr Gewicht gehabt, wenn Sie sich mit der Coordinadora oder FUT (von der Diktatur verbotene, de facto aber weiterbestehende Gewerkschaftsverbände mit linker Tendenz, d.R.) zusammengetan hätten, wo es Arbeiter aller Tendenzen gibt. Hat die AFL-CIO ihre Unterstützung davon abhängig gemacht, daß weder Kommunisten noch Sozialisten beteiligt wären?

A.: Nein, keineswegs. Niemals haben wir unser Verhalten im Inland vom Ausland abhängig gemacht; wir sind internationalen Organisationen angeschlossen und bezahlen unsere Beiträge, aber wir akzeptieren nicht, daß sie uns Maßstäbe auferlegen. Das Problem liegt anders. Die Kommunisten haben ein von unserem verschiedenes Gesellschaftsmodell und wünschen, daß die Gewerkschaften eine Verlängerung der Partei seien. Warum sollen wir uns vereinigen, wenn wir danach innerlich zerstritten sein werden wie unser ganzes Leben lang? Wenn es mehr als eine Arbeiterzentrale geben muß, soll sie existieren! Wir können nicht von Einheit um der Einheit willen sprechen, bloß weil diese Militärregierung uns alle verfolgt .....

Der Letelier-Prozeß

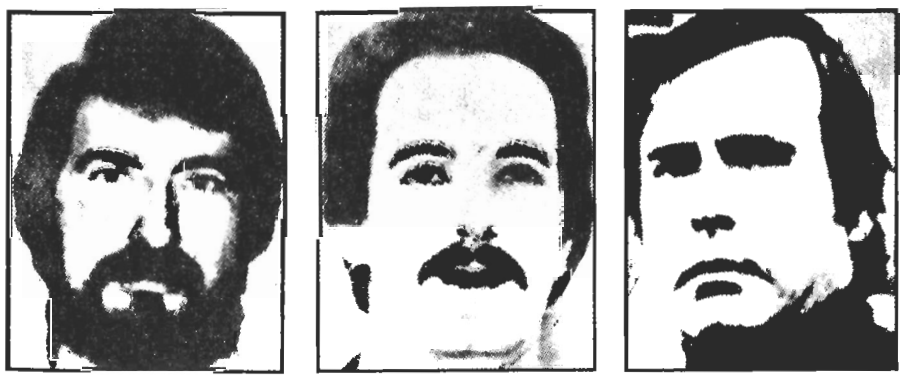
Die Rache der Exil-Kubaner

Beim Washingtoner Prozeß um die Ermordung des ehemaligen chilenischen Außenministers Orlando Letelier (vgl. LN Nr. 59, S. 3ff. und Nr. 67, S. 44f.) haben vor den mühsam ausgesuchten Geschworenen - allesamt Schwarze - inzwischen die wichtigsten Zeugen ausgesagt, unter ihnen vor allem der Kronzeuge der Anklage, der außerordentlich kaltblütige Nordamerikaner Michael Townley, der als Techniker jahrelang im Dienst der DINA, des chilenischen Geheimdienstes gestanden hat und gegen seinen Willen von Chile im April 1978 ausgeliefert worden war.

Die Aussage Townleys, der selbst die Bombe unter Leteliers Auto angebracht hat, aber für seine Aussagebereitschaft in dieser Sache straffrei ausgeht, hat inhaltlich nicht viel Neues erbracht, sieht man einmal davon ab, daß er auch beauftragt worden war, die ehemaligen chilenischen Senatoren Carlos Altamirano (Sozialistische Partei) und Volodia Teitelboim (Kommunistische Partei) zu ermorden.

Dennoch führte die Aussage von Townley zu heftigen Reaktionen. Die Angeklagten, drei Exilkubaner, und ihre Verteidigung versuchten mit allen Mitteln nachzuweisen, daß Townley im Auftrag der CIA gehandelt habe, was von diesem ebenso bestritten wird wie von der CIA. Die chilenische Presse versuchte ihrerseits nachzuweisen, daß Townley nicht glaubwürdig sei, und veröffentlichte zu diesem Zweck die Aussagen, die er vor seiner Auslieferung vor dem Chef des chilenischen militärischen Geheimdienstes General Orozco gemacht hatte. In der Tat unterscheiden sich beide Aussagen Townleys erheblich, doch gibt es dafür eine einleuchtende Erklärung: Die damalige Aussage war in allen Einzelheiten mit dem ehemaligen DINA-Chef General Manuel Contreras abgesprochen worden, um Townley vor der Auslieferung und die DINA vor jeder Anklage zu schützen.

Daß der amerikanische Geheimdienst CIA über das gut funktionierende System der Amtshilfe eng mit den südamerikanischen Geheimdiensten zusammenarbeitet und seine Dienste deshalb in einem frühen Stadium der Operation in Anspruch genommen werden konnten, daran besteht kein Zweifel. Daraus läßt sich aber nicht schlußfolgern, daß die CIA den Auftrag zum Mord gegeben hätte.



Die Exilkubaner Suárez, Paz und Novo

Inzwischen gibt es auch eine Erklärung dafür, daß die beteiligten Exilkubaner die Bombe unter Leteliers Auto nicht in den Außenbezirken Washingtons hochgehen ließen, sondern in unmittelbarer Nachbarschaft der chilenischen Botschaft. Wie aus jetzt bekanntgewordenen Briefen und Dokumenten hervorgeht, waren die rechtsradikalen Exilkubaner zum Zeitpunkt des Mordes extrem verbittert darüber, daß die chilenische Regierung damals den kubanischen Terroristen Otero auf Verlangen an die USA hatte ausliefern lassen. Die in ihrer Hand liegende Wahl für den Ort des Mordes nutzten sie zur stillen Rache an Pinochet und Contreras, zwei Terroristen, die ihresgleichen so "schändlich verraten" hatten. Damit war ein deutlicher Hinweis auf die Auftraggeber des Mordes gegeben. Die Krähen hatten sich gegenseitig die Augen ausgehackt, was schließlich dazu geführt hat, daß die Beteiligten an dem Mord aufgespürt werden konnten.

Inzwischen sind die drei beim Prozeß anwesenden exilkubanischen Angeklagten, wie kaum anders zu erwarten, von den Geschworenen schuldig gesprochen worden. Damit ist die Frage einer Auslieferung der drei ehemaligen DINA-Offiziere an die USA noch drängender geworden. General Contreras hat in jedem Fall vorgesorgt, indem er Dokumente, die wahrscheinlich Pinochet belasten könnten, außer Landes brachte. Die chilenische Justiz wird deshalb kaum der Regierung das Risiko zumuten, das eine Auslieferung bedeutet.

Aber auch eine Anklage in Chile selbst stößt auf Schwierigkeiten, weil ein Mord im Ausland nur verfolgt wird, wenn der Ermordete ein Chilene ist, und Letelier hatte man wenige Tage vor dem Mord die Staatsbürgerschaft aberkannt. Ein Antrag von Leteliers Witwe, ihm nachträglich die Staatsbürgerschaft wieder zuzuerkennen, wurde von der chilenischen Justiz bereits abgelehnt. Begründung: Der Antrag sei nicht fristgemäß gestellt und müsse außerdem vom Betroffenen selbst gestellt werden.

Trotzdem wird die chilenische Justiz irgendetwas tun müssen, um dem Druck der Regierung der USA nachzugeben. Die Regierung Carter soll sogar mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen gedroht haben, wenn nichts passiert. Forderungen eines Papiertigers?

SPENDET FÜR DEN WIDERSTAND IN CHILE

Pschk. Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087 108
Kennwort: Hilfe für Chile

Klagen eines Familienvaters

Als am 8. Januar 1979 die jüngste Tochter des ehemaligen DINA-Chefs General Manuel Contreras heiratete, erhielt ihr Vater, Hauptangeklagter im Washingtoner Letelierprozeß, Urlaub von seinem Arrest im Militärhospital und erschien im vollen Glanz seiner Parade-Uniform zu dem Ereignis. Einige führende Generäle waren zu Gast, unter ihnen der zweite Mann des Heeres, General Brady, und der Chef des militärischen Geheimdienstes, General Orozco. Vor der ebenfalls anwesenden Presse benutzte Contreras die Gelegenheit, um sein Schicksal zu beklagen:

"Als ich vor viereinhalb Jahren meine erste Tochter verheiratet habe, kam ich verspätet zur Hochzeit, denn damals traf die DINA auf den MIR, in einer Aktion, bei der Miguel Enríquez fiel. Damals waren wir Patrioten, man nannte uns Wächter der Demokratie, Schützer der Gesellschaft, man applaudierte uns. ... Heute dagegen, bei der Hochzeit meiner letzten Tochter, bin ich pünktlich. Aber mit dem Unterschied, daß man mich meiner Freiheit beraubt hat. Und die mich meiner Freiheit beraubt haben, sind dieselben, die mir vorher geholfen und mir applaudiert haben. Das ist der enorme Preis, den man bezahlen muß, wenn man die Ideale der Rettung des Vaterlandes und des Kampfes gegen die blinden totalitären Mächte des internationalen Marxismus hochhält." (La Segunda).

Das ist eine Klage in doppeltem Sinne. Zuerst eine Klage gegen Präsident Pinochet, der ihm applaudiert, ihn unterstützt, ihn beauftragt hat, seine Mordtaten zu planen und auszuführen, und der ihn dann fallen ließ, als die eigene Stellung bedroht war.

Es ist aber auch eine Klage im allgemeinen Sinne über die Ungerechtigkeit dieser Welt, in der die angeblich größten Taten für das Vaterland, die Mordtaten, auf öffentlichen Dank nicht rechnen können. In diesem Sinne hat schon Himmler lamentiert. Und die Krokodilstränen, die heute im Iran die verhafteten Agenten der mörderischen SAVAK vergießen, sind Produkt derselben Mentalität. "Was man zum Wohl des Vaterlandes tut, ist immer sauber", hat Contreras einmal gesagt. Damit kann jedes Verbrechen gerechtfertigt werden. Das "Ideal" des Kampfes gegen den internationalen Marxismus löscht jede persönliche Schuld aus. Nach dem Gesetz des Dschungels gilt nur die Stärke und die Entschlossenheit zum Kampf, sind moralische Skrupel Zeichen der Schwäche.

Solange Contreras und seinesgleichen - und Pinochet ist seinesgleichen - sich ihrer Ideale öffentlich rühmen können, ist die Gefahr neuer Mordtaten nicht gebannt.

Viele Väter und Mütter in Chile haben keine Gelegenheit mehr, die Hochzeit ihrer Söhne und Töchter zu feiern, weil diese bei Nacht und Nebel oder auf offener Straße von Agenten der DINA auf Befehl von Contreras und Pinochet verhaftet wurden und seither verschwunden sind. Seit Jahren kämpfen diese Eltern mit friedlichen Mitteln darum, daß das Schicksal ihrer verschwundenen Kinder aufgeklärt wird. Sie wissen, daß sie niemals mehr so feiern werden, wie das Herr Contreras heute noch kann: mit Gala-Uniformen, Luxus-Autos, Champagner, Küßchen hier, Küßchen da und strahlendem Lächeln für das Familienalbum. Ihre Kinder bleiben verschwunden. Ihre Klagen werden von der chilenischen Regierung als Teil einer politischen Kampagne abgetan.

In der Tat: Wenn die Klagen der Familienangehörigen der verschwundenen politischen Gefangenen dazu führen sollen, daß Entführung, Mord und Totschlag nicht mehr im Namen des Vaterlandes und der nationalen Sicherheit erlaubt sein sollen, dann müssen diese Klagen ganz bewußt einen politischen Inhalt haben: Weg mit der Mörderbande!

Einkreisung

Die Gefahr eines endgültigen Bruchs mit der Regierung der USA ist für das Militärregime des Präsidenten Pinochet umso bedrohlicher, als zu der heftig geführten außenpolitischen Auseinandersetzung mit Argentinien über den Besitz dreier kleiner Inseln am östlichen Ausgang des Beagle-Kanals im äußersten Süden des Landes jetzt auch eine erhebliche Verschlechterung der Beziehungen zu den nördlichen Nachbarländern Peru und Bolivien getreten ist.

Schon seit Jahren wird in dieser Region Südamerikas mit Bangen die hundertste Wiederkehr des Tages erwartet, an dem 1879 der Pazifik-Krieg zwischen Chile, Bolivien und Peru ausbrach. Chile hatte damals dem Nachbarland Peru die Provinz Tarapacá und dem Nachbarland Bolivien die Provinz Antofagasta entrissen. Nicht nur die Schmach der militärischen Niederlage in diesem Krieg weckt in Peru und Bolivien immer wieder traumatische Erinnerungen, die es den jeweils Herrschenden gestatten, die nationale Einheit gegen den chilenischen Erzfeind über alle Klassenfronten hinweg als ideologisches Gerüst ihrer Herrschaft zu benutzen. Es geht auch um die großen Kupfervorkommen in den beiden von Chile eroberten Provinzen, und es geht im Falle Boliviens auch um den Zugang zum Meer, zum Pazifik, von dem es seit nunmehr hundert Jahren abgeschnitten ist.

Am 20. Januar 1979 nun wurde der peruanische Luftwaffen-Unteroffizier Julio Vargas in Lima durch Erschießen hingerichtet. Er war wegen erwiesener Spionage im Dienste der chilenischen Luftwaffe zum Tode verurteilt worden, weil er im Auftrag des früheren Luftwaffenattachés der chilenischen Botschaft in Lima auf der streng geheimen peruanischen Luftwaffenbasis La Joya in der Nähe von Arequipa Fotos geschossen hatte. Doch damit nicht genug: Auch ein Chauffeur der chilenischen Botschaft und zwei Offiziere eines chilenischen Öltankers waren im Dezember 1978 bei Fotoaufnahmen von strategisch wichtigen Punkten wie etwa der Luftwaffenbasis El Pato ertappt und aus Peru ausgewiesen worden.

Die peruanische Regierung hatte zunächst Stillschweigen bewahrt, offenbar, um die Beziehungen zu Chile nicht unnötig zu belasten. Pinochet glaubte daraufhin, die Sache durch einen Höflichkeitsbesuch von General Brady und einige formale Entschuldigungen aus der Welt schaffen zu können. Dann aber bemächtigte sich die peruanische Presse des Falles und veröffentlichte in aller Breite die bekanntgewordenen Daten. Die öffentliche Erregung in Peru über die Operationen der chilenischen Spionage war schließlich so groß, daß der chilenische Botschafter Francisco Bulnes zur persona non grata erklärt wurde und am 21. Januar Peru verlassen mußte. Kurze Zeit danach wurde bekannt, daß die bolivianische Regierung unter dem neuen Präsidenten Padilla dreißig Chilenen als unerwünschte Personen aus dem Land gewiesen hatte. Dem entspricht eine zunehmende Tendenz der führenden peruanischen und bolivianischen Militärs zur Annäherung in außenpolitischen Fragen, eine Tendenz, die fast zwangsläufig eine Frontstellung gegen Chile zum Inhalt hat.

Wenn man bedenkt, daß die chilenische Militärregierung das von ihr errichtete Terrorsystem stets mit dem Argument der "nationalen Sicherheit" begründet und gerechtfertigt hat, ist es geradezu bewundernswert, mit welch konsequentem Dilettantismus sie die wirkliche nationale Sicherheit eines äußeren Friedens aufs Spiel setzt, die außenpolitische Einkreisung durch Peru, Bolivien und Argentinien provoziert und damit die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung hundert Jahre nach dem Pazifik-Krieg heraufbeschwört. Dieses Mal hätten die chilenischen Militärs keine Chance, schon deshalb nicht, weil sie das Volk nicht hinter sich hätten.

KOLUMBIEN

Hundert Jahre Ausnahmezustand

Weite Kreise hier und auch in der kolumbianischen Linken versuchen, zu einer hinreichenden Erklärung der sich auf das äußerste verschärfenden Repression zu gelangen. Der große Gegensatz zwischen dem enormen Aufschwung der Wirtschaft und der Verelendung des Volkes sowie seiner mangelnden Möglichkeit der Teilnahme an politischen Entscheidungen spitzte sich in den letzten Jahren immer mehr zu. Die Geschichte Kolumbiens der letzten 100 Jahre ist die Geschichte des Gegensatzes von staatlicher Macht und lokalen Gewalten, daraus resultierenden Bürgerkriegen, der 'Violencia' mit Zuspitzung des Terrors, aber auch zunehmender Organisierung der Landbevölkerung und einer hieraus erwachsenden Bedeutung der Guerrilla-Bewegung.
Die Wirtschaft Kolumbiens steht im Zeichen des Kaffeexports, der wichtigste Sektor ist der Agrarexport, es besteht eine nische" Industrie, die bis heute in den Händen einiger weniger Grosskonzerne und multinationaler Gesellschaften und Banken liegt. Einige grosse Finanzgruppen haben sich in jüngerer Zeit herausgebildet, deren Machtinteressen denen der Industriebourgeosie teilweise entgegenstehen. So steht die Politik der Turbay-Regierung seit seinem Amtsantritt im August 1978 im Zeichen einer neoliberalistischen Wirtschaftspolitik, im Wesentlichen der Versuch einer Einordnung in die Weltwirtschaftsordnung, Förderung des Exports bei Vernachlässigung der nationalen Wirtschaft. Dies bedeutet für die arbeitende Bevölkerung eine Verschärfung der Ausbeutungsverhältnisse, Reallohnsenkungen, Preistseigerungen der lebensnotwendigen Waren, die sich nicht mehr ruhig hinnehmen lassen können.
So entsprechen die innenpolitischen Massnahmen der Unterdrückung jeglicher Mitsprache des Volkes den wirtschaftlichen Tendenzen, einer Vorwegnahme der Organisierung der leidtragenden Bevölkerung und der Radikalisierung der Linken und der Gewerkschaftsbewegung sowie möglichst der Ausrottung der Guerrilla, die zumindest partiell eine Verankerung in Teilen der ländlichen Bevölkerung hat. Den 5 Guerrillagruppen ist eine grössere politische Bedeutung zuzusprechen als in den umliegenden Ländern.
Die Repressionswelle lässt sich nicht nur aus den wirtschaftlichen Verhältnissen ableiten, sondern auch auf politischer Ebene erklären. Das parlamentarische System zeigt sich äusserst instabil. Turbay wurde mit 18% der Stimmen der Wahlberechtigten gewählt. Dies ist der schwächste Wahlsieg der liberalen Partei in ihrer Geschichte. Da die liberale wie auch die konservative Partei in sich gespalten sind und in sich Vertretungsorgane verschiedener Bourgeoisiefraktion bilden, vertritt eher die Interessen bestimmter Teile der Bourgeoisie als die seiner Partei. Dieser Formierungsprozess innerhalb der herrschenden Klasse spielt sicher für das politische Klima im Lande eine Rolle, auch ist zu beachten, das mit Beginn einer Regierungsperiode immer eine Repressionswelle zur "Neuordnung der Verhältnisse" ausbrach.
In diesem kurz geschilderten Kontext ist die neueste politische Entwicklung in Kolumbien einzuschätzen, was wir hier und im folgenden mit der Aufarbeitung einzelner Bereiche wie Erhöhung der Lebenshaltungskosten, Lage der Gewerksschaften, Geschichte der

Guerrilla versuchen wollen.
Doch bleibt ein Rest zur Erklärung des diesmal ungeheuren Ausmaßes der Repression zu einer Zeit, in der in anderen lateinamerikanischen Ländern relative Demokratisierungstendenzen zu beobachten sind und die politischen Verhältnisse im 'cono Sur' gezeigt haben, daß die schärfste Repression die Schärfe der wirtschaftlichen Probleme nicht beseitigt und zugleich oppositionelle Bewegungen Bündnisse in breiteren Teilen der Bevölkerung und im Ausland finden.
Kolumbien benötigt die internationale Solidarität, weil Prozesse der Beteiligung der Bevölkerung in sozialen Bewegungen in Stadt und Land sich durch die repressive Haltung der Regierung nicht verbreiten können.

Wirtschaftsaufschwung und Volksverelendung

Den 130.000 Kaffeebauern und Landarbeitern geht es heute nicht besser als vor dem Kaffeeboom, da Inflation und Preissteigerungen 1977 und 1978 jede Lohnerhöhung zunichte machten. Der Reinertrag des Kaffeebooms blieb bei wenigen großen Kaffeehazendados und 33 Exportfirmen; 76% der Landarbeiter erhält nur den Mindestlohn.
Dazu kommt, daß die Caturra- Kaffeepflanzungen nur kapitalintensiv bebaut werden können und daß daher die kleinen Kaffeebauern von großen Landbesitzern und von Städtern der aufstrebenden Mittelschicht ausgekauft werden. Der Kaffeeboom trägt also zur Landflucht und zur Eigentumskonzentration bei.
Die Kapitalkonzentration in der Industrie: die 100 größten Firmen besitzen Vermögenswerte von rund 5 Mrd. DM, das sind 46% aller bei den Handelskammern eingetragenen Kapitalien. In vielen Industriefirmen und Banken steckt ausländisches Kapital. Firmen wie Nestlé, Chrysler, United Brands achten auf Profitmaximierung und Wohlstand für wenige, die ihre Güter kaufen können und produzieren unter Ausnutzung der billigen Arbeitskraft und der einge schränkten Rechte der gewerkschaftlichen Organisierung für den Export. Die Kraftfahrzeugindustrie ist ein gutes Beispiel der zunehmenden "Brasilianisierung" Kolumbiens.
Die ANIF (Vereinigung der Kreditinstitutionen) veranstaltete ein Symposium über "Konzentration von Reichtum" ; die wichtigste Erkenntnis: "In Kolumbien ist der Reichtum ungleicher verteilt als in anderen lateinamerikanischen Ländern ." -

Folgende Aufstellung über Industriegewinne ist illustrativ:

	1975	1976	1977
Coltejer (Textilindustrie)	154	457	614
Chrysler (Kfz)	111	116	403
Bavaria (Getränke)	389	348	497 in Mio Ps

60,1% der börsennotierten Aktiengesellschaften gehören 0,4% der Aktionäre,und die Struktur der Gesellschaften sieht keine Mitbestimmung irgendwelcher Art vor.
Es werden zunehmend ausländische Nahrungsmittel und Getränke eingeführt, während inländische Produkte vom Markt verschwinden oder durch Preissteigerungen für breite Teile der Bevölkerung genauso unerschwinglich werden wie die importierten.
Die durch den Verdrängungswettbewerb und die Landflucht verursachte Verelendung läßt den illegalen wirtschaftlichen Bereich stark ansteigen. Das führte zu erhöhter Wirtschaftskriminalität und erheblichem Anbau des Rauschgifts und Exports in die USA.

Wie sieht die Wirtschaft das Jahr 1978?

Jorge Mejía Salazar, Präsident der Großbank Banco de Bogotá, Sohn des Gründers der allmächtigen Kaffeepflanzervereinigung FEDECAFE: "Wir beschließen ein Jahr, welches für die Demokratie in unserem Land viele Fortschritte gebracht hat. 1979 wird unser Staat Unterstützung für die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung insbesondere unteren Schichten geben; und die Unsicherheit und Korruption wird ausgemerzt,und in gleicher Weise sichert die Regierung jedem Kolumbianer Arbeit, Gesundheitsversorgung und Erziehung innerhalb eines Systems von Ordnung, Gerechtigkeit und Freiheit zu!"

Die Industriellenvereinigung ANDI sagt:" 1978 war durch sein ruhiges Wirtschaftsklima gekennzeichnet. die Inflation fiel von 30 auf 20 %, das Bruttosozialprodukt stieg um 8%, kein industrieller Sektor hatte zu klagen, das Vertauen und das Investitionsklima verbesserten sich ständig. Möglicherweise liegen die Probleme der Regierung Turbay auf dem sozialen Sektor (?!) . -
Störend wirkt nur die illegale Wirtschaft mit ihrem Exportvon Rauschgift, Schmuggel von Kaffee, Vieh und Smaragden, was 1977 zusätzlich US $ 838 Mio an Devisen einbrachte."

Der bekannte Ex- Außenminister Alfredo Vásquez Carrizosa sieht das anders:" Kolumbien ist das Land der Finanzmonopole geworden Die Aktiengesellschaften gehören wenigen einflußreichen Eigentümern-das Ende der freien Marktwirtschaft naht!! Das sind strukturelle Probleme des Spätkapitalismus. Des Antrag Kolumbiens auf ausländische Kreditgewährung (US $ 1,6 Mrd.) und der Staatshaushalt 1979 zeigen einen reichen Staat in einem armen Land .
Für mich hat die Regierung Turbay zwei große Probleme:
1. Sie hat den Mindestlohn nur um den Prozentsatz erhöht, um den sie die allgemeinen Preiserhöhungen erlaubt oder toleriert hat; das ist unglaubhaft, wenn man vorgibt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten.
2.Das Sicherheitsstatut (vgl LN 63) hat weder den Einbruch in ein Armeearsenal noch den Mord an verschiedenen Personen des öffentlichen Lebens verhindern können, obgleich das Militär seit Monaten durch Hausdurchsuchungen die Bevölkerung schikaniert und einschüchtert."
Turbay bildet aufgrund des knappsten Wahlsieges in der Geschichte der liberalen Partei ein Kabinett, das sich paritätisch aus Mitgliedern der beiden traditionellen Parteien zusammensetzt.
In seiner Neujahrsansprache sagte er für 1979 große Reformen voraus:" Die Erfolge des Jahres 1978 sind durch eine kontinuierliche Steigerung aller Wirtschaftszweige gekennzeichnet gewesen und Kolumbien gehört ab jetzt zu den wirtschaftlich starken Ländern Lateinamerikas.
Der Kampf gegen den Drogenhandel und gegen alle diejenigen, die glauben, unserem Staat schaden zu können, hat durch das Sicherheitsstatut schon gute Ergebnisse für die Demokratie gebracht. Die Justizreform muß die wichtigsten Punkte dieses Statuts beinhalten, damit dann Statut und Ausnahmezustand aufgehoben werden können. Die Regierung konnte zwar mit der nationalen Lohnerhöhungskommision (Regierung-Gewerkschaften) kein Einverständnis erzielen, aber die kürzlich dekretierte Lohnerhöhung wird von den Gewerkschaften mitgetragen. Die Beteiligung des Faktors Arbeit am BSP ist von 38,2 auf 32,3 % gesunken, was auf die Inflation zu rückzuführen ist."(Nicht auf die sich kaufkraftmäßig ständig ver ringernden Löhne und die steigende Automatisierung der Industrie?)

Zur Lage der Gewerkschaften (Teil 1)

Neujahrsbotschaft des Präsidenten

"Innerhalb der 'Politik des Dialogs', die eines der wesentlichen Kennzeichen meiner Regierung ist, habe ich sehr herzliche Beziehungen zu allen Bereichen der öffentlichen Meinung aufrechterhalten, und ich habe Gespräche vorangetrieben mit den Unternehmerverbänden und den Arbeiterkonfederationen - immer auf der Suche nach einer Politik der'konzertierten Aktion'(concertacion), der die Regierung besondere Wichtigkeit zumißt.Nicht nur in dem eigentlichen Lohnbereich, sondern im weitergesteckten der Beziehungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern. Besonders jetzt wo die Ausarbeitung der neuen Arbeitsgesetze näherrückt, wenn, wie ich hoffe, die Repräsentantenkammer dem Gesetzesentwurf zustimmt, der schon den Senat der Republik passiert hat und dem Parlament in den außerordentlichen Sitzungen , die am 27. Februar des kommenden Jahres beginnen, zum Beschluß vorgelegt wird. ...
Der Anteil der Arbeit am Brutto-Inlandsprodukt ist relativ bescheiden gewesen und fiel sogar im Laufe weniger Jahre von 38.3% auf 32,4%. Dieses Absinken scheint mit der zunehmenden Beschleunigung des Inflationsprozesses zusammenzuhängen. Der Umstand, daß der augenblickliche Anstieg des Minimallohns sehr viel höher als die Inflationsrate ist, trägt zur Erhöhung des prozentualen Anteil der Arbeit am Brutto-Inlandsprodukt bei.
Seit vielen Jahren ist dies die erste Gelegenheit, daß der Minimallohn eine größere Anhebung erhält. Er stieg von 73 Pesos (täglich) auf 105 für den primären Sektor (Landbevölkerung und Kleinstädte) und von 85 auf 115 Pesos für die Arbeiter der Städte über 25000 Einwohner oder die Einwohner von Industriezentren.
Gemeinsam mit dem Minimallohn erhöht sich das Gehalt der Angestellten im öffentlichen Dienst um 18%, der Lebensmittelzuschuß erhöhte sich gleichfalls von 150 auf 500 Pesos monatlich. Andererseits wurde das Einfrieren der Mieten aufrechterhalten mit der Absicht, den Gehältern größere Kaufkraftzu verleihen." (El Tiempo, 31.12.78)

Gescheiterte Verhandlungen

Diese Erhöhungen der Mindestlöhne, die der Präsident Turbay Ayala in seiner Neujahrsbotschaft an das kolumbianische Volk als Erfolg seiner Regierung hervorhebt, sind nicht das Ergebnis einer 'funktionierenden' konzertierten Aktion zwischen Regierung, Unternehmern und Gewerkschaften, wie er beteuert, sondern sie dokumentieren das Scheitern derselben. Denn sie wurden einseitig per Dekret beschlossen und entsprechen höchstens den Wünschen von Regierung und Unternehmern. In der Tat geht der Prozentsatz der vollzogenen Erhöhung auf einen Vorschlag des "Kolumbianischen Volksverbandes der Industriellen", ACOPI, ein, der damit die weitergehenden Gewerkschaftsforderungen abblocken konnte.
Seit drei Monaten hatten die beiden sogenannten "demokratischen Gewerkschaften", UTC (konservativ) und CTC (liberal) im nationalen Rat für Löhne (consejo nacional de salarios) mit Regierung und Unternehmervertretern verhandelt, um ihre Vorstellungen einer Mindestlohnerhöhung auf 150 Pesos täglich einheitlich für Stadt- und

Landbevölkerung durchzusetzen, während die beiden "linken" Gewerkschaftszentralen CGT und CSTC den Verhandlungen fernblieben. Die CSTC (unter dem einfluß der kommunistischen Partei stehend) begründete ihre ablehnende Haltung folgendermaßen:
" Der 'Consejo de Salarios' wird von neuem scheitern mit seiner verlogenen konzertierten Aktion und er wird dann nichts anderes sein als Szenarium eines symbolischen Durchsetzungsaktes der Niedriglohnpolitik der Arbeitgeber. Die CSTC kann keine Garantien geben für einen derartigen Kompromiß, der nicht auf die Wünsche der Arbeiter eingeht und nicht die Bande der Aktionseinheit stärkt Die CSTC wird weiterkämpfen zur Verteidigung des CNS (Nationaler Gewerkschaftsrat, gebildet nach dem zivilen Generalstreik vom 14. September 1977 durch die vier Gewerkschaftszentralen) und seiner einheitlichen Forderungen, und die gesamte Arbeiterbewegung wird beurkunden, daß dieser Kampf verlangt, eine Gesamtpolitik anzustreben und nicht nur einen Aspekt." (Alternativa 193/78)
Die CSTC behielt mit ihrer Einschätzung recht, denn die gesamten Verhandlungen im Nationalen Rat für Löhne drehten sich einzig und allein um die Anhebung der Mindestlöhne. Die bis heute unerfüllten Forderungen, die schon im zivilen Generalstreik 1977 gestellt wurden, wie z.B. Anhebung aller Löhne um 50%, ständige Angleichung der Löhne und Sozialversicherungen an die Steigerung der Lebenshaltungskosten, Einfrieren der Preise bestimmter Grundnahrungsmittel etc, wurden nicht in die Verhandlungen einbezogen.

Nachdem das Scheitern der Verhandlungen offensichtlich wurde, stieg die UTC, die sich immer am dringlichsten für die konzertierte Aktion eingesetzt hatte, aus dem Consejo de Salarios aus.
Aus diesen Ausführungen drängt sich die Frage auf, wie es um die Einheit der vier großen Gewerkschaftszentralen Kolumbiens steht. Das diese zumindest gefährdet ist, geht aus der Aussage eines Mitgliedes derselben UTC hervor: "Der Nationale Gewerkschaftsrat wurde organisiert als ein Werkzeug der Lösung der großen Probleme der Lohnabhängigen, und der Lohn ist eines von ihnen. Alles wäre ganz anders gewesen, wenn die vier Zentralen in diesem Zeitraum gemeinsam und in Übereinstimmung mit den unterzeichneten einheitlichen Forderungen gehandelt hätten. Die konzertierte Aktion fand in Wirklichkeit zwischen Arbeitgebern und Regierung statt." (Alternativa 193/78)

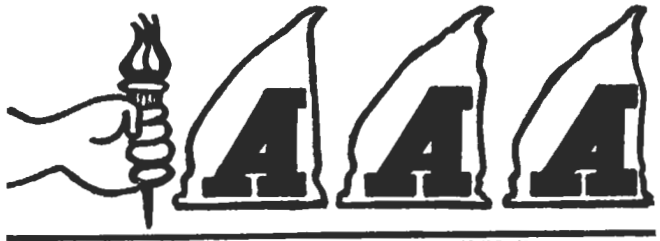
Fragen

Wie konnte es zu dieser Situation kommen?
Wie reagierte die Basis auf die Aktionen der Gewerkschaftsführer?
Worin bestanden die Probleme der Aktionseinheit der vier Gewerkschaftszentralen?
Welches Verhältnis haben die Gewerkschaften zur neuen Regierung?
Wie sieht die Lage der unabhängigen Gewerkschaften aus?

Diese und andere Fragen versuchen wir in der nächsten Nummer der Lateinamerika Nachrichten etwas genauer zu beantworten.

Wer ist AAA?

Das in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern schon operierende Todesschwadron AAA, die amerikanische antikommunistische Allianz (alianza anticomunista americana), meldet sich seit Ende November auch in Kolumbien zu Wort. Die Drohungen richten sich in erster Linie gegen die KP Kolumbiens und die kommunistisch orientierte Gewerkschaft CSTC. Sowohl die Partei- als auch die Gewerkschaftsniederlassung wurden beschossen, und es wurden Bomben hinterlegt. Es ist eventuell zu vermuten, daß ein Teil der Attentate gegen Delegierte des Wahlbündnisses UNO (vgl IN 67), wie Avelino Ul, Pedro Pablo Bello und viele andere dieser rechtsextremen Terrorgruppe anzulasten sind. Im Folgenden drucken wir ein Pamphlet ab, das den zukünftigen Opfern zugeschickt wurde. Zur gleichen Zeit, in der ersten Dezemberwoche, als Bogotá wegen einer genehmigten Gewerkschaftskundgebung wieder einmal absolut militarisiert war, gelang es der Gruppe, Wände im Zentrum und in den Aussenbezirken mit ihrem Zeichen AAA zu bemalen, unter den Augen der sonst so wachsamen Militärs...



ORGANO DE LA ALIANZA ANTICOMUNISTA AMERICANA NR. 4

Noviembre 24 de 1978

AAA ORGAN DER ANTIKOMMUNISTISCHEN AMERIKANISCHEN ALLIANZ NR. 4
28. NOVEMBER 1978

DER GRUND FÜR EINIGE VORKOMMNISSE

Die Kommunisten sind verzweifelt über die Gefangennahmen, das Verschwinden und gewaltsame Geschehnisse, an denen subversive Elemente beteiligt waren...

Das Sicherheitsstatut...der Kampf der Sandinistischen Bewegung für die Befreiung...der Kampf in Afrika...und die Menschenrechte... Nicht wahr Herr Apolinar DIAZ CALLEJAS und Herr Enrique SANTOS CALDERON...und Herr Alberto ALABA MONTENEGRO und Herr Eduardo UMANA LUNA und der Herr Luis J. PEREZ (der den Ex-[illegible] ESCALLON verteidigt)...

Aber sie fragen sich nicht, warum der Terrorismus geringer geworden ist, die Überfälle auf Banken... könnte das in Verbindung damit zu sehen sein, daß subversive Elemente von den öffentlichen Kräften festgenommen wurden...? Aber wir weinen weiterhin über den Tod des Entführers und Anführers der ELN (Ejercito de Liberación Nacional = Nationale Befreiungsarmee) MARTINEZ QUIROZ und über den Tod des Abgeordneten Pedro BELLO GOMEZ und über die Festnahmen...

Zunächst bedrohen sie die Richter, sie sollten die Unrechtmäßigkeit des Sicherheitsstatuts erklären und diese akzeptieren die Einschüchterung, dessen bewußt, daß sie in einer Demokratie leben. Unsinnige Erklärungen werden abgegeben...ein gewisser Herr José Maria VELASCO GUERRERO...ein gewisser Herr Gustavo GOMEZ VELASQUEZ, ein gewisser Jesus BERNAL PINZON...und schließlich geben wir vor, unsere unabhängigen Standpunkte vor der Öffentlichkeit vorzutragen und den wahren Grund für unsere Positionen zu verheimlichen... Es erscheint lächerlich, daß Richter, von deren Tauglichkeit die öffentliche Meinung überzeugt ist, angesichts der Drohungen eines Pamphlets oder eines Telephonanrufes klein beigeben. Die AAA wird diese Reaktionen zugunsten der Subversiven von seiten Jener beobachten, die eigentlich ein Beispiel an beruflicher Ehrlichkeit geben sollten.

Das Land wird sie immer als Vorkämpfer seiner Zerstörung und als Beschöniger von Unanständigkeiten, als Apologeten des Verbrechens erinnern...Der Kampf gegen die Subversiven muß ein offener Kampf sein - nicht nur von Seiten der Regierung, sondern von allen Schichten der kolumbianischen Gesellschaft. Nur so können wir mit den kommunistischen Intentionen rechts und links abrechnen, die - geschützt durch die Demokratie - das Land von Tag zu Tag tiefer in die wirtschaftliche, psychologische und moralische Depression stürzen.

Wenn wir weiterhin die Hände in den Schoß legen, wird das Problem noch unhaltbarer... Wir brauchen die Unterstützung aller Menschen guten Willens...wenn es notwendig ist, werden wir der Gewalt mit Gewalt begegnen...wir benennen unsere Aktionen nicht mit unserem eigenen Namen, aber durch sie wird die öffentliche Meinung bestimmt und wird ihr klar gemacht, daß uns der Wunsch bewegt, das Land von unerwünschten Elementen zu bereinigen, die - von den "Menschenrechten" geschützt - versuchen, das Land in die Anarchie zu stürzen. Sie werden von Anwälten beraten und von Guerrilla (FARC,ELN,EPL,M19.) finanziert... fragen Sie Humberto VERGARA POSTELA,Apolinar DIAZ CALLEJAS, Eduardo UMANA LUNA.

Die entschiedene Aktion dieser kleinen Gruppe von Aktivisten, die synchron und mit klarem Bewußtsein dessen, was sie tun und wollen agieren, hat die kriminellste Taktik, die es je gab, definiert.

Die Gewalt verallgemeinert sich, die Anarchie breitet sich aus und birgt den Terrorismus in sich. Man hat versucht, Kolumbien zu lähmen, um die Macht für den revolutionären Anarchismus erreichbar zu machen, hinter dem sich der internationale Kommunismus verbirgt, der heute in Kolumbien von den Guerillas mit Schlips bestimmt und vorangetrieben wird. Sie sind die desintegrierenden Elemente des intellektuellen und moralischen Lebens der heutigen Jugend, die dazu veranlaßt wird, die schlimmsten Verbrechen gegenüber dem Vaterland und gegenüber dem Volk zu begehen. Sie sind es, die zu der Brutalisierung der Jugend beitragen und seit einiger Zeit die Mentalität der Jugend dahingehend beeinflußt haben, daß sie fügsam den Predigten der Verräter der Feinde Kolumbiens folgt.

Das ist die intellektuelle Nahrung, die sie den Studenten gegeben haben als ihre Väter sie aussandten, um Wissenschaft und die Liebe zum Vaterland nicht aber die Techniken der Subversiven gegen Kolumbien zu lernen.

DAHER WIRD DIE AAA WÄHREND DES KAMPFES, DEN SIE GEGEN DIE SUBVERSIVEN BEGANN , SIE SEHR GEGENWÄRTIG HABEN! AAA

FÜR DIE FREIHEIT UND DAS WOHL DES VOLKES

Bei einer Analyse der Personen, die angegriffen werden, stellt man fest, das es sich zum Einem um Rechtsanwälte handelt, die eingeschüchtert werden sollen, um ihre Klienten nicht mehr zu verteidigen und zum anderen um Journalisten, die eingeschächtert werden sollen, um nicht mehr zu informieren. D.h., daß insbesondere bürgerlich demokratische Sektoren den ultrarechten Angriffen ausgesetzt sind.

Ausgegangen wird von der"Ideologie der Nationalen Sicherheit", d.h. nationalen Zielen drohe eine innere Gefahr von einigen wenigen subversiven Drahtziehern, denen unterstellt wird, daß sie mit terroristischen Methoden arbeiten, wobei " terroristisch"mit "kommunistisch"gleichgesetzt wird,.

Die nationalen Probleme werden vom Feind im Innern verursacht. Daher muß dieser Feind bekämpft und das Land vom Krebsgeschwür des Kommunismus (vgl General Leigh nach dem Putsch in Chile) befreit werden.

Sicherheitsstatut in Aktion

Nach langen Jahren des Ausnahmezustand nahm in der zweiten Hälfte des Jahres 1978 die Repression und die Verletzung der Menschenrechte ungeheure Ausmaße an, sie übertrifft inzwischen bei weitem die schon geschilderten Fälle von Folter an politischen Gefangenen (vgl LN 63,67), die als solche vom Heer niemals anerkannt wurden. Diese Behandlung trifft alle diejenigen, die aus irgendwelchen Motiven als " der Subversion verdächtig" angesehen werden. Mit der Schaffung des Sicherheitsstatuts wurde die de facto schon lange bestehende Kriegssituation legalisiert: die Militärs kontrollieren einen großen Teil der Justiz mit ihren Kriegsgerichten. Diese Situation wurde bis jetzt mit einer gewissen Zurückhaltung beklagt und es wurden nur die Fälle von Folter denunziert, aber jetzt, aufgrund der von der Guerrillagruppe M-19 begangenen Aktion, des Raubs von ca. 5000 Waffen auseinem Arsenal des Heers, wurde bewiesen, daß in dieser"Demokratie" die Militärs herrschen. Die Mechanismen, die sie zur Verteidigung des Landes anwenden, die demokratischen (eh schon lange korrumpierten) Institutionen, die traditionellen Parteien, befinden sich in offenem Krieg gegen das Volk: Hausdurchsuchungen insbesondere in den Elendsvierteln, wobei die wenigen Habseligkeiten der Bewohner von den Angehörigen der Streitkräfte geraubt werden, willkürliche Festnahmen ganzer Familien, wobei kleine Kinder schutzlos allein in den Häusern gelassen werden. Die Festgenommenen werden in nicht dafür vorgesehenen Installationen untergebracht wie der Cavallerieschule in Bogotá,wo sich zur Zeit etwa 200 Gefangene unter sehr schlechten hygienischen Bedingungen und ohne Ausreichende Ernährung befinden. Selbstverständlich ist die schlechte und wenige Ernährung, die den Gefangenen verabreicht wird, teil der Folter, wozu auch gehört, daß die Gefangenen nackt bis zu 5 Tagen der Sonne und dem Regen ausgesetzt werden, stehend, und langen Befragungen, die mit Schlägen kombiniert werden,unterzogen werden. Immer

öfter werden zu Tode gefolterte Leichen an den Straßenrändern aufgefunden. Vor oder auch nach dieser Behandlung werden die Gefangenen verpflichtet, eine Erklärung zu unterschreiben, daß sie "gut" behandelt wurden. Zum Teil werden sie auch gezwungen Blancoerklärungen zu unterschreiben, die später zur Beweisführung gegen sie benutzt werden.

Die zivile Strafrechtsordnung ist von den Militärs mehr oder weniger außer Kraft gesetzt worden, die Verteidiger der Festgenommenen werden daran gehindert, ihre Klienten zu verteidigen und sogar die Kommunikation zwischen ihnen wird mit der Begründung es herrsche Kriegszustand, nicht zugelassen. Einige wurden selbst festgenommen, anderen wurde angedroht, sie würden als "Rebellen" oder Mitglieder der Guerrillagruppen verurteilt werden.

In dieser "Demokratie" existieren mehrere schon identifizierte Folterzentren wie z.B.:

Brigada de Instituciones Militares de Bogotá- Puente Aranda
La Maporita- in der Region Urabá
die Militärbase in Caucasia
die Gefangeneninsel Gorgona im Paz. Ozean, auf die in den letzten Wochen über 100 der Gefangenen willkürlich vom Heer überwiesen wurden.

Unter den Gefangenen befinden sich normale Bürger, die auf dem Heimweg von der Arbeitsstelle in eine Massenverhaftung des Heers kamen, Arbeiter, Gewerkschaftsführer, Künstler, Priester,Journalisten und Intellektuelle im Allgemeinen. Einige Namen sind: Terecita Gomez, Pianistin;Carlos Duplat, Schauspieler; Orlando Fals Borda und seine Frau Maria Cristina Salazar, Orlando Ortiz und Eduardo Pizarro, Soziologen; Saturnino Sepúlveda und José Bernardo Soriano, Priester.

Bei zahlreichen Häftlingen ist der Aufenthaltsort unbekannt, da das Heer sich weigert, ihre Verhaftung bekanntzugeben. Aber die Streitkräfte haben genug Macht in Kolumbien, um nicht nur die Behandlung der Häftlinge selbst bestimmen zu können, sondern man sieht auch, wie jegliche Art von Volkskämpfen militärisch niedergeschlagen wird, wie z.B. Tinajas (vgl LN 65). In dieser ländlichen Gemeinde, wo das Institut für Agrarreform den Bauern im November das Land zusprach,griffen Militär und Polizei ein, um die Bauern wieder zu vertreiben. Es sind Fälle von Drohung und Repression gegenüber Gewerkschaftsführern, die vor Arbeitskämpfen standen, bekannt und dazu kommt die Beschneidung des Rechts auf Information Mehrere in- und ausländische Presse- und Radioagenturen mußten Strafen zahlen wegen wegen Verbreitung von Informationen, die unter das Zensurgesetz fallen..

Dies alles zeigt uns eine neue Form von Militärregierung in Lateinamerika, versteckter und unterstützt von den Multinationalen Konzernen und inländischen wirtschaftlichen Machthabern unter der Vorgabe der Verteidigung der Demokratie.